Die irre Welt der »Flüchtlingshelfer« S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 16. Dezember 2016 | Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland | Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro | C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Zu zweit allein: Die Entfremdung Merkels von großen Teilen der CDU wurde in Essen offenkundig

Bild: action press

Ratlos, kopflos, gespalten

In Essen gab die CDU einen Vorgeschmack auf ihre kommende Existenzkrise

Merkel wurde von ihrer Partei abgestraft. Sie rächte sich mit demonstrativer Nichtachtung, ohne auf Protest zu stoßen.

Der Essener Bundesparteitag habe das Ende der Ära Merkel als CDU-Vorsitzende eingeleitet, verkünden namhafte Kommentatoren. Wieder einmal, möchte man einwenden, denn von „Merkel-Dämmerung“ war schon öfters die Rede, doch die Chefin blieb.

Dennoch waren diesmal drei bemerkenswerte Beobachtungen zu machen, die neu waren. Nicht nur, dass die Vorsitzende mit einem denkbar schlechten Wiederwahlergebnis abgestraft wurde. Auch inhaltlich tat sich ein Riss auf: Die Mehrheit der Delegierten hat sich gegen die doppelte Staatsbürgerschaft als Dauerlösung für in Deutschland geborene Ausländerkinder ausgesprochen. Stattdessen sollen sie wieder zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr wählen müssen, welche Staatsangehörigkeit sie wünschen, genannt das „Optionsmodell“.

Was dann geschah, ist spektakulär: Unbeeindruckt von dem Beschluss gab Merkel zu Protokoll, dass dieser Beschluss keine Chance in der Koalition habe und dass sie ihn selber auch nicht unterstütze. Eine solche Einlassung der Parteichefin hätte eine Welle der Empörung an der Basis auslösen müssen. Der Vorsitzende einer demokratischen Partei hat für die Beschlüsse seiner Basis zu kämpfen, selbst wenn er in der Abstimmung unterlegen war. Merkels Äußerung war in ihrer Arroganz ein Skandal.

> Die Chefin hat gezeigt, wie egal ihr das Votum der Partei ist

Nun geschah etwas noch Verblüffenderes: Die Empörung blieb aus. Nicht nur sind Angela Merkel die Beschlüsse ihrer Partei egal; die Partei scheint es gar nicht zu kratzen, dass sie der Chefin egal ist – wie in einer eingefrorenen Ehe, in der die Partner nur noch aus Angst vor der Einsamkeit beisammen bleiben. Merkels Signal an die Basis lautet: Wenn ich meine Politik nicht mit euch durchbekomme, dann eben mit der SPD und später vielleicht mit den Grünen.

Ansonsten hat sich die Kanzlerin abermals herausgeredet. Mit Hinblick auf die unkontrollierte Asylflut sagte sie, sie habe der Partei einiges zugemutet, weil „wir tun müssen, was die Zeiten von uns fordern“. Eine perfide Irreführung: Die „Zeiten“ waren in England, Polen oder Dänemark die gleichen im Herbst 2015. Nur die Regierungspolitik gestaltete sich dort anders. Es war Merkel, welche mit ihrer Politik die „Zumutungen“ über Deutschland brachte, die sie nun zum unabwendbaren Schicksalsschlag umdeuten will, samt „alternativloser“ Reaktion.

Dass ihr das nicht mehr nahezu alle Delegierten (wie noch auf dem Karlsruher Parteitag vor einem Jahr) abkaufen, setzt ein Zeichen der Hoffnung. Indes: Auch in Essen hat sich niemand gefunden, der Merkel offen Paroli bieten wollte. Eine solche Persönlichkeit aber muss sich herausschälen, will die Partei nicht in eine noch tiefere, existenzielle Krise stürzen. Findet sich nicht rechtzeitig jemand für diese Rolle, dürfte die Zeit für die CDU als große Volkspartei ablaufen.

Hans Heckel

JAN HEITMANN:

Schizophren

Eine Mehrheit von 56 Prozent der Deutschen ist mit der Arbeit der Bundesregierung unzufrieden. Das hat eine Umfrage von infratest dimap für die ARD ergeben. Man muss den Befragten wohl Schizophrenie attestieren, denn zugleich bewerten 57 Prozent die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel positiv. 59 Prozent begrüßen es sogar, dass sie noch einmal Kanzlerin werden will. Das sind 13 Punkte mehr als im September, als die K-Frage bei der CDU noch offen war.

Man fragt sich, was in den Hirnen der Menschen vorgeht, oder ob sie einfach nur in der Schule nicht aufgepasst haben. Wer wählen darf, sollte wissen, dass die Bundeskanzlerin die Richtlinien der Politik bestimmt und die Geschäfte der Bundesregierung leitet. So steht es in Artikel 65 des Grundgesetzes. Mit anderen Worten: Sie bestimmt, was in der Bundespolitik passiert oder unterbleibt. Zwar gilt das Ressortprinzip, was bedeutet, dass die Bundesminister ihre Ministerien offiziell in eigener Verantwortung leiten, doch bleibt ihnen letztendlich nichts anderes übrig, als sich dem Willen der Bundeskanzlerin zu beugen. Sie ist nämlich diejenige, die das Recht zur Bestellung und Abberufung der Minister hat. Wer nicht pariert, muss also damit rechnen, aus der Bundesregierung zu fliegen. Und dass Merkel beim Kaltstellen unliebsamer Personen nicht zimperlich ist, hat sie vielfach bewiesen.

Nochmal: Es gibt nichts, weder Richtiges noch Falsches, was in der Bundespolitik geschieht, ohne dass Merkel es so will. Dafür trägt sie allein die Verantwortung. Auch das steht nämlich im Grundgesetz. Es ist somit absolut widersinnig, einerseits die Arbeit der Bundesregierung zu kritisieren, andererseits aber die Kanzlerin zu loben. Wer das tut, entlarvt sich als Einfaltspinsel.

»Türken-Stasi« in Deutschland

Kurdische Gemeinde warnt vor Erdogans Spitzeln und Denunzianten

Die Kurdische Gemeinde Deutschland warnt vor dem Aufbau eines türkischen Geheimdienstnetzes in Deutschland. Bereits wenige Tage nach dem Putsch im Juli habe der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan alle Türken dazu aufgerufen, den Sicherheitsbehörden Regimekritiker zu melden, denn es sei die patriotische Pflicht eines jeden Bürgers, Oppositionelle zu verraten. Damit käme nicht nur auf die Mitarbeiter der türkischen Generalkonsulate und der Botschaft in Berlin, sondern auch auf die Imame, Funktionäre und Vorstände des Moschee-Dachverbandes DITIB und der Auslandsorganisationen der türkischen Regierungspartei AKP eine wichtige Aufgabe zu, so Ali Ertan Toprak, der Bundesvorsitzende der Gemeinde. Diese sollten nämlich die Gemeinden, ihre Nachbarschaft, ihr Umfeld und gegnerische Organisationen noch stärker beobachten und nach Ankara melden. Wer nichts melde, mache sich verdächtig.

> Über 6000 melden bereits nach Ankara

Zahlreiche Telefon-Hotlines und Internetseiten sollen Toprak zufolge das Denunziantentum in Deutschland auch für Anfänger vereinfachen. Über 6000 Informanten des türkischen Geheimdienstes MIT würden Entwicklungen in Deutschland beobachten, dokumentieren und an den türkischen Geheimdienst melden. Diese Zahl habe ein leitender Beamter des Bundesinnenministeriums bestätigt. Wie gut das offenbar funktioniert, hätten zahlreiche Erdogan-Kritiker in den letzten Wochen bei der Einreise in die Türkei gemerkt. Demnach kam es zu Einreiseverboten, Abschiebungen und sogar zu Verhaftungen.

Toprak fordert die Bundesministerien des Inneren und der Justiz auf, die Strafverfolgungsbehörden gegen die „türkische Stasi“ in Deutschland wegen Spionage einzuschalten. Enttarnte Spitzel und Geheimdienstmitarbeiter müssten Deutschland sofort verlassen. *Jan Heitmann*

Wettlauf nach Al-Bab

Wer die Stadt beherrscht, kontrolliert die Wege in die IS-Hochburg Rakka

Der Kampf um die strategisch wichtige Kleinstadt Al-Bab im Norden Syriens offenbart ganz neue Frontlinien in Syrien. Es könnte sogar zu einer militärischen Konfrontation zweier Nato-Staaten kommen. Al-Bab liegt etwa 35 Kilometer nordöstlich von Aleppo. Seit mehr als zwei Jahren ist die Stadt in den Händen des IS. Seit Beginn der türkischen Militärintervention im August in Syrien dringen türkische Spezialeinheiten gemeinsam mit der islamistischen Freien Syrischen Armee auf die Stadt vor.

Wer Al-Bab beherrscht, kontrolliert die Wege in die IS-Hochburg Rakka. Der Vorsitzende der kurdischen Volksschutzeinheiten YPG, Salih Muslim, wirft Erdogan vor, Al-Bab erobern zu wollen, um dem IS etwas Luft zu verschaffen, statt ihn zu bekämpfen. Denn solange sich die Terroristen hielten, würden die von Erdogan geförderten angeblich „moderaten“ Islamisten dem Westen als erträglichere Alternative erscheinen. Die Türkei wolle einen zusammenhängenden Gürtel unter kurdischer Kontrolle in Nordsyrien mit allen Mitteln verhindern und strebe stattdessen in dieser Region ein sunnitisch-arabisches Puffergebiet an, vordergründig um Flüchtlingen aus Syrien eine sichere Rückkehrmöglichkeit zu geben.

> Konfrontation USA-Türkei möglich

Die USA, die in Nordsyrien immer mehr zum Gegner ihres Nato-Partners Türkei werden, mahnten die Türkei bereits, sie solle sich auf die Bekämpfung des IS konzentrieren und nicht die Kurden, die Verbündete der USA seien, angreifen. Die Kurden hatten nämlich vor einigen Wochen, wohl auf Anraten der US-Regierung, zur Entlastung der Mossul-Front eine Offensive zur Befreiung der Dörfer rund um Rakka begonnen. Diese ist es jetzt ins Stocken geraten, weil die Kurden fürchten, dass ihnen die Türken von Norden in den Rücken fallen könnten, weil die Türkei an dieser Offensive nicht beteiligt wurde. *B.B.*

MELDUNGEN

Ehrhardt Bödecker ist tot

Wustrau – Ehrhardt Bödecker, Stifter des Brandenburg-Preußen-Museums im brandenburgischen Wustrau, ist am 6. Dezember im Alter von 91 Jahren verstorben. Er studierte Rechts-, Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften in Berlin und den USA. Anschließend war er als Amtsrichter, Verwaltungsrichter und Rechtsanwalt tätig. Seit 1966 war er als Nachfolger seines Schwiegervaters Hans Weber Chef der Weberbank in Berlin. Nach Eintritt in den Ruhestand 1995 begann er mit dem Aufbau des Brandenburg-Preußen Museums, das er im Herbst 2000 eröffnete, lange Jahre selbst führte und zu einem der meistbesuchten Museen in Brandenburg machte. *J.H.*

Geert Wilders verurteilt

Den Haag – Ein niederländisches Gericht hat Geert Wilders, Vorsitzender der Partei für die Freiheit, wegen Beleidigung und Diskriminierung verurteilt, allerdings auf die Verhängung einer Strafe verzichtet. Wilders hatte im März 2014 bei einer Rede in Den Haag den Zuhörern die Frage zugerufen, ob sie in dieser Stadt und in den Niederlanden mehr oder weniger Marokkaner haben wollten. Daraufhin gingen 6400 Strafanzeigen wegen der Beleidigung und Diskriminierung einer Menschengruppe sowie wegen Aufstachelung zum Hass gegen den Parlamentsabgeordneten ein. Wilders kritisiert das Verfahren gegen ihn als „politischen Prozess“, mit dem kurz vor den Wahlen versucht werde, „den Anführer der größten und populärsten Partei auszuschalten“. Er sei verurteilt worden, bloß weil er eine Frage über weniger Marokkaner gestellt habe. *J.H.*

Machtkampf bei Boko Haram

Abuja – Innerhalb der nigerianischen Terrororganisation Boko Haram ist ein Machtkampf um die Führung ausgebrochen. Bereits im August tauchte in einem IS-Magazin erstmals Abu Musab al Barnawi als neuer Führer der gefährlichsten muslimischen Terrorgruppe in Afrika auf. Er war der bisherige Sprecher der Gruppe und soll den langjährigen Führer Abubakar Shekau ersetzt haben. Boko Haram hatte sich im März vergangenen Jahres dem IS offiziell angeschlossen. Abu Musab al-Barnawi ist ungefähr 25 Jahre alt und soll der zweite Sohn von Mohammed Yusuf, dem Gründer der Terrorgruppe, sein, der 2009 von Sicherheitskräften gefangen genommen und getötet worden war. Shekau verfügt immer noch über eine große Gefolgschaft. Er hat sich keinesfalls mit seiner Kaltstellung abgefunden und hat bereits in einem YouTube-Video seiner Absetzung widersprochen. Die Gründe für den Machtkampf sind nach Einschätzung von Beobachtern die militärischen Niederlagen von Boko Haram in den vergangenen 18 Monaten. Die Ernennung von Abu Musab al Barnawi zum neuen Führer könnte deshalb auch der Versuch des IS sein, die auseinanderdriftenden Fraktionen von Boko Haram zu einen. Abu Musab al Barnawi hat in seiner neuen Funktion bereits angekündigt, wer im Visier seiner neuen Führungstaktik stehen wird: die Christen. Er möchte „jede Kirche, die wir erreichen können, mit Sprengfallen versehen, in die Luft jagen und dort all jene ‚Bürger des Kreuzes‘ umbringen, die uns über den Weg laufen“. *B.B.*

Christen als Zielscheibe

Weltweit sind Menschen, die sich zum Christentum bekennen, Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt

Jährlich sterben rund 100 000 Christen wegen ihres Glaubens. Gerade in der Weihnachtszeit haben der religiös motivierte Terror und der Hass gegen die Christen Hochkonjunktur.

Die Meldungen über Morde, Massaker und Diskriminierungen von Christen haben auch im Laufe des Jahres 2016 angehalten. Die Verfolgung von Christen hat weltweit ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Vor allem im Nahen Osten ist die Verfolgung heute so groß, dass viele gar nicht mehr an eine Zukunft der Christen in dieser Region glauben, in der das Christentum einst entstand. Man stelle sich nur einmal vor, wie der Islam reagieren würde, wenn seine Existenz in Mekka oder Medina gefährdet wäre.

Ein Vergleich zu den Verfolgungen der ersten vier Jahrhunderte des Christentums erscheint angebracht, allerdings damals hat das Blut der Märtyrer der Kirche geholfen, sich in der antiken Gesellschaft zu etablieren. Heute nimmt der hoch entwickelte Westen diese Verfolgung überwiegend mit Desinteresse und falsch verstandener Liberalität zur Kenntnis. Dabei ist gerade die Identifizierung christlicher Minderheiten mit dem „Westen“ ein Motiv der Repressionen und Übergriffe gegen Christen in Afrika und Asien. In vielen Staaten dieser Kontinente ist es längst lebensgefährlich, Christ zu sein. Nach Schätzungen der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und der Organisation Christian Solidarity International (CSI) bekennen sich 75 bis 80 Prozent der Menschen, die derzeit wegen ihres Glaubens verfolgt werden, zum Christentum, das sind 200 Millionen Christen.

Über 100 000 Christen werden jedes Jahr aufgrund ihres Glaubens getötet. Das sagte der EU-Sonderbeauftragte für Religionsfreiheit, Jan Figel, bei einer internationalen Konferenz über Christenverfolgung und die Verletzung der Religionsfreiheit Ende November in Wien. Veranstalter war die „Beobachtungsstelle für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen in Europa“ (Wien) in Zusammenarbeit mit Open Doors, CSI, Kirche in Not und der Plattform Christdemokratie. Laut Figel ist Religion ein bedeutsamer weltpolitischer Faktor. 84 Prozent aller Menschen gehörten einer Religionsgemeinschaft an, 74 Prozent lebten in Ländern, in denen religiöse Freiheit unterdrückt werde.

Weihbischof Stephan Turnovszky vom Erzbistum Wien sagte in einem Grußwort an die Teilnehmer, dass die Lage von Christen weltweit noch nie so bedenklich gewesen sei wie heute. Auch in Europa habe sich einiges verändert. Es gebe auch hier erschrekkende Trends von „Marginalisierung und politisch-medialer Repressalien“ sowie Drohungen gegen Organisationen, die in der Öffentlichkeit für das umfassende Lebensrecht und die Menschenwürde einträten: „Gewalttätige Gegendemonstrationen bei Pro Life-Veranstaltungen sind in vielen Ländern ‚normal‘ und werden medial kaum kritisiert.“ Dass Europa mehr und mehr aufhöre, Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugung zu schützen, treffe christliche Asylsuchende besonders hart: „Nachdem sie ihr Leben aufs Spiel setzten, um nach Europa zu gelangen, schlägt ihnen hier oft erneut Gewalt, Bedrohung und Diskriminierung aufgrund ihres christlichen Glaubens entgegen, der von den staatlichen Autoritäten gerne übersehen wird.“ An der Veranstaltung in Wien nahmen 120 Personen aus 20 Ländern teil.

Christ zu sein wird auch in Europa immer gefährlicher

In den ersten 2000 Jahren Christentum soll es rund 70 Millionen christliche Märtyrer gegeben haben, von denen 45 Millionen allein im 20. Jahrhundert unter dem osmanischen Großwesir Talaat Pascha sowie unter Stalin und Mao umgebracht wurden. Jährlich 100 000 getötete Christen in der heutigen Zeit bedeutet, dass täglich weltweit etwa 288 Christen wegen ihres Glaubens ermordet werden. Das sind zwölf Christen jede Stunde oder ein Christ alle fünf Minuten. *Bodo Bost*

(siehe Kommentar Seite 8)



Auch in Afrika Opfer: Ein katholischer Pfarrer beschwichtigt nigerianische Christen nach einem islamistischen Terrorangriff Bild: pa

Auch in Deutschland nicht in Sicherheit

Übergriffe auf schutzbedürftige Christen in Asylunterkünften nehmen dramatisch zu

Hilfswerke und Selbsthilfegruppen betroffener Christen wie der Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD) schlagen Alarm. Über 73 Prozent der Immigranten, die 2015, dem Jahr mit den meisten Asylbewerbern seit Bestehen der Bundesrepublik, hier einen Asylantrag gestellt haben, waren Muslime, nur 14 Prozent Christen. Das Asylrecht ist quasi zu einem Vorrecht der Muslime geworden. Christen werden von den muslimischen Mitasylbewerbern in den Unterkünften immer mehr diskriminiert und gemobbt. Aber eben nicht nur von den Muslimen unter den Asylbewerbern. Mit der Anzahl der Asylbewerber hat auch das Personal der diese betreuenden Behörden und Verbände zugenommen. Auch hier hat der Anteil der Muslime, bedingt durch die Muttersprachenkenntnisse, erheblich zugenommen und damit auch der Fälle von Diskriminierung von Christen. Jetzt haben Selbsthilfegruppen betroffener Christen wie der Zentralrat Orientalischer Christen in Deutschland (ZOCD) die Übergriffe dokumentiert.

In einer bundesweiten Befragung wurden zwischen Februar und September religiös motivierte Übergriffe auf 743 christliche und zehn jesidische Flüchtlinge in deutschen Asylunterkünften dokumentiert. Dies hatte vorher bereits die überkonfessionelle Hilfsorganisation Open Doors bestätigt. Die insgesamt 743 bekannten Betroffenen seien jedoch lediglich „die Spitze des Eisbergs“. Von den 743 Opfern berichteten 617 (83 Prozent) von mehrfachen Übergriffen, 314 (42 Prozent) von Todesdrohungen, 416 (56 Prozent) von Körperverletzungen und 44 (6 Prozent) von sexuellen Übergriffen. Die Attacken gingen zu 91 Prozent (674) von muslimischen Mitasylsuchern aus, zu 28 Prozent (205) von muslimischem Wachpersonal. Die Täter fühlten sich geleitet von einem Wertesystem, das sie in vielen Jahren Bürgerkrieg unter dem Zeichen eines verrohten Islam in ihren Heimatstaaten verinnerlicht hätten und das für sie „göttliche Autorität“ hat.

Konvertiten haben am meisten zu leiden

Vor allem die einheimischen muslimischen Sozialberater, Sicherheitsdienstmitarbeiter und Übersetzer bereiten den Hilfswerken große Sorgen. Sie sind zumeist hier aufgewachsen, haben oft studiert, und sie geben sich nach außen hin weltoffen. Sobald sie jedoch „unter sich“ sind, zeigen viele ihr wirkliches Gesicht und bestärken muslimische Asylbewerber in ihrer Verachtung für alles Westliche. In den Asylheimen weigern sich so vermehrt muslimische Kinder, mit Christen zu spielen. Frauen, die in Asylunterkünften über Verhütungsmethoden aufklären wollen, erhalten oft als Antwort von muslimischen Asylbewerberinnen: „Wir wollen uns vermehren. Wir müssen mehr Kinder bekommen als die Christen. Nur so können wir sie vernichten.“

Am meisten Macht haben muslimische Übersetzer, weil sie bei der Anerkennung der Zuwanderer als Asylanten eine wichtige Rolle spielen. Der Staat setzt bei den zumeist in Deutschland aufgewachsenen muslimischen Dolmetschern eine Integration in das hiesige Wertesystem voraus, die oft aber gar nicht stattgefunden hat. So wurde den Hilfswerken berichtet, dass bei den Anhörungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen des Asylverfahrens Aussagen christlicher Flüchtlinge, vor allem von solchen die zum Christentum konvertiert waren, oft bewusst falsch übersetzt wurden, während dagegen viele Muslime Hilfestellung bei der Übersetzung erhielten. Vielleicht ist das so erklären, dass die Ablehnungsquote unter Christen im deutschen Asylsystem höher ist als unter Muslimen, obwohl doch Christen laut aller Statistiken zu den weltweit am meisten verfolgten Religionsgemeinschaften gehörten, vor allem in islamischen Ländern. Auf den Christen in den deutschen Asylbewerberheimen – insbesondere auf den Konvertiten – lastet ein permanenter Druck. Oft wurden aus Drohungen massive Übergriffe.

Oft werden aus Drohungen massive Übergriffe

Ignoriert werden Übergriffe gegen christliche Asylbewerber in Bremen. Dort hat der Senat Ende Oktober ein neues Gewaltschutzkonzept für Asyleinrichtungen verabschiedet. Darin wird allerdings nicht auf die Situation christlicher Flüchtlinge eingegangen, weil der Bremer Senat vorher festgestellt hatte, dass „keine Übergriffe“ auf religiöse Minderheiten bekannt seien, obwohl Open Doors für den Zeitraum zwischen Januar 2015 und Juni 2016 neun Fälle von körperlichen Übergriffen auch in Bremen gemeldet hatte. Nach dem Muster, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, wird nicht nur in Bremen der Mantel des Schweigens über die zunehmende Gewalt gegen Christen in Asyleinrichtungen gelegt. Laut der Referentin für Religionsfreiheit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Michaela Koller, mussten die Hilfswerke sogar Kritik für die Veröffentlichung ihrer Dokumentation einstecken.

Viele Menschen regten sich laut Koller nicht über die Attakken durch Muslime auf Christen auf, sondern über die Veröffentlichung der Vorfälle. Selbst ein katholischer Bischof habe ihnen vorgeworfen, eine anti-islamische Stimmung in Deutschland zu befördern. Die Hilfswerke appellierten dennoch an Politik und Behörden, wirksamen Schutz für christliche Schutzsuchende und Angehörige religiöser Minderheiten zu gewährleisten. „Unsere Geschichte lehrt uns, nie wieder Bedrängung und Diskriminierung von Minderheiten zugunsten der Täter zu ignorieren“, sagte der geschäftsführende Vorstandsvorsitzende von Open Doors Deutschland, Markus Rode. *B.B.*

Die irre Welt der »Flüchtlingshelfer«

Bunt, oberflächlich und vor allem weiblich – eine Studie erforscht erstmals die Willkommenskultur-Szene

Rund 75 Prozent der „Flüchtlingshelfer" sind weiblich. Viele haben studiert und arbeiten in gut bezahlten Berufen. Nachdenken über ihre Helfertätigkeit tun sie trotzdem kaum.

Vom „Sommer des Willkommens", vom „nie zuvor gesehenen Engagement für Geflüchtete" ist die Rede. Aus ihren Sympathien für ihr Studienobjekt machen die Wissenschaftler vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung keinen Hehl. Trotzdem bietet ihre kürzlich veröffentlichte Studie erstmals einen Blick darauf, welche Menschen in der Flüchtlingshilfe aktiv sind und was sie antreibt. 2291 Personen wurden im November und Dezember 2015 befragt. Ein Viertel von ihnen war mehr als zehn Stunden in der Woche für das Asylsucher-Wohl im Einsatz. Behördengänge, Deutschunterricht, Fahrdienste und Organisatorisches wurden übernommen. Zu elf Prozent waren es Studenten, zu 50 Prozent Berufstätige und zu etwa 20 Prozent Rentner. Ein wichtiges Ergebnis der Studie: Die „Flüchtlingshilfe" ist weiblich. Rund 75 Prozent sind Frauen, In der Gruppe der unter 50-Jährigen steigt ihr Anteil sogar auf 80 Prozent. In einer vorhergehenden Studie aus dem Jahr 2014 zeigte sich zudem, dass viele Helfer über Abitur und Studium verfügen. Wirtschaftlich waren sie in einer relativ sicheren Position.

Ob sich diese gebildeten Menschen manchmal fragen, welche Folgen ihr Tun hat? Kommen sie ins Grübeln bei der Frage, welches Land sie ihren Töchtern und Söhnen hinterlassen, nachdem sie hunderttausenden Zuwanderern mit archaischem Frauenbild und höhlenmenschenartigem Gewaltverständnis so liebevoll die Fremde heimisch gemacht haben? Wundern sie sich, wenn ihre angeblich kriegsbedrohten Schützlinge genau dorthin in den Urlaub fahren, von wo sie hergekommen sind? Ist ihnen die ebenso schlichte wie kluge Aussage des Wirtschaftsnobelpreisträgers Milton Friedmann (1912–2006), bekannt? Man kann einen Sozialstaat haben, man kann auch offene Grenzen haben, aber man kann nicht beides zugleich haben, hat er festgestellt.

Politik interessiert die Helfer kaum, besagt die Studie. Die emotionale Erfahrung ist ihnen wichtig oder sogar sehr wichtig. Das Gemeinschaftsgefühl untereinander sei ein besonders großer Motivationsfaktor, finden 92 Prozent der Befragten. Auch andere Gefühle scheinen eine Rolle zu spielen. „Mille1010" hat sich „hochgradig in einen Flüchtling verliebt", bekennt sie bei GoFeminin, einem Internet-Portal für Frauen des Axel-Springer-Verlages. „Mille1010" notiert verzückt: „Es ist eine Geschichte wie aus einem Liebesfilm ... Er: 20 ich 36 (sehe aber aus wie 25), ich seine Deutschlehrerin. Zwischen uns hat es gefunkt. Aber gewaltig!"

Derlei Geschichten kennt das Internet mittlerweile in ungezählten Variationen. Die kruden Machos aus dem Morgenland scheinen weibliche Bedürfnisse anzusprechen, für die den sorgfältig feminisierten und genderisierten deutschen Männern mittlerweile der Sinn oder der Mumm fehlt.

> Blöde Anmache abgewiesen. Bin ich jetzt eine Rassistin?

Bei anderen Helferinnen ist die Sachlage komplizierter. Viele erzählen von ihrem schlechten Gewissen, sogar wenn sie besonders plumpe und brutale Annäherungsversuche männlicher Asylbewerber zurückweisen. Ist Frau jetzt etwa doch eine Rassistin? Manche versuchen gar, deutsche Schuld aus zwölf Jahren Nationalsozialismus irrsinnige 70 Jahre später in einer ganz persönlichen Sühneaktion abzutragen, etwa durch eine „Schutzehe", dem „Heiraten zum Zweck der Aufenthaltsgenehmigung", wie es eine Broschüre harmlos formuliert. Das Internet hält viele solcher detaillierter Ratgeber parat. Dort ist etwa nachzulesen, wie die Ausländerbehörde beim „Scheinehen-Verdacht" doch noch hinters Licht zu führen ist.

Andere verkneifen sich das Ja-Wort, können aber ebensowenig Nein-Sagen. Der Berliner „Tagesspiegel" hat Maria S. porträtiert. Sie kümmert sich meist um 50 bis 100 illegale Zuwanderer. Eine Arbeitsstelle hat sie schon lange nicht mehr. Das Jobcenter finanziert sie. Pfandflaschen, die sie auf dem Oranienplatz sammelt, bessern das karge Salär auf. Die Zähne fallen ihr aus, Zahnersatz bleibt unerschwinglich. Hat sie doch einmal etwas Geld übrig, bezahlt sie dafür Anwälte, die sich auf Asylrecht spezialisiert haben. Sie habe inzwischen das Gefühl, mehr bei den Flüchtlingen zu leben als bei den Deutschen, erklärt sie der Reporterin.

Einer deutschen Bevölkerungsgruppe bleibt derlei grenzenlose Hilfsbereitschaft anscheinend völlig fremd. Auch dies ist ein Ergebnis der Studie des Berliner Institutes. Der Anteil muslimischer Mitbürger an den „Flüchtlingshelfern" beträgt nur 2,5 Prozent und war damit im Vergleich zu einer Umfrage aus 2014 sogar noch geschrumpft. *Frank Horns*



„Sommer des Willkommens": Für Politik interessieren sich die wenigsten „Flüchtlingshelfer". Das Gemeinschaftsgefühl und die emotionale Erfahrung ist ihnen wichtig Bild: action press

MELDUNGEN

Beverfoerde verlässt CDU

Magdeburg – Hedwig von Beverfoerde, die Sprecherin und Koordinatorin des Aktionsbündnisses für Ehe und Familie – „Demo für alle" –, ist aus der CDU ausgetreten. Sie habe aus „tiefer politischer Überzeugung einer treuen Katholikin" immer für die CDU gestimmt, doch unter der Führung von Angela Merkel habe es viele kritische Entwicklungen gegeben. Obwohl Merkel sich weiterhin weigere, ihre kapitalen Fehler zu korrigieren, habe der CDU-Bundesparteitag sie mit 89,5 Prozent erneut zur CDU-Vorsitzenden gewählt. „Diese für unser Land schicksalhafte Fehlentscheidung der Partei" könne sie keinen einzigen Tag mitverantworten. *J.H.*

Facebook sperrt grünen OB

Tübingen – Das soziale Netzwerk Facebook hat den Account des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmer (Grüne) vorübergehend gesperrt. Palmer vermutet, dass es die Verwendung des Wortes Mohrenkopf ist, die zu der Sperre geführt hat. Vor vier Jahren hatte sich Palmer anlässlich der Schokoladenmesse „Chocolart" dazu geäußert, dass ein Konditor dort „Tübinger Mohrenköpfe" im Sortiment hatte. Nun, da die nächste Schokoladenmesse ansteht, stellte Palmer die Frage: „Was wurde aus dem Mohrenkopf?" Damit wollte er ironisch darauf hinweisen, dass die Verwendung des Begriffes Mohrenkopf als nicht „politisch korrekt" gilt und stattdessen unverfängliche Begriffe wie Schokoschaumkuss üblich geworden sind. Palmer kritisiert das Vorgehen von Facebook als „Orwell'sche Sprachkontrolle" und schreibt, nachdem sein Account wieder freigegeben war: Wenn Facebook unseren Sprachgebrauch durch Sperren reglementiert, ist das der Anfang einer Zensur durch eine nicht erreichbare private Behörde. *J.H.*

Bei McKinsey abgekupfert?

Thomas Strobls Vorschläge gegen den Missbrauch des Asylrechts

Bereits im Vorfeld des Essener CDU-Parteitags hat Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) gefordert, die Abschiebepraxis bei abgelehnten Asylbewerbern drastisch zu verschärfen. „Im Jahr 2017 werden in Deutschland voraussichtlich eine halbe Million Ausländer ohne Bleiberecht leben", so Strobl. Der CDU-Innenpolitiker will unter anderem Asylbewerber, die ihre Passdokumente wegwerfen, nur mit Sachleistungen versorgen und das Asylverfahren beenden. Außerdem sieht Strobls Plan Rückführungszentren in Ägypten und Tunesien vor.

Vorgeworfen wurde Strobl, viele seiner Vorschläge seien entweder bereits bekannt oder kaum umsetzbar. Tatsächlich findet sich vieles, was der CDU-Politiker gefordert hat, in einer Studie wieder, welche die Unternehmensberatung McKinsey erst vor Kurzem für das Bundesinnenministerium erstellt hat. Empfohlen haben die McKinsey-Berater unter anderem eine Zentralisierung der Verantwortlichkeiten, eine konsequente Anwendung von Abschiebungshaft und die Kürzung von Geldleistungen in Fällen einer sogenannten Duldung.

Wie wichtig ein Erfolg in der Sache ist, macht eine Schätzung deutlich, die in der Untersuchung enthalten ist. Gerechnet wird demnach mit einem Anstieg der Zahl ausreisepflichtiger Personen bis Ende 2017 auf mindestens 485 000. Gerechnet wird aber auch damit, dass lediglich etwa 85 000 abgelehnte Asylbewerber Deutschland tatsächlich wieder verlassen werden.

Damit droht, sich zu wiederholen, was lange Zeit gängige Praxis war. Wie Daten des Ausländerzentralregisters belegen, erfolgte über den Missbrauch des Asylrechts jahrzehntelang eine massive Einwanderung. Mit Stand vom Juni weist das Zentralregister rund 550 000 Personen aus, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die sich aber dennoch mit den verschiedensten Aufenthaltstiteln ausgestattet immer noch in der Bundesrepublik aufhalten. Zu erwarten ist, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren in einer noch größeren Dimension wiederholt.

> Parallelen zur Studie der Beraterfirma für das Innenministerium

Zwar werden in der McKinsey-Untersuchung für das Bundesinnenministerium konkrete Vorschläge unterbreitet, viele Punkte werden sich allerdings kaum umsetzen lassen. So sind für die Umsetzung die Bundesländer federführend, nicht der Bund. Länder wie Thüringen oder Schleswig-Holstein haben in der Vergangenheit bereits pauschale Abschiebestopps verhängt. Eine immer komplizierter gewordene Rechtslage, Härtefall-Kommissionen sowie Druck von Leitmedien und Lobbyorganisationen wie Pro Asyl haben ebenfalls dazu beigetragen, dass die Abschiebezahlen bislang gering waren.

Vor diesem Hintergrund ist kaum verwunderlich, dass in der McKinsey-Untersuchung die Empfehlung auftaucht, die Anreize zur freiwilligen Ausreise zu erhöhen. Schon jetzt bekommen abgelehnte Asylbewerber, die freiwillig Deutschland wieder verlassen, Reisekosten erstattet und weitere finanzielle Anreize. Über dieses Verfahren kehrten im Laufe des vergangenen Jahres 37 220 Menschen freiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Vom Bund angekündigt wurde inzwischen ein zusätzliches Programm, um Personen bereits während des Asylverfahrens zur Rückreise zu bewegen, wenn sie nur eine geringe Anerkennungschance haben. In der neuen Haushaltsplanung des Bundes sind dafür 40 Millionen Euro eingeplant. *Norman Hanert*

Teure Immigrationsindustrie

Kleine Anfragen der AfD offenbaren Geldverschwendung in Sachsen

Weil die Alternative für Deutschland inzwischen bereits in zehn Länderparlamenten vertreten ist, hat sie die Möglichkeit, die jeweiligen Staatsregierungen zu Auskünften zu veranlassen. Dadurch dringen nun auch brisante Informationen an die Öffentlichkeit, die ansonsten kaum die Runde machen würden. Dies zeigen nicht zuletzt die beiden Kleinen Anfragen des sächsischen AfD-Abgeordneten André Barth zu den finanziellen Aufwendungen für die soziale Betreuung und Integration der rund 31 000 Asylbewerber im Freistaat zusätzlich zu den Ausgaben für Unterbringung, Verpflegung, Gesundheitsversorgung und ähnliches (Drucksache 6/6912 und 6/6913).

So geht aus den Antworten der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping (SPD) hervor, dass die zehn Landkreise, drei kreisfreien Städte und diverse Gemeinden im Haushaltsjahr 2015/16 hierfür Zuschüsse in Höhe von 16,74 Millionen Euro erhielten. Für jeden registrierten Asylbewerber gab es also 540 Euro – allerdings floss ein reichliches Zehntel des Geldes in die Beratung derjenigen Asylsucher, die Bereitschaft signalisierten, freiwillig in ihre Heimat zurückzukehren.

Dahingegen strichen die „zivilgesellschaftlichen" Vereine, Verbände, Organisationen, Bündnisse, Arbeitskreise, Räte und Initiativen, die gemeinhin zur „Immigrationsindustrie" gezählt werden, im gleichen Zeitraum 26,3 Millionen Euro ein. Das waren 848 Euro pro Asylbewerber. Dabei lassen die von Köpping aufgelisteten Einzelpositionen unter dem Haushaltstitel 68 451

> 848 Euro pro Asylbewerber für Krisengewinnler

(Zuschüsse zur Förderung der Integration von Zuwanderern) tief blicken. Da wurden allerlei banale oder gar bizarre Aktivitäten finanziert wie Märchenstunden, „gleichberechtigter Obst- und Gemüseanbau", Nachtsport, Keramikzirkel, gemeinsames Malen im Freien, Volksmusik, „Integration mit Hilfe der 5 Säulen von Kneipp unter Einbeziehung des Schulzoos" sowie die „Fahrradausbildung für Migranten auf einem Verkehrsübungsplatz" – das verschlang insgesamt 705 146 Euro. Ebenfalls bemerkenswert ist der Geldsegen für den Verein Dipetos Welt der Clowns (41 606 Euro).

Darüber hinaus mussten natürlich auch die durch die Immigranten selbst verursachten Probleme gelöst werden, zum Beispiel durch „transkulturelle Suchthilfe" sowie die „Schaffung einer sicheren Erstunterkunft für homosexuelle Flüchtlinge", die sich vor ihren eigenen Glaubensbrüdern fürchteten – Kostenpunkt 146 030 Euro.

Und die Arbeiterwohlfahrt in der Lausitz wiederum benötigte immerhin 42 740 Euro zur „Gewinnung von Jugendlichen für die Projektarbeit zur Integration Asylsuchender". Gut versorgt sind darüber hinaus alle hauptberuflich in der Immigrationsindustrie Tätigen. Wie Köppings Aufstellung verrät, verdient beispielsweise ein Koordinator für ehrenamtliche Asylsucherhilfe in Chemnitz 84 180 Euro pro Jahr.

Der größte Profiteur ist freilich die „Outlaw gemeinnützige Gesellschaft für Kinder- und Jugendhilfe" mit Sitz im münsterländischen Greven: Diese kassierte für ihre „integrativen Maßnahmen" in Sachsen 1,55 Millionen Euro. *Wolfgang Kaufmann*

Wie will Trump aufrüsten?

Die Wunschliste des US-amerikanischen Militärs ist lang – und teuer

Donald Trump hat die Präsidentschaftswahlen unter anderem mit dem Versprechen gewonnen, wieder mehr Geld für das Militär auszugeben. Allerdings sind die Verteidigungsausgaben zurzeit gedeckelt.

Der 2011 verabschiedete Budget Control Act (Haushalts-Kontrollgesetz) sieht Obergrenzen für jeden Einzeletat vor. Bereits Barack Obamas Etatansatz für die nächsten vier Jahre liegt schon über den gesetzlichen Vorgaben.

Trump müsste das Gesetz aufheben lassen, denn er will die US-Armee von zurzeit 450000 Soldaten auf 540000 Soldaten verstärken. Die Marine soll auf 350 Kriegsschiffe anwachsen, das Marinekorps von jetzt 182000 auf 200000 Soldaten wachsen. Auch die United States Air Force (USAF) soll größer werden – von zur Zeit 1141 Kampfflugzeugen auf mindestens 1200. Über das nukleare Arsenal gibt es bisher keine belastbaren Angaben. Insgesamt könnten in den nächsten vier Jahren zwischen 250 und 300 Milliarden US-Dollar zusätzlich zu Obamas Ansatz anfallen.

Die Vergrößerung der Armee würde zwischen 35 und 50 Milliarden US-Dollar kosten, wobei die tatsächliche Höhe der Summe davon abhängt, ob die Armee neues Kriegsmaterial kaufen darf oder auf eingelagertes Material zurückgreifen muss. Im Moment plant die Armee lediglich durchgreifende Modernisierungen. Daher dürfte eine Vergrößerung noch verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten machen.

Bei neuen Kriegsschiffen sieht das schon anders aus. Gerade der Bau von komplexen Einheiten wie strategischen U-Booten, Flugzeugträgern oder Zerstörern ist langwierig. Die United States Navy (USN) könnte sechs eigentlich gestrichene Fregatten zusätzlich bestellen, zwei weitere amphibische Kriegsschiffe und ein weiteres nukleares Jagd-U-Boot. Das würde Mehrausgaben von 60 Milliarden Dollar in den nächsten vier Jahren bedeuten.

Horrende Geldverschwendung im Pentagon

Die Luftwaffe hätte es wieder etwas einfacher. Sie könnte die Beschaffungszahlen des neuen Jägers Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ verdoppeln, was über die nächsten vier Jahre mit 30 Milliarden US-Dollar zu Buch schlagen würde.

Die Aufstockung des United States Marine Corps (USMC) würde mindestens zwölf Milliarden US-Dollar kosten.

Ein dysfunktionaler Apparat setzt derartige Programme um. Die Folge sind überteuerte Produkte, die zu spät kommen und nicht wie bestellt funktionieren.

So ist die neue F-35 bereits in Produktion. Aber zurzeit erfüllen die Flugzeuge nur einen Teil der Anforderungen. Wichtige Komponenten, etwa die Bordkanone, sind nicht fertig. Und im Moment ist die F-35 älteren Kampfflugzeugen im Luftkampf unterlegen. Trotzdem ist sie mit Kosten von 1,5 Billionen Dollar über den geplanten Einsatzzeitraum das teuerste Kampfflugzeug der Geschichte.

Einen ähnlichen Rekord stellt die „Gerald Ford“ auf, der erste Flugzeugträger einer neuen Klasse. Er liegt zwei Jahre hinter dem Zeitplan. Weder die neuartigen Flugzeugkatapulte noch die aufwendige Elektronik, die eigentlich Personal einsparen soll, funktionieren. Trotzdem ist das nach dem 38. US-Präsident benannte Kriegsschiff das teuerste der Geschichte. Auf Platz zwei liegen die Zerstörer der „Zumwalt“-Klasse, die sich durch eine radarschluckende Form und eine neuartige Kanone auszeichnen. Allerdings werden wegen des hohen Preises nur drei Schiffe gebaut. Die neuartige Kanone sollte eigentlich eine Art Lenkrakete mit großer Reichweite verschießen, aber die ist durch die geringe Zahl der Schiffe so teuer, dass ein Schuss 800000 Dollar kostet. Die USN kauft nur genug, um die Kanone zu testen.

Die Ursache dafür ist die wuchernde Pentagon-Bürokratie, die keinen genauen Überblick darüber hat, was mit den Dollar-Milliarden geschieht, die sie verwaltet. So identifizierte laut der „Washington Post“ eine externe Beratungsfirma jüngst sinnlose Kosten in Höhe von 125 Milliarden Dollar – im Bereich der Zivilangestellten, der Informationstechnologie und der Liegenschaften. Tatsächlich wissen die Verantwortlichen im Pentagon noch nicht einmal, wie viel Land sie überhaupt auf der Welt besitzen. Und bei ungefähr der Hälfte der darauf stehenden Gebäude wissen sie nicht, wofür die genutzt werden. *Friedrich List*



Er ist so teuer wie er futuristisch aussieht: Der Zerstörer „Zumwalt“ Bild: U.S. Navy/CF

Projekte der US-Streitkräfte für die Zukunft

Obwohl die Republikaner traditionell die Demokraten beschuldigen, die militärischen Fähigkeiten der USA zu untergraben, hat die scheidende Obama-Administration eine ganze Reihe ehrgeiziger Vorhaben auf den Weg gebracht. So soll der Nurflügelbomber Northrop Grumman B-21 „Raider“ nicht nur die ältere Northrop B-2 „Spirit“ aus den 90er Jahren ersetzen, sondern auch die B-52-Flotte sowie einen Teil der B-1-Bomber.

Auch will die USAF ein neues strategisches Aufklärungsflugzeug beschaffen. Die Mach 3 (dreifach Ulltraschall) schnelle Lockheed SR-71 war in den 90er Jahren außer Dienst gestellt worden, ohne dass ein Nachfolgemuster bereitstand. Jedenfalls keines, von dem die Öffentlichkeit gewusst hätte. Nun soll die SR-72 die Nachfolge antreten. Hersteller ist der US-Rüstungskonzern Lockheed-Martin. Die SR-72 soll in großer Höhe mit Geschwindigkeiten um Mach 6 operieren. Im Gegensatz zur SR-71 ist sie unbemannt und soll ähnlich wie heutige Aufklärungsdrohnen von Stützpunkten in den USA gesteuert werden.

Überteuerte Hochtechnologie

Bereits seit einigen Jahren fliegt der Raumgleiter Boeing X-37. Über seine Einsätze ist nur wenig bekannt, aber er scheint bisher primär als Aufklärungsplattform in niedrigen Erdumlaufbahnen genutzt worden zu sein. Er hat eine Ladebucht mit Klappen ähnlich wie der viel größere Space Shuttle. Die X-37 startet an der Spitze einer herkömmlichen Trägerrakete und landet wie ein Flugzeug. Sie kann bis zu neun Monate im All bleiben.

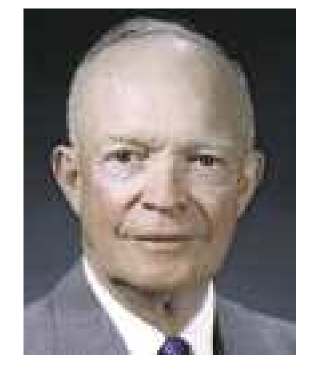
Zudem interessiert sich die USAF für futuristische Waffen. Eine Magnetkanone, deren Projektile magnetisch beschleunigt werden, soll Ziele in der Luft oder am Boden bekämpfen. Die Geschossgeschwindigkeit läge bei Mach 5. Einziger Haken: Bisher ist nur in Großraum-Transportflugzeugen genug Platz für die sogenannte Rail Gun. Auch Laserwaffen sind weiter in der Entwicklung, etwa als Waffe in Kampfflugzeugen zur Lenkwaffenabwehr. *F.L.*

Zeitzeugen



James „Mad Dog“ Mattis – Der General des Marinekorps im Ruhestand ist designierter Verteidigungsminister in Trumps Kabinett. Er ist nicht nur im Militär, sondern auch in der Öffentlichkeit populär. Er gilt als Falke, aber er hat auch die Verschwendung im Militäretat angeprangert: „Ein Land, das Kontrolle über sein Budget verliert, verliert die Fähigkeit zu regieren.“

Bruce Jackson – Der Vizepräsident des Rüstungskonzerns Lockheed-Martin wurde 1997 Direktor der neokonservativen Denkfabrik „Project for a New American Century“ (PNAC). Dort lernte er Falken wie Donald Rumsfeld und Dick Cheney kennen, die später in der Bush-Administration wichtige Rollen spielten. Jackson ist ein gutes Beispiel für die Verflechtungen zwischen Industrie und konservativer Politik.



Dwight D. Eisenhower – Der General und Republikaner war während des Zweiten Weltkrieges alliierter Oberbefehlshaber in Europa und amtierte von 1953 bis 1961 als 34. Präsident der USA. In seine Amtszeit fällt die massive Expansion des US-Militärs, etwa der Aufbau des kernwaffentragenden Strategischen Bomberkommandos. Zum Ende seiner Präsidentschaft warnte er vor der wachsenden Macht des „militärisch-industriellen Komplexes“, der drohe, die Demokratie zu untergraben.

Mandy Smithberger – Sie arbeitet am Center for Defense Information (CDI), das 1971 von zwei pensionierten Admirälen gegründet wurde. Sie leitet das dortige Straus Military Reform Project und hat vorher für den demokratischen Abgeordneten Jackie Speyer sowie für den Militärgeheimdienst DIA gearbeitet. Sie machte öffentlich, dass das Pentagon 2015 Ersatzteile für zwei Milliarden US-Dollar zu viel eingekauft hatte.



Donald Trump – Der designierte US-Präsident kritisierte im Wahlkampf sowohl die Politik des Amtsinhabers als auch die Rüstungsindustrie, der er Verschwendung und regelrechten Betrug vorwarf. Unter anderem hielt er Boeing den überhöhten Preis für die neuen Präsidentenmaschinen vor. Er will ein wesentlich stärkeres Militär, aber nicht um jeden Preis: „Wisst ihr was?“, sagte er Journalisten, „wir schaffen das mit viel weniger (Geld).“

Kriegsgewinnler

Der militärisch-industrielle Komplex der USA

Die meisten Bürger der Vereinigten Staaten werden über das Ende des Zweiten Weltkriegs froh gewesen sein. Einige wenige sahen das ganz anders. Zu denen gehörte der damalige Präsident von Lockheed, Robert Gross. Er bangte zu Recht um den Auftragsbestand seines Unternehmens. Vielen anderen Managern in der US-amerikanischen Industrie ging es ähnlich. Die USA waren die Rüstkammer der Alliierten, die neben den eigenen Streitkräften auch die ihrer Verbündeten wie etwa Großbritannien oder die Sowjetunion ausrüsteten. Die Luftfahrtindustrie baute während des Krieges über 300000 Flugzeuge und schaffte es, sich in vielen Bereichen an die Spitze des technologischen Fortschritts zu setzen. Im Land herrschte Vollbeschäftigung.

Der mit der Kapitulation Japans eintretende Friede war für Gross und viele andere deswegen ein echtes Problem. „So lange ich lebe“, sagte er später, „werde ich nie diese kurzen, schrecklichen Wochen der unmittelbaren Nachkriegszeit vergessen.“

Ein Netz von Lobbyisten und Denkfabriken

Und tatsächlich strich die Regierung den Etat des damals noch so bezeichneten Kriegsministeriums drastisch zusammen. Erst der beginnende Kalte Krieg, speziell die Krise um Berlin 1948/49 und der 1950 ausbrechende Koreakrieg, änderten das. Der Krieg endete zwar 1953, aber die Expansion des US-Militärs und der sie versorgenden Industrie ging unvermindert weiter. Die USA sahen sich nun als eine Macht mit einer globalen Verantwortung.

Die Verquickung von wirtschaftlichen Interessen und politischer Macht wurde so stark, dass Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1959 vor der Macht des „militärisch-industriellen Komplexes“ warnte, der drohte, die Grundlagen der Demokratie zu untergraben. Denn die Industrie verteilte die Produktion so geschickt, dass viele Kongressabgeordnete eine Fabrik in ihrem Wahlkreis hatten und auch behalten wollten. Ein Netz von Lobbyisten und spezialisierten Denkfabriken entstand wie die Heritage Foundation oder das American Enterprise Institute. *F.L*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Neue Klippen für Garnisonkirche

Wiederaufbau soll im Oktober 2017 beginnen – »Kreativzentrum« steht Kirchenschiff im Wege



Fragmente sollen Besucher auf das Bauvorhaben einstimmen: Potsdam-Touristen vor dem Standort der Garnisonkirche

Bild: pa

Nachdem nun ein Termin für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche genannt wurde, droht die komplette Wiederherstellung des berühmten Barockbaus an einem neuen Problem zu scheitern.

Zumindest auf den ersten Blick erscheinen die neuesten Meldungen wie der langerwartete Durchbruch für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche. Laut Wiederaufbau-Stiftung sollen ab Oktober 2017 die Baumaßnahmen anlaufen, damit erst einmal der Turm der Garnisonkirche neu errichtet werden kann. Der Turm, der in der Vergangenheit das Stadtbild Potsdams geprägt hatte, wird allerdings zunächst nur in einer abgespeckten Minimal-Variante wiederauferstehen.

Damit die Kosten von 40 auf 26 Millionen Euro sinken, wird zunächst auf die Schmuckfassade, Zierelemente, Turmhaube und Glocken verzichtet. Die Garnisonkirchenstiftung verbindet mit diesem Vorgehen eine ganz bestimmte Hoffnung.

„Es ist wie damals, als ich am Wiederaufbau des Pfingstberg-Belvederes beteiligt war: Als die Menschen gesehen haben, dass es losgeht, flossen auch mehr Spenden“, so Wieland Eschenburg vom Stiftungsvorstand. Mit den Worten „Das ist keine Option“ macht Eschenburg ebenfalls deutlich, dass die Stiftung Garnisonkirche keinesfalls auf das Kirchenschiff des 1968 gesprengten Barockbaus verzichten will.

Tatsächlich ist es inzwischen fraglich geworden, ob es noch in absehbarer Zeit überhaupt zum Aufbau des Kirchenschiffs kommen wird. Durch eine Mitteilung der Stadt Potsdam ist nämlich öffentlich geworden, dass Verhandlungen zwischen dem Rathaus und dem Förderverein zur Zukunft des sogenannten „Rechenzentrums“ laufen. Gemeint ist damit ein Gebäude, das Anfang der 1970er Jahre zum Teil auf dem Gelände der abgerissenen Garnisonkirche gebaut worden ist.

Baubeginn soll Spendenfreudigkeit stimulieren

Eigentlich war das Gebäude bereits zum Abriss vorgesehen. Auf eine Initiative von Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) hin wird das Haus allerdings seit über einem Jahr von rund 170 Künstlern als „Kreativzentrum“ genutzt. Ursprünglich vereinbart war lediglich eine provisorische Nutzung bis zum 31. August 2018. Allerdings mehren sich Anzeichen dafür, dass das Provisorium länger erhalten bleiben soll und damit der Wiederherstellung des Schiffs der Garnisonkirche räumlich im Wege steht.

Im Gespräch ist zum einen die Verlängerung der Nutzungsdauer für das „Rechenzentrum“ über fünf Jahre. In einer zweiten Variante wird sogar über eine Nutzung des Künstlerhauses bis 2028 nachgedacht. Sehr weitreichende Folgen hätte eine dritte Variante: Eine Komplettsanierung könnte dabei das Provisorium zur Dauereinrichtung machen. Dies würde wiederum das Aus für den Wiederaufbau des Kirchenschiffs bedeuten. Als Dreh-und Angelpunkt in der Angelegenheit gilt die Suche nach einem Ausweichquartier für das Künstlerhaus.

Ins Auge gefasst war bislang die ehemalige Garde-Husaren-Kaserne an der Schiffbauergasse, die Potsdam dem Bund abkaufen möchte. Bis zum Jahr 2020 wird die Immobilie noch von der Bundespolizei genutzt. Medienberichten zufolge ist allerdings unklar, ob die zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben das Haus danach nicht für andere Zwecke benötigt. Dass nun sogar über eine Komplettsanierung des „Rechenzentrums“ nachgedacht wird, spricht nicht dafür, dass die Garde-Husaren-Kaserne künftig als Künstlerquartier zur Verfügung steht.

Schlecht stehen zudem die Chancen, dass das Kirchenschiff der Garnisonkirche in seiner historischen Form wiederstehen wird. So hat die Evangelische Landeskirche bereits zur Bedingung für ihre Kredite gemacht, dass die architektonische Gestaltung neben der historischen Kontinuität auch den „Bruch mit der Tradition“ deutlich werden lasse. Ob es überhaupt zu einer Umsetzung dieser Anforderung kommt, ist angesichts der bekannt gewordenen Weiternutzungspläne für das „Rechenzentrum“ fraglich.

Schon der Bau des Kirchturms der Garnisonkirche birgt offenbar reichlich Konfliktpotenzial zwischen den Wiederaufbaubefürwortern und den Kreativen in der Nachbarschaft. Bereits im November hatten die Nutzer des „Rechenzentrums“ einem offenen Brief an Bundeskulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) geschrieben. Darin hatten die Künstler die Pläne kritisiert, den Kirchturm zunächst einmal in einer schmucklosen Minimalvariante zu errichten. In dem Brief, bemängeln sie, es könnte der Eindruck einer Bauruine entstehen, weil an dem Turm der „charakteristische Teil der historischen Architektur“ fehlen werde.

Die Adressatin des Briefs spielt eine zentrale Rolle beim Wiederaufbauprojekt der Garnisonkirche: Als Kulturstaatsministerin muss sie mitentscheiden, ob die zwölf Millionen Euro, die der Bund zugesagt hatte, auch für die abgespeckte Turmvariante fließen werden. Bleiben die Gelder des Bundes aus, könnte dies vermutlich auch die Evangelische Kirche dazu veranlassen, ihre Kreditzusage zu überdenken.

Norman Hanert

Stasi in die Regierung?

Von Vera Lengsfeld

Linke ... und die Stadt gehört Euch! Das war der Wahlkampfslogan von Spitzenkandidat Klaus Lederer. Wem sie dann gehört, hat Lederer nicht spezifiziert, aber versprochen hat er viel: „Uns geht es um einen Stil, der die Betroffenen politischer Entscheidungen in diese mit einbezieht, von Anfang an. Uns ist der Austausch mit der Stadtgesellschaft wichtig. Uns ist das Hineinhören in die Stadt so wichtig wie das Zuhören ...“

Nun muss Lederer Flagge zeigen, ob er wirklich vorhat, die Bürger in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen.

Beinahe wäre die Besetzung des rot-rot-grünen Senats problemlos verlaufen. Die Nominierung des ehemaligen Stasi-Kaders und aktiven Linksextremisten Andrej Holm als Baustadtrat schien keinerlei Bauchschmerzen zu bereiten, obwohl beide Fakten den Koalitionspartnern bekannt waren. Es wurde offenbar als vernachlässigbare Petitesse angesehen. Holm war ja erst 18 Jahre alt, als er sich für einen dreijährigen Wehrdienst beim Wachregiment Feliks Dzierzynski entschied.

Damit trat er einem Regiment bei, dessen Rekruten bereits durch die entsprechenden MfS-Kreis- und Bezirksdienststellen gesichtet, ausgewählt und anschließend der Einberufungsbehörde (Wehrkreiskommando) als eventuelle Anwärter für das Wachregiment Berlin genannt wurden. Es war das Karrieresprungbrett für aufstiegswillige, regimetreue junge Männer. Nach drei Jahren winkte nicht nur der ersehnte Studienplatz, sondern nach dem Studium auch eine hochbezahlte Stelle im Apparat.

Der Preis dafür war, dass die Soldaten nicht nur eingesetzt wurden, um Regierungsgebäude, hochsensible Einrichtungen oder Gefangene der Stasi zu bewachen, sondern auch um öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Hätte es die vom damaligen Politbüromitglied Egon Krenz begrüßte „chinesische Lösung“ im Revolutionsherbst 1989 gegeben, wäre Holm, wie seine chinesischen Genossen auf dem Platz des Himmlischen Friedens, mit Panzern gegen die Demonstranten eingesetzt worden.

Es ist nicht sein Verdienst, dass es nicht dazu kam, es ist auch nicht seine Entscheidung gewesen, dass seine Stasi-Karriere beendet wurde, bevor er sich die Hände schmutzig machen konnte. Holm habe sich von seiner Stasi-Vergangenheit distanziert, beteuern die Koalitionspartner. Ist er auch in der Demokratie angekommen? Seine Karriere als linksradikaler Hausbesetzer spricht dagegen. Sein geschönter Lebenslauf an der Humboldt-Uni, in dem diese heiklen Punkte verschwiegen wurden, lässt Zweifel an Holms Glaubwürdigkeit aufkommen. Es mehren sich die Stimmen gegen Holms Nominierung. Klaus Lederer muss sie hören.

Kritik an »Fahrradwahn«

Berlin: Rot-Rot-Grün wegen krasser Klientelpolitik unter Beschuss

Nach der ersten Postenvergabe und der Einigung über den Koalitionsvertrag startet die neue rot-rot-grüne Koalition („R2G“) in Berlin eine einzigartige Klientelpolitik. Forsa-Chef Manfred Güllner nennt Zahlen zu grünen Radfahrern als Beleg für die einseitige Förderung einer überschaubaren (Wähler-) Schicht durch den Senat. Die Grünen wollen zudem auch die hartnäckigsten Schwarzfahrer nicht mehr ins Gefängnis schicken, ein erneuter Eingriffsversuch in Bundesrecht.

Das neue Bündnis sei ein „Fehlstart“, sagt die CDU-Opposition, denn die drei schafften es nicht, alle ihre Stimmen für die Wahl von Michael Müller (SPD) zum Bürgermeister zu vereinen. Vier von 92 Abgeordneten aus dessen Lager stimmten gegen ihn. Dieses Ergebnis und der teils „kleinteilige“ Koalitionsvertrag ließen Misstrauen zwischen den Regierungsparteien erkennen, so die FDP.

Der aktuelle Senatsplan, den Flughafen BER „schnellstmöglich“ fertigzustellen, löst sich in den ersten Tagen der Koalition auf. Geschenke für die Wählerschaft links der Mitte will der Senat nicht der Realpolitik opfern: Berlins Gesetz über den Nahverkehr will „R2G“ zum Ende des kommenden Jahres zu einem Mobilitätsgesetz ausbauen. Zentraler Punkt darin ist die Neuregelung des Fuß- und Radverkehrs. Die berühmte Straße Unter den Linden wird demnach fast autofrei. Autofahrer sollen überall innerhalb des S-Bahnrings für das Parken bezahlen.

Güllner (Forsa): Mehrheit nutzt Rad nur nebenbei

Drogen werden weiter legalisiert: Die polizeiliche Verfolgung von Straftaten in Gebieten mit einschlägiger Szene will R2G blockieren. Den Gegenkurs „Null-Toleranz“ des Ex-Innensenators Frank Henkel (CDU) beendet Rot-Rot-Grün.

Radfahrer werden derart gepäppelt dass selbst SPD-Mitglied Güllner von „Fahrrad-Wahn“ spricht. Das Rad sei ein in der Freizeit genutztes Verkehrsmittel, das eher zusätzlich zum Auto genutzt werde, auch sei Berlins Radanteil in der Nutzung aller Verkehrsmittel nur durchschnittlich. Doch bei den Grünen gebe es doppelt so viele Radler wie in der Normalbevölkerung.

Die Hälfte aller Bürger in Metropolen glaube bereits, die Radler würden bevorzugt, so Güllners Erhebung. Den gewaltigen Investitionsplänen des Senats stünde entgegen, dass nur 29 Prozent der Berliner ab 14 Jahren das Rad hauptsächlich nutzten, 61 Prozent aber öffentliche Verkehrsmittel und 49 Prozent das Auto. *SG*

Wieder nichts

Geplatzt: BER wird auch 2017 nicht fertig

Für eine Fertigstellung des Berliner Flughafens BER im nächsten Jahr bestehen laut Chefplaner Karsten Mühlenfeld nur noch „geringe Chancen“. Damit ist ein Betrieb ab 2018 kaum wahrscheinlich.

Der Planer sowie Berlins Bürgermeister Michael Müller (SPD) waren auf der jüngsten Aufsichtsratssitzung am 2. Dezember laut Zeugen so heftig aneinandergeraten, dass die Sitzung fast geplatzt wäre. Seither ist klar: Zwischen Müller und Mühlenfeld gibt es kaum Kommunikation.

Chefplaner und Bürgermeister streiten

Das Chaos an dem zu rund 79 Prozent fertigen Flughafen nimmt wieder zu. Nur als Unterkunft für Asylsucher funktioniert der Ort bisher. Darum möchte die CDU-Fraktion, den BER möglichst bald als Abschiebeunterkünfte nutzen. Rot-Rot-Grün lehnt den Abschiebegewahrsam ab.

Der eigentliche Konflikt kreist aber ums Geld: Der bereits für 79 Millionen Euro als Zwischenlösung ausgebaute Standort Schönefeld bekommt nicht rechtzeitig ein Gebäude für Regierungsgäste. Nun weigerte sich Mühlenfeld, die vom Bürgermeister bevorzugte Baufirma noch dieses Jahr zu beauftragen. Grund: Die beteiligte Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat der Vergabe noch nicht zugestimmt, auch stehen offene Rechts- und Haftungsfragen im Raum.

Die Politik drückt aufs Tempo, die Rechnung hat später der Steuerzahler zu zahlen. Wenn der aktuelle Regierungsflughafen Tegel nun doch länger in Betrieb bleiben muss, wird es doppelt peinlich für Müller, der Tegel unbedingt schließen und weitere Verzögerungen und Kosten beim BER vermeiden wollte. *SG*

Werben um polnische Lehrer

Brandenburg beschreitet ungewöhnliche Wege, um den Lehrermangel zu mildern. Wie der RBB berichtet, sucht das Land auch schon in Polen nach qualifizierten Lehrkräften. Voraussetzung: Die Bewerber müssen ein Fach lehren, für das der Bedarf in Brandenburg besonders groß ist. Im Moment gilt dies vor allem für Deutsch als Fremdsprache für den Unterricht mit Zuwandererkindern. Nach Angaben von „rbb-online“ sind im Schulamtsbezirk Frankfurt/Oder bereits 30 polnische Pädagogen beschäftigt. Aktuell sind 15 Lehrerstellen in Ostbrandenburg ausgeschrieben. Als eine Ursache des Problems gilt, dass in Brandenburg, ebenso wie in Berlin, jahrelang zu wenig Lehrer ausgebildet wurden. Zunehmend Probleme bekommt Brandenburg inzwischen auch dabei, Schulleiterposten zu besetzen. Laut Bildungsministerium war im August jeder zwölfte Leiterposten bei den 744 Schulen in öffentlicher Trägerschaft nur kommissarisch besetzt. *N.H.*

MELDUNGEN

Falsche Visa aus Ghana

Accra – In der ghanesischen Hauptstadt hat die Polizei eine falsche US-Botschaft geschlossen, in der über Jahre gegen hohe Gebühren täuschend echte Visa und Ausweise ausgestellt wurden. Wie das US-Außenministerium mitteilte, wurde die angebliche Vertretung von einem Netzwerk von Ghanesen und Türken betrieben, wobei englischsprechende Türken die Rolle der Botschaftsmitarbeiter spielten. Da die USA Visa nur nach genauer Prüfung ausstellen, blühte das kriminelle Geschäftsmodell. Bei den Ermittlungen stieß die Polizei auch auf eine falsche niederländische Botschaft, die nachgemachte und sogar echte Visa für den Schengen-Raum ausgestellt hatte. *J.H.*

Sioux bezwingen Washington

Bismarck – Mit monatelangem Widerstand gegen die Fertigstellung einer Öl-Pipeline haben tausende Sioux-Indianer die US-Regierung zum Einlenken gezwungen. Die 3,5 Milliarden US-Dollar teure Leitung, an welcher der zukünftige US-Präsident Donald Trump finanziell beteiligt ist, sollte entlang des Territoriums der Ureinwohner unter dem Lake Oahe im US-Bundesstaat North Dakota verlaufen, der als Wasserreservoir des Missouri dient. Die Indianer sahen dadurch ihre Wasserversorgung gefährdet und befürchteten zudem eine Entweihung heiliger Stätten. Da das umstrittene Teilstück über Militärgelände geführt werden soll, hatten die Sioux bei ihrem Protest Unterstützung durch mehr als 2000 Veteranen bekommen, was Washington besonders beeindruckt haben soll. Die Leitung soll Öl von Frakkingbohrstellen bis in den Staat Illinois transportieren. Zur Fertigstellung der rund 1900 Kilometer langen Röhre fehlt lediglich das umstrittene Teilstück. *J.H.*

»Es war nicht vorhersehbar«

Hartnäckig leugneten Politik und Medien die mit der Willkommenskultur verbundenen Gefahren

Dass bei dem Ansturm der vielen Asylsucher aus dem Nahen Osten seit vergangenem Jahr ebenfalls IS-Terroristen kommen würden, wurde von Regierungskreise verneint. Entweder galt hier, dass nicht sein kann, was nicht sein darf, oder aber die Politiker verrieten damit eine ziemliche Unkenntnis vom Untergrundmilieu.

Inzwischen schätzt man, dass sechs Prozent der vorgelegten Pässe gefälscht sind. Diese Straftaten werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge indes nicht angezeigt. Sie stellten auch keinen Grund für eine Abschiebung dar. Vergangenes Jahr fielen dem Islamischen Staat (IS) sehr viele Blankodokumente in die Hände. Zugleich wurden in Deutschland viele Asylsucher überhaupt nicht registriert, nicht einmal ihr Gepäck nach Waffen untersucht. Wie viele von ihnen mögen untergetaucht sein?

Eine koordinierte Gegenwehr europäischer Medien gegen die IS-Propaganda gab es nicht. Offenbar ist es schwer, einen Überläufer im Fernsehen über die Realität des „Gottesstaates“ sprechen zu lassen: Allerdings droht einem solchen „Verräter“ auch der Tod. Indes, Ende Oktober – nach zwölf Jahren Nichtstun – kündigte der neue EU-Sicherheitskommissar ein entsprechendes Projekt an, das mit zehn Millionen Euro finanziert werden soll. Deutsche Journalisten, die zur notwendigen Aufklärung ihrer Landsleute beitragen wollten und bei den Pressestellen des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Verfassungsschutzes seit Jahrzehnten bekannt waren, erhielten kaum Unterstützung. Im Frühjahr tönte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eine recht junge Redakteurin: „Mit den paar Salafisten wird unser Verfassungsschutz schon fertig!“ Damals waren die Islamanhänger innerhalb Deutschlands gerade auf 8650 gestiegen.

Eine Staatssekretärin im Bundesinnenministerium betonte unlängst, die Moscheen dürften „nicht unbeobachtet bleiben“. Sie hätte das vor zehn Jahren sagen müssen. Schon damals kannte die Öffentlichkeit die Al-Muhsinin-Moschee in Bonn-Beuel und die Taiba-Moschee in Hamburg, die den Attentätern des 11. September 2001 in den USA als Anlaufstelle diente. Der Anschlag in München war nach Äußerungen der Verteidigungsministerin und des Justizministers „nicht voraussehbar“. Sollten sie nichts von den Attentaten in Paris mit 123 Toten und 350 Verletzten gehört und diese nicht analysiert haben? Der Beobachter kann sich des Gefühls nicht verwehren, dass man in Berlin vieles mit dortigen Augen und dortiger Mentalität sieht, das Denken und Fühlen des IS überhaupt nicht erfasst und das Ausmaß der Bedrohung immer noch nicht begriffen hat.

Bei all dem bekannten Versagen verschiedener Stellen bei dem Terrorverdächtigten Dschaber al-Bakr

Bewusste Lügen oder grenzenlose Naivität

in Sachsen ist von entscheidender Bedeutung, dass er 1,5 Kilogramm extrem gefährlichen und hochexplosiven TATP (Accton-peroxid), der weitaus gefährlicher als TNT ist, mit sich führte für einen vorgesehenen Anschlag auf den Berliner Flughafen Tegel. Zeitgleich planten drei Frauen einen Anschlag auf die Kathedrale Notre Dame in Paris. Mit seinen Sprengungen wichtiger Gebäude hat der „Heilige Krieg« eine neue Dimension angenommen. Bei dem Vorgehen der selbsternannten Gotteskrieger auf den Brüsseler Flughafen verloren 31 Menschen ihr Leben, weitere 270 wurden verwundet. Aus Sorge vor weiteren Angriffen ließ die Regierung Bahnhöfe, Schulen, Geschäfte, Restaurants schließen. Mehrere Tage war Brüssel völlig gelähmt. Eine Normalität trat erst wieder ein, als die drei Attentäter erschossen wurden. Wäre diese Gruppe personell stärker gewesen, hätte in der Weltstadt nach knapp einer Woche das Chaos geherrscht.

Vor einiger Zeit ist folgender Befehl an die IS-Kämpfer in Deutschland ergangen: „Die kleinste Tat, die ihr in Eurer Heimat ausführt, ist besser und uns lieber als die größte Tat bei uns sowie wirkungsvoller für uns und schmerzvoller für sie!“ Der „Islamische Staat“ benötigt für sein Renommee dringend „Erfolge“ im Sinne aufsehenerregender Anschläge. In Syrien selbst wird er militärisch stark bedrängt. In den letzten eineinhalb Jahren haben US-Drohnen zudem über 100 seiner Funktionäre getötet – unlängst erst den Chefstrategen und Sprecher des IS.

Nach gesicherten Erkenntnissen befanden sich Ende Oktober dieses Jahres etwa 4500 Europäer in Syrien, ein Jahr zuvor waren es „nur“ 3400 gewesen. Die Zahl der Deutschen dort belief sich vor drei Jahren auf bloße 200, nunmehr liegt sie bei 870, ein Achtel Konvertierte. Der Anteil weiblicher Personen beträgt etwa ein Fünftel. Zum Vergleich: 1000 „Heilige Kämpfer“ stammen aus Frankreich und rund 800 aus Großbritannien. Zirka 140 Deutsche kamen bislang in Syrien „für Allah“ ums Leben. Der Zustrom von Deutschen nach dort hält weiter an, ist indes geringer geworden. Ursache mögen jene Todesfälle sein, gewiss aber auch der obige Befehl. Rund 3000 Rückkehrer hat Europa bis jetzt zu verzeichnen. Von den Deutschen hat rund ein Drittel den Weg zurück genommen, mit allen drohenden Gefahren für Deutschland und dessen Bevölkerung. Die Anzahl der hiesigen Islamanhänger, die Gewalt als Mittel bejahen, schätzte man vor fünf Jahren auf 500, heutzutage auf 8650.

Dieses alles deutet zwangsläufig auf eine sehr große Gefahr bevorstehender größerer Anschlägen und Attentate. Dann ein Chaos vorauszusehen, bedarf es keiner Illusionen, sondern eines allerdings recht oft unerwünschten, weil in seinen Konsequenzen nicht als politisch korrekt geltenden Realitätssinns, der sich oft der Vorstellungskraft vieler Politiker und auch Medien-Fürsten entzieht. Gewiss werden die Überlebenden dann wieder hören von einer „Verkettung unglücklicher Umstände“ oder die dümmliche Ausrede: „Es war nicht vorhersehbar.“

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Konnte man ernsthaft glauben, dass bei dem unkontrollierten Massenansturm aus dem Nahen Osten Terroristen draußen vor blieben? Hunderte syrische Flüchtlinge vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales in Berlin Bild: pa

Renzi will Neuwahlen

Nur so scheint seine schnelle Rückkehr zur Macht möglich zu sein

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat die Situation in Italien kürzlich als „Politopoly“ bezeichnet, ein Spiel um die Macht. Ministerpräsident Matteo Renzi hat seine Ankündigung wahr gemacht und seinen Rücktritt eingereicht, nachdem er das von ihm initiierte Referendum zur Verfassungsreform verloren hatte. Den Zeitpunkt ließ er zunächst offen, aber seit dieser Woche ist klar, dass er zunächst auf der Reservebank Platz nehmen muss.

Das politische System in Italien ist komplex und kompliziert. Das Abgeordnetenhaus und der als Länderkammer bezeichnete Senat blockieren sich gegenseitig. Renzi wollte die Macht des Senats beschneiden. Staatspräsident Sergio Mattarella hatte den sofortigen Rücktritt Renzis nicht angenommen, am Wochenende dann aber doch Außenminister Paolo Gentiloni mit der Regierungsbildung beauftragt. Der 62-Jährige ist dabei nicht mehr als ein Platzhalter. Mattarella besteht darauf, dass erst der Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet und dann ein neues Parlament gewählt wird.

Aber Neuwahlen sind nötig, damit Renzi an die Macht zurückkehren kann. Er will sich spätestens im Februar zur Wahl stellen. „Wir lassen uns den Ruf nach Neuwahlen doch nicht von dem Fünf-Sterne-Chef Grillo und den anderen Gegnern wegnehmen“, zitierte ihn die römische Tageszeitung „La Repubblica“. Die eurokritische Bewegung des Politikers, Komikers, politischen Kabarettisten und Schauspielers Beppe Grillo will sich weder rechts noch links einordnen und bezeichnet sich lieber als unabhängig und anti-elitär. 2013 erzielte sie bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer aus dem Stand 25,5 Prozent und stellt seither die stärkste Oppositionsfraktion im Parlament. Umfragen sehen sie mittlerweile bei etwa 30 Prozent: „Wir sind bereit zu regieren“, twitterte Grillo nach der Wahl und sprach damit den Albtraum der EU-Eliten aus.

Zusammenarbeit mit Berlusconi nicht ausgeschlossen

Grillos Problem ist die Tatsache, dass keine der etablierten Parteien mit seiner Bewegung koalieren will. Die Sozialdemokraten der „Partito Democratico“ regieren derzeit mit einer liberalen Abspaltung von Silvio Berlusconis Forza Italia. Der 80-jährige Medien-Zar ist mit seiner konservativen Partei plötzlich wieder dick im Geschäft. Zwar hat er seinen Anhängern keine Empfehlung bezüglich des Referendums gegeben, im Parlament hatte seine Gruppe aber für Renzis Plan gestimmt. Eine Allparteien-Koalition der Vernunft, wie sie dem Staatspräsidenten vorschwebte, lehnte Berlusconi aber ab, bot dagegen Renzi staatsmännisch an, mit ihm gemeinsam die Wahlrechtsreform durchzuführen. Und sein Kalkül könnte sogar aufgehen.

Es ist davon auszugehen, dass die Sozialisten gemeinsam mit Grillos Partei um den ersten Platz ringen werden. Danach werden mehrere kleinere Parteien folgen, die allesamt die Vier-Prozent-Hürde überspringen können. Dazu zählt die Forza Italia ebenso wie die Lega Nord, mit der aber niemand koalieren will und die nur im Norden des Landes stark ist. Eine landesweite starke Rechtspartei gibt es im postfaschistischen Italien nicht und das italienische Pendant zur deutschen CDU, die Democrazia Cristiana, ist inzwischen im Korruptionssumpf untergegangen. Wohl auch deshalb liebäugelt Renzi mit einem Arrangement mit Berlusconi. Dass der 41-Jährige als Spitzenkandidat antreten wird, steht trotz der Ernennung Gentilonis außer Frage: „Mein Weg ist noch nicht zu Ende“, sagte Renzi. *Peter Entinger*

Türkische Lira stürzt ab

Die Währung hat 2016 ein Fünftel ihres Wertes verloren

Im Schatten der Bankenkrise in Italien rutscht die Türkei immer tiefer in eine Wirtschafts- und Währungskrise. Seit Jahresbeginn hat die türkische Lira ungefähr ein Fünftel an Wert verloren. Gelingt es nicht, die Kursverluste gegenüber US-Dollar und Euro zu stoppen, drohen weitreichende Folgen. Dass eine schwache Lira Einfuhren teurer macht und die Türkei viele Waren und Rohstoffe importieren muss, heizt die Inflation an. Schon jetzt liegt die Inflation in der Türkei bei sieben Prozent – als Zielwert gelten fünf Prozent. Hält die Kursschwäche länger an, drohen zudem Firmenpleiten. Laut der „Neuen Zürcher Zeitung“ haben türkische Unternehmen offene Verbindlichkeiten in ausländischer Währung in Höhe von umgerechnet 210 Milliarden US-Dollar (knapp 200 Milliarden Euro), was 29 Prozent des Bruttoinlandprodukts entspricht. Verliert die türkische Lira weiter an Wert, könnten sich die Fremdwährungsschulden für manches Unternehmen als nicht mehr bedienbar erweisen.

Bereits seit Anfang 2014 versucht die Türkei, die Talfahrt der Lira zu beenden. Ob gerade jetzt die Stabilisierung der Währung gelingt, scheint fraglich. Generell importiert die Türkei deutlich mehr Waren, als sie exportiert. Der Einbruch der Touristenzahlen nach den Terroranschlägen und dem Putschversuch Mitte Juli sowie die Wirtschaftssanktionen Russlands gegen die Türkei haben die chronische Leistungsbilanzschwäche weiter verschärft. Geringe Währungsreserven schließen stabilisierende Interventionen der Zentralbank am Devisenmarkt weitgehend aus.

In der Hand hat es die türkische Notenbank allerdings, mit

Erdogan will niedrige Zinsen und eine schwache Zentralbank

Leitzinserhöhungen den Kursverfall der Lira zu bekämpfen. Tatsächlich haben die Währungshüter trotz Warnungen Recep Tayyip Erdogans im November unter anderem den Zinssatz für Übernachtausleihen der Banken angehoben. Der Schritt hat zu scharfer Kritik durch den Staatspräsidenten geführt, der regelmäßig niedrigere Zinsen fordert und die Macht der Zentralbank einschränken will. Laut dem türkischen Staatschef gibt es keine ökonomischen Gründe für den Absturz der Lira. Für den Verfall der Währung seien vielmehr nicht näher bezeichnete Kräfte verantwortlich: „Sie versuchen, einen Putsch durch Zinsen, Börsen und den Handel mit ausländischen Währungen zu erreichen.“ Inzwischen rief Erdogan die Bürger der Türkei sogar dazu auf, ausländische Devisen in Lira zu tauschen, um die Währung zu stabilisieren. Wer Fremdwährungen „unter dem Kopfkissen“ horte, solle sie jetzt umtauschen, so der türkische Staatschef.

Gefolgt sind dem Aufruf die türkische Post, die 172 Millionen Dollar einwechselte und das Verteidigungsministerium, das mehr als 262 Millionen Dollar aus seinen Rücklagen für Rüstungsinvestitionen in türkische Lira tauschte. Flankiert wird der Umtauschappell Erdogans inzwischen durch Kleinunternehmer. So bieten zum Beispiel einige Friseure kostenlos Haarschnitte an, wenn Kunden nachweisen, dass sie Dollar in Lira getauscht haben. Wesentlich effektiver könnte sich eine andere Maßnahme auswirken: Laut Präsident Erdogan soll der Handel mit dem Iran, China und Russland in Zukunft ausschließlich in Lira abgewickelt werden.

Norman Hanert

»Jetzt ist der Moment gekommen«

Sanktionen? Ikea und andere westliche Unternehmen investieren vermehrt in Russland

In den deutschen Staatsmedien wird durchgehend gesagt, die Sanktionen gegen Russland zwängen das Land in die Knie, der Russland-Beauftragte von Ikea, Walter Kadnar, dagegen sagt: „Jetzt ist der Moment gekommen, um zu investieren. Ich glaube fest an das große Potenzial des russischen Marktes auf lange Sicht.“ Und Kadnar steht nicht allein.

Dem Vernehmen nach will das schwedische Unternehmen in den nächsten fünf Jahren rund 1,6 Milliarden Euro in dem Land investieren – nicht aus politischen, sondern wirtschaftlichen Erwägungen. Ikea ist kein Sonderfall. Die französische Baumarktkette Leroy Merlin will die Anzahl ihrer Filialen in Russland ebenfalls in fünf Jahren verdoppeln. Der Pharma-Riese Pfizer – obschon in den USA zuhause – baut derzeit eine neue Fabrik in Russland. Drei Beispiele von vielen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind die ausländischen Direktinvestitionen in Russland auf 8,3 Milliarden US-Dollar gestiegen, gegenüber 5,9 Milliarden im gesamten vergangenen Jahr.

Ein besonderes Augenmerk fällt vor allem auf die russischen Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, dem natürlichen Partner im Westen. Nachdem die deutsche Wirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 einen Rückgang der Exporte nach Russland in Höhe von 7,5 Milliarden Euro mit der Folge von Insolvenzen und dem Verlust von wahrscheinlich 60 000 Arbeitsplätzen hat hinnehmen müssen, scheint sich nun das Blatt zu wenden. Michael Harms, der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, erläutert: „Die aktuellen Zahlen lassen hoffen, dass der deutsch-russische Handel nach zwei verlustreichen Jahren die Talsohle durchschritten hat. Setzt sich die derzeitige Entwicklung fort, könnte für das Gesamtjahr 2016 noch ein leichtes Export-Plus erreichbar sein.“

Doch die deutschen Firmen verlassen sich nicht allein auf den Export, sondern machen es so wie die internationale Konkurrenz: Sie investieren direkt in Russland. So summierten sich bereits im ersten Quartal dieses Jahres die Russland-Investitionen deutscher Firmen auf 1,1 Milliarden Euro. Im ganzen Jahr 2015 waren es im Vergleich bescheidene 1,78 Milliarden. Einer der Vorreiter ist der Landmaschinenhersteller Claas, der 120 Millionen Euro in ein neues Werk im südrussischen Krasnodar gesteckt hat. Die Firma Bionorica, Hersteller von Naturarzneimitteln, baut für 30 Millionen in Woronesch, der Lebensmittelkonzern DMK ist dabei, mit einem russischen Konkurrenten zu fusionieren. „Ziel unserer Hersteller ist es“, so Jaroslaw Lossovolik von der Eurasischen Entwicklungsbank, „Allianzen mit ausländischen Unternehmen zu schmieden.“

> »Ich glaube fest an das große Potenzial des russischen Marktes auf lange Sicht«

Die Regierung in Moskau tut das Ihrige, um diese Entwicklung zu fördern. Investoren genießen sehr vorteilhafte Bedingungen. Wer in Russland mindestens zehn Millionen Euro investiert, einen für Russland neuen Produktionszweig betreibt und zehn Jahre im Land bleibt, erhält einen Sonderinvestitionsvertrag. Dieser umfasst Steuerermäßigungen, teilweise bis zum Steuererlass, einen Bestandsschutz der Steuersätze und beschleunigte Abschreibungen. Claas hat einen solchen Vertrag bereits in der Tasche. Zudem machen der Rubelkurs und die niedrigen Löhne Russlandinvestitionen attraktiv.



Symbol für das Potenzial des russischen Marktes: Ikea-Filiale in Moskau

Die von der EU auf Druck der USA verhängten Sanktionen gegen Russland laufen also nicht nur ins Leere, sie haben sogar einen gegenteiligen Effekt. Sie haben Russland gezwungen, seine Wirtschaft, die zuvor stark vom Energiesektor abhängig war, zu diversifizieren. Heute beträgt das Einkommen aus Öl und Gas nur noch ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts. Dafür hat sich das produzierende und verarbeitende Gewerbe erheblich ausgebreitet und bildet bereits eine neue Mittelschicht. Erste Produkte, die in Russland hergestellt wurden, gehen in den Export. Traditionell ist das schon bei Geländewagen der Fall, aber neuerdings hat es der südkoreanische Technologiekonzern Samsung übernommen, in Russland hergestellte Waschmaschinen in 20 europäische Länder zu exportieren. Dies fällt zeitlich mit einer langsamen, aber deutlichen Erholung der Konjunktur zusammen.

Ein entscheidender Einfluss aber ist von der Wahl Donald Trumps zum nächsten US-Präsidenten zu erwarten. Er hat sehr rasch zu erkennen gegeben, dass er von den Russlandsanktionen nicht viel hält und damit eine völlig irrationale Reaktion ausgelöst, und zwar bei den Europäern. Diese bemühen sich nun, möglichst schnell eine Verlängerung der Sanktionen zu erreichen, obwohl sie selbst die Leidtragenden davon sind. Ein hoher EU-Diplomat ließ das „Wall Street Journal“ wissen: „Die Wahl des Herrn Trump erschwert die geplante Sanktionsverlängerung gegen Russland. Diesbezüglich gibt es einen großen Bedarf an Diskussion.“

Allerdings gibt es auch innerhalb der EU einige Realisten ohne Schaum vor dem Mund. Dazu gehört der österreichische Kanzler Christian Kern. Er erklärte gegenüber dem „Kurier“: „Russland ist ein wichtiger Wirtschaftspartner, mit dem uns zudem viel verbindet und dem Österreich historisch auch zu Dank verpflichtet ist. Wirtschaftlich wäre es wichtig, dass diese Sanktionen fallen.“ Diese Meinung teilt ein Großteil seiner Landsleute, die überdies überwiegend die Auffassung vertreten, dass die Politik der EU gegenüber Russland nichts tauge.

Florian Stumfall

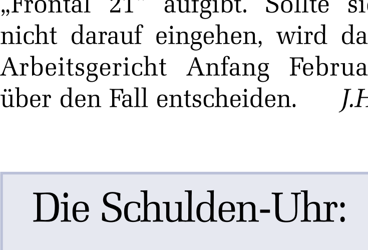
MELDUNGEN

Modekette Zara unter Verdacht

Brüssel – Die auch in Deutschland vertretene spanische Modekette Zara und ihr Mutterkonzern Inditex stehen in Verdacht, durch „aggressive Unternehmenssteuer-Vermeidungstechniken“ Steuern in mittlerer dreistelliger Millionenhöhe gespart zu haben. Das geht aus einem Bericht der Fraktion der Grünen im EU-Parlament hervor. Darin heißt es, während die Verkaufsfilialen des Konzerns entweder rote Zahlen oder lediglich Gewinne bis fünf Prozent schrieben, wiesen Unternehmensteile, die nicht im Einzelhandel tätig seien, Gewinne von 20 bis 70 Prozent auf. Das zeige, dass Inditex sich so strukturiere, dass es die fehlende Harmonisierung von Steuersystemen auf europäischer Ebene ausnutzten könne. *J.H.*

ZDF wegen Gehalts verklagt

Mainz – Die ZDF-Reporterin Birte Meier hat ihren Sender vor dem Arbeitsgericht wegen Diskriminierung und ungleicher Bezahlung der Geschlechter verklagt. Das ZDF hat ihr nun einen Vergleich angeboten. Dieser beinhaltet allerdings, dass sie ihre Arbeit bei dem ZDF-Fernsehmagazin „Frontal 21“ aufgibt. Sollte sie nicht darauf eingehen, wird das Arbeitsgericht Anfang Februar über den Fall entscheiden. *J.H.*


Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.038.813.872.484 €
Vorwoche: 2.038.734.326.165 €

Verschuldung pro Kopf:
24.809 €
Vorwoche: 24.808 €

(Dienstag, 13. Dezember 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Boom trotz Abgasskandal

2016 war für die deutsche Automobilbranche ein Erfolgsjahr

Das zu Ende gehende Jahr ist für die deutsche Autobranche wesentlich besser gelaufen als erwartet. Der Umsatz der Produzenten erhöhte sich in den ersten drei Quartalen um zwei Prozent auf 306 Milliarden Euro, die Beschäftigtenzahl in der Branche liegt mit rund 815 000 auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren. „Das Vertrauen in unsere Produkte ist größer als alle Kritiker glauben“, sagte der Präsident des Verbands der Automobilindustrie, Matthias Wissmann.

In China verkauften die deutschen Automobilbauer sogar 19 Prozent mehr Fahrzeuge als im Vorjahreszeitraum. „China ist derzeit der Motor der weltweiten Autokonjunktur“, ermittelte die Unternehmensberatung Ernst & Young (EY): „Dank der Steueranreize beim Kauf kleinerer Pkw brummt der Absatz im Reich der Mitte nach einer vorherigen Schwächephase wieder.“ Allerdings gibt es gerade in China auch Probleme. „Wenn die Steuererleichterungen in China tatsächlich wie angekündigt zum Ende des Jahres auslaufen, wird es zweistellige Zuwachsraten nicht mehr geben“, sagte ein EY-Sprecher: „Dann wird sich die Frage stellen, wo noch Wachstum herkommen soll.“ Bisher ist der chinesische Markt für die deutschen Produzenten extrem lukrativ. 33 Prozent aller Autos wurden in die Volksrepublik verkauft. Im Gesamtjahr 2015 lag der Anteil Chinas am weltweiten Gesamtabsatz noch bei 31 Prozent und im Vorjahr gar nur bei 30 Prozent. Verbandschef Wissmann hofft, „dass es der Politik gelingen wird, mit den Chinesen eine vernünftige Basis zu finden.“

Forderungen nach einem Verbot von Neuwagen mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2030 nannte er „völlig verkehrt“: „Wir können uns nicht aus einer Antriebsart einfach verabschieden. Der Verbrenner wird noch mehrere Dekaden eine große Rolle spielen.“ Nichtsdestotrotz prophezeite Wissmann für das kommende Jahr eine steil steigende Nachfrage nach Elektrofahrzeugen. Für das kommende Jahr rechnet die Branche mit einem Wachstum vor allem in der Auslandsproduktion.

> Mit 815 000 so viele Beschäftigte wie seit 25 Jahren nicht

Und die Branche stellt sich bereits neu auf. Damit die Elektroautos auch schnell und überall wieder mit Energie versorgt werden können, haben Daimler, der Volkswagen-Konzern mit Audi und Porsche sowie BMW und Ford den Aufbau eines Schnelllade-Netzes angekündigt. Die neue Infrastruktur soll entlang europäischer Verkehrsachsen verlaufen. In einem ersten Schritt seien im kommenden Jahr rund 400 Ladepunkte geplant, erklärte Daimler-Chef Dieter Zetzsche gegenüber dem „Handelsblatt“. Bis 2020 sollen Fahrer von E-Mobilen Zugang zu Tausenden solcher Hochleistungsladestationen haben. Zur Höhe der geplanten Investitionen machten die Unternehmen keine Angaben. Experten schätzen die Kosten auf einen hohen dreistelligen Millionenbetrag. „Die Verfügbarkeit von Schnellladesäulen ermöglicht erstmals Langstrecken-E-Mobilität und wird dazu beitragen, dass sich immer mehr Kunden für ein Elektrofahrzeug entscheiden“, sagte Zetsche, der den Handel mit Elektro-Autos trotz der langanhaltenden Absatzschwierigkeiten immer noch „als absoluten Zukunftsmarkt“ sieht. Auch andere in Deutschland tätige Automobilhersteller wie BMW, Ford oder Toyota wollen die Entwicklung von E-Mobilen in den nächsten Jahren kräftig vorantreiben. *Peter Entinger*

Kerngeschäft aufgegeben

Air Berlin fliegt die Ferieninsel Mallorca nicht mehr an

Die Ankündigung, Air Berlin werde ab dem nächsten Frühjahr keine Flüge mehr nach Mallorca anbieten, markiert das Ende einer Ära. Im April 1979 führte der erste Flug der damals neugegründeten Gesellschaft von Berlin nach Palma. Neben Berlin-Tegel und Düsseldorf war Palma bislang der wichtigste Flughafen für Air Berlin.

Hintergrund des angekündigten Rückzugs ist eine Neuausrichtung bei Air Berlin. Die ums Überleben kämpfende Fluglinie will sich aus dem angestammten Tourismusgeschäft zurückziehen und sich künftig auf das Langstreckengeschäft konzentrieren. Teil dieses Umbaus ist ein komplexe Transaktion: Air Berlin will einen 49-Prozent-Anteil an der österreichische Tochtergesellschaft Nikki für 300 Millionen Euro an seinen Anteilseigner Etihad Airways übertragen. Etihad, die nationale Fluggesellschaft der Vereinigten Arabischen Emirate, will das Nikki-Paket wiederum in ein Gemeinschaftsunternehmen mit Tuifly aus Hannover einbringen, das mit Beginn des Sommerflugplans 2017 an den Start gehen soll.

Wenn die Transaktion für Air Berlin auch einen Rückzug aus der Ferienfliegerei, dem bisherigen Kerngeschäft, bedeutet, so kann es das Geld aus dem Teilverkauf von Nikki doch gut gebrauchen. Die Fluglinie befindet sich schon länger in der Krise. In den letzten Monaten hat sich die wirtschaftliche Lage offenbar nochmals zugespitzt. So hat Air Berlin allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres ein Minus von 317 Millionen Euro erwirtschaftet. Selbst das wichtige Sommergeschäft hat für die Berliner Fluggesellschaft keine Wende zum Besseren gebracht. Medienberichten zufolge sind damit die Finanzreserven zu Beginn der umsatzschwachen Wintersaison aufgezehrt.

> Rückzug aus dem Tourismusgeschäft – verkauft an Etihad

Auffällig ist der hohe Preis, den Etihad für knapp die Hälfte der Niki-Anteile an Air Berlin bezahlen will. Vereinbart wurden als Kaufpreis 300 Millionen Euro – Air Berlin ist an der Börse insgesamt allerdings nur noch knapp 70 Millionen Euro wert. Tatsächlich halten viele Beobachter die Transaktion denn auch für einen neuerlichen Geldzuschuss durch den Anteilseigner vom Arabischen Golf. Geschätzt wird, dass Etihad – entweder direkt oder über verschlungene Wege – mittlerweile mehr als eine Milliarde Euro gezahlt hat, um Air Berlin immer wieder aus der Patsche zu helfen. So zeichneten die Araber eine Anleihe ihrer deutschen Tochtergesellschaft in Höhe von 300 Millionen Euro mit unbegrenzter Laufzeit. Ebenso kaufte Etihad vor einiger Zeit für 184 Millionen Euro Air Berlin das Vielfliegerprogramm „Topbonus“ ab. Ähnlich wie bei der aktuellen Nikki-Transaktion wurde damit ein bemerkenswert hoher Preis bezahlt.

Im Spiel ist keine Großzügigkeit, sondern nüchternes Kalkül der Araber. Gestützt auf Öleinnahmen des Emirats, zielt Etihad auf Einfluss im europäischen Luftverkehr ab, um Zubringerflüge auf das eigene Drehkreuz in Abu Dhabi zu lenken. Im Wege stehen dem Expansionskurs in Europa aber Beschränkungen. So sind etwa die Flugrechte von Air Berlin daran gebunden, dass es sich um eine Fluggesellschaft handelt, die mehrheitlich europäischen Anteilseignern gehört und auch von Europa aus gelenkt wird. *Norman Hanert*

(Un-)Wort

Von Manuel Ruoff

„Postfaktisch“ ist von der Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS) zum „Wort des Jahres“ gewählt worden. Viele kannten das Wort bis dahin noch gar nicht. Aber offenkundig war das der staatsnahen GfdS weniger wichtig, als diesen politischen Kampfbegriff und die dahinter stehende Botschaft unters Volk zu bringen.

Dabei erinnert die Methode an dunkelste Sowjetzeiten. Damals wie heute wurde beziehungsweise wird Oppositionellen Vernunft abgesprochen und unterstellt, Sachargumenten nicht zugänglich zu sein. Im Ostblock wurden Oppositionelle in der Folge für geistesgestört erklärt und psychiatrisch behandelt. Heute, im Westen wird Oppositionellen unterstellt, sie würden sich von Emotionen und irrationalen Ängsten leiten lassen statt von Fakten. Da nun Oppositionelle bei Abstimmungen wie denen über den Brexit oder den nächsten US-Präsident Erfolge feiern, leben wir demzufolge in einem „postfaktischen“ Zeitalter.

Angesichts dieser Nähe der Verwendung von „postfaktisch“ zu übelsten Sowjetmethoden hätte die GfdS den Begriff wohl besser zum „Unwort des Jahres“ gewählt.

Mit zweierlei Maß

Von Bodo Bost

Zum dritten Adventswochenende beherrschten zwei Terroranschläge die Medien, ein Anschlag in der Patriarchatskirche der Kopten in Ägypten und ein Anschlag auf türkische Sicherheitskräfte am Rande eines Fußballspiels in Istanbul. Beide Anschläge haben um die 30 Todesopfer gefordert. Terror ist Terror, könnte man sagen und zur Tagesordnung übergehen. Es war nicht das erste Mal, dass in Ägypten oder in der Türkei Unschuldige gebombt wurden, und es wird leider nicht das letzte Mal gewesen sein.

Dennoch war interessant, wie unterschiedlich die Medien und die Politik in den betroffenen Ländern aber auch hierzulande auf diese Terrorakte reagiert haben. Über den Anschlag in Istanbul gegen Polizisten wurde von allen hiesigen Medien, ob öffentlich oder privat, an erster Stelle und viel ausführlicher berichtet als über den Terrorakt in Kairo gegen Gottesdienstbesucher. Dabei waren die Gottesdienstbesucher die ungeschützteren Opfer, weil sie bei der Ausübung ihres Grundrechts auf Religionsfreiheit in ihrer Kirche den Terror eigentlich nicht erwarten konnten. Die Polizisten in Istanbul dagegen mussten mit Terror rechnen, sie waren dagegen sogar geschützt – vielleicht zu schlecht, könnte man sagen. Aber angesichts der Unterdrückungs- und Vertreibungspolitik Erdogans und seiner Sicherheitskräfte gegenüber den Kurden mussten die Sicherheitsbehörden mit Anschlägen rechnen. Vielleicht haben sie sogar mitgeholfen, den Anschlag in Istanbul zu provozieren.

Für deutsche Politiker und Medien ist Terror nicht gleich Terror

Die koptischen Kirchgänger in Kairo waren zwar auch in der Vergangenheit gerade zur Weihnachtszeit bereits öfter Opfer von Terror, aber sie hatten diesen Terror nicht provoziert, und sie sind ihm infolgedessen ungeschützt, unvorbereitet und unerwartet zum Opfer gefallen. Während Erdogan als „innovatives“ Mittel zur Terrorbekämpfung in der Türkei zum x-ten Male von Rache sprach, weil das eine der Hauptquellen seiner Politik ist, konnten die Kopten in Ägypten nur ihre Wut gegen die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen der Behörden auf die Straße tragen und einklagen. Anders als in der Türkei hat der Terror gegen die Kopten in Ägypten zu einer Welle der Solidarität von Muslimen mit den christlichen Ureinwohnern des Landes geführt. Der Terror hat so gesehen sogar eine positive gesellschaftliche Rolle. In der Türkei wird der Terror von den Rachegelüsten Erdogans noch verstärkt. Dennoch wurden auf allen deutschen Fernsehkanälen die rachefordernden Hasstiraden von Präsident Erdogan endlos wiederholt und durchgesendet. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sogar eine Solidaritätsbekundung für Erdogan abgeschickt, für die Christen in Ägypten hat sie dies nicht getan.



Von deutschen Politikern und Medien überwiegend verschwiegen: Die blutige Terrortat in der koptischen Patriarchatskirche, deren stumme Zeugen hier zu sehen sind

Bild: action press

Schneeleoparden

Von Frank Horns

Der alte Paschtune lachte und lachte. Sein Lieblingsenkel hatte nach langer Zeit wieder einmal seinen Weg zu ihm in das abgelegene Dorf im Osten Afghanistans gefunden. Der junge Mann hatte früher den deutschen Soldaten als Dolmetscher gedient. Jetzt verfolgte er über diese seltsame elektrische Zeitung namens Internet die Vorgänge daheim bei den Menschen in „Dschermani“. Natürlich interessierten ihn und seinen Großvater besonders die Afghanen, die dort zu Zehntausenden ihr Glück suchten. Die verrückten Deutschen liebten sie geradezu und verziehen ihnen alles, einschließlich Raub, Mord und Vergewaltigung. Merkten sie den nicht, dass sie mit ihrem dummen Edelmut nur die Schlechtesten der Schlechtesten anlockten? Es waren all jene, denen die Lüge leicht von den Lippen ging. Sie gaukelten diesen Gutgläubigen vor, dass sie noch halbe Kinder wären, obwohl sie zehn oder sogar 20 Jahre älter waren. Sie erzählten vom Krieg, obwohl sie aus den friedlichsten Gegenden stammten.

Die Sache mit dem „Generalverdacht“ fand der Paschtune besonders komisch. Man dürfe die Leute, die gekommen wären, nicht alle für böse halten, tadelten die Mächtigen aus „Dschermani“ ihr erschrockenes Volk nach jedem schlimmen Verbrechen. Der alte Paschtune dachte an seine Wanderungen in den Bergen. Für ihn stand jeder Schneeleopard, der dort seinen Weg kreuzte, unter Generalverdacht, ziemlich hungrig zu sein. Genauso würde er es auch in Zukunft halten, um jedes Mal heil und gesund heimzukehren. Er wollte sich schließlich noch viele Jahre über die verrückten Deutschen amüsieren.

Gegenwind



»Untergang des westlichen Triumphes«

Von Florian Stumfall

Die einzige Weltmacht“ war der Titel eines Buches von Zbigniew Bzrezinski, und es handelte sich dabei um nichts anderes als ein strategisches Fanal zur Beherrschung der Welt durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Immerhin war Bzrezinski als politischer Analyst und einer der führenden Köpfe einst Berater der Präsidenten Johnson und Carter, wobei sein Einfluss bis in die Tage Obamas anhielt. Der Anspruch auf die Weltherrschaft, den Bzrezinski erhebt, darf getrost als Kern der US-Außenpolitik betrachtet werden. Das wird auch nicht bestritten: Obama hat sich selbst mehrfach öffentlich dazu bekannt, der Chef der überaus einflussreichen Denkfabrik Stratfor hat es kundgetan, und im Council on Foreign Relations wird seit Jahrzehnten daran gearbeitet.

Bezeichnend auch, wann jenes Buch erschien. Es war im Jahr 1997, sechs Jahre zuvor war die Sowjetunion zusammengebrochen, Russland befand sich im Zustand eines vom Krieg zerstörten Landes, seine natürlichen Reichtümer, vor allem der Energiesektor, befanden sich in der Hand etlicher Multis aus den USA, die durch perfide Knebelverträge, die sogenannten Profit Sharing Agreements, Öl und Gas aus Russland abzogen und so gut wie nichts dafür zahlten. In Moskau saß Boris Jelzin am Ruder, regieren konnte man es nicht nennen, er hatte an seiner Seite Berater aus den USA, die darauf achteten, dass alles in ihrem Sinne lief. In der Tat konnte man in Washington glauben, man habe Russland einkassiert.

Doch es ist ein schwerer Fehler, in der Politik gegenwärtige Verhältnisse in die Zukunft hochzurechnen oder zu glauben, man könne die Entwicklung vorhersehen. Mit der Entmachtung Jelzins und der Amtsübernahme durch Wladimir Putin nahm Russland einen neuen Weg. Die Öl- und Gasverträge wurden gekündigt, der Staat nahm wieder Geld ein, seine Verschuldung sank seither von 160 auf sieben Prozent des BIP, die Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom Energiesektor beträgt nur noch 20 Prozent, das produzierende Gewerbe breitet sich aus und mit ihm ein neuer Mittelstand.

In der selben Zeit nahmen die USA eine gegenläufige Entwicklung. Das Land befindet sich in einer Rezession, die Schulden betragen 20 Billionen Dollar (europäische Billionen, also 20 000 Milliarden), die klassischen Industriestandorte sind weitgehend deindustrialisiert, das produzierende Gewerbe schwindet, der Mittelstand befindet sich in einer Bewegung hin zum sozialen Abstieg. Über 40 Millionen Einwohner der angeblich „einzigen Weltmacht“ leben von Lebensmittelzuweisungen.

Dennoch hält Washington verzweifelt an seiner Doktrin fest. Nach wie vor geben die USA mehr Geld für das Militär aus als die neun Länder auf den Plätzen zwei bis zehn zusammengenommen. Bei den USA sind das 600 Milliarden Dollar, bei Russland 66 Milliarden. Dennoch herrscht hinsichtlich der Kampfkraft der beiden Länder wieder ein Patt, von einer amerikanischen Überlegenheit ist nicht mehr die Rede. Vor allem die defensive Potenz der Russen dürfte weltweit unerreicht sein.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Allerdings haben die USA, teilweise mit ihren Nato-Verbündeten, um Russland und China einen Ring von Militärbasen gelegt, der Ausdruck und Beleg für den Weltmacht-Anspruch ist. Nur allein der Betrieb der über 800 Basen verschlingt eine Summe, die sich die USA eigentlich gar nicht leisten können. Der Weltmacht-Traum wird auf Pump geträumt. Das einzige, was blüht, ist der militärisch-industrielle Komplex.

Russlands Präsident Putin, der die Entwicklung seines Landes während der vergangenen 15 Jahre maßgeblich gesteuert und sich dadurch in den USA natürlich keine Freunde gemacht hat, wies kürzlich im russischen Fernsehen darauf hin, dass alle Versuche, eine monopolare Weltordnung herzustellen, gescheitert seien. Es stelle sich derzeit wieder ein Kräftegleichgewicht in der Weltarena her. „Die Versuche, eine monopolare Welt zu schaffen“, so Putin, „haben sich nicht durchgesetzt“.

Das sieht nicht nur der russische Präsident so. In der renommierten „Financial Times“ schreibt der Direktor des Russland- und Asien-Programms des Carnegie Centers, Eugene Rumer: „Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit seinen außenpolitischen Entscheidungen die Weltordnung verändert.“ Der Syrien-Krieg ist für Rumer ein herausragendes Beispiel für seine These: „Syrien zeugt davon, dass Russland, das in den 90er Jahren als einfache Regionalmacht außer Acht gelassen wurde, über ein bedeutendes Militärpotenzial verfügt, auf das es bei Bedarf zurückgreifen kann.“ Rumer weiter: „Assad wurde gerettet und alle Seiten des Bürgerkriegs wurden von der Meinung abgebracht, dass nur eine militärische Konfliktlösung möglich ist.“ Zudem habe Russland seine Position im ganzen Nahen Osten gefestigt. "Die Probleme der Region können jetzt ohne Moskau nicht gelöst werden.“

Auch die „Washington Post“ lenkt die Aufmerksamkeit ihrer Leser auf Aleppo und den russischen Einsatz. Nach der westlichen Vorherrschaft mit dem Ende des Kalten Krieges stehe die Welt wieder vor einem großen Zerfall wie damals demjenigen der Sowjetunion, doch diesmal gehe es um den Westen. Das ehemals schwache Russland sei auf dem politischen Parkett zurück. Es sei unschwer zu erkennen, wie die USA ihre Positionen langsam aufgeben würden. „Der Westen ist zunehmend in sich gekehrt und überlässt das Feld in Syrien Russland, China und dem Iran.“

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Der Analytiker Luke McGregor schreibt bei der Agentur Reuters, in Westeuropa erstarkten Tendenzen, die für einen „Untergang des westlichen Triumphes“ sprächen. Die Länder der EU hätten genug von den Sanktionen, die Isolation Russlands, jene verzweifelte Idee des Präsidenten Obama, laufe ins Leere, die EU könne in absehbarer Zeit zerfallen, immer mehr zeigten Politiker Sympathien für Russland und Putin, so in Frankreich der Präsidentschaftskandidat François Fillon, ebenso die Spitzenpolitiker in Österreich, in Ungarn, Bulgarien, sogar in Polen und in anderen mehr.

Dass Putin die US-Amerikaner in Syrien so komplett ausspielen konnte, liegt an der Mischung von militärischer Stärke und Diplomatie. Dem sind die USA nicht gewachsen. Denn sie haben keine Tradition der Diplomatie, sie kennen nur Druck, Drohen und Krieg. Selbstverständlich gibt es für eine derart befremdliche, geradezu atavistische Haltung eine Erklärung. Diese liegt in der existenziellen Selbstüberschätzung, einem Erbe der Pilgerväter. Deren Grundmotiv war die Überzeugung von ihrer Auserwähltheit und demgemäß der Minderwertigkeit aller, die ihnen nicht angehörten.

Spätestens seit dem Sezessionskrieg im 19. Jahrhundert hat sich eine solche Haltung in der Politik der Vereinigten Staaten verfestigt. Obama hielt am 29. Mai 2014 in West Point eine Rede, in der er bekannte: „Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. Wenn wir es nicht tun, tut es kein anderer.“ Und er setzte hinzu: „Ich glaube an den amerikanischen Exzeptionalismus mit jeder Faser meines Wesens.“ Hier wurde das Wort von „Gottes eigenem Land“, das es in anderen Teilen der Welt auch gibt, zur Staatsdoktrin, und das ist woanders nicht der Fall. Aus dieser Überzeugung rechtfertigt die US-Politik jeden Krieg, jedes Kriegsverbrechen und jedes Unrecht. All dies geschieht in der stolzen Überzeugung, man tue recht.

Was aber geschieht, wenn sich die Führer der ehemals „einzigen Weltmacht“ eingestehen müssen, dass sie nicht mehr Macht und Möglichkeit haben, ihre historische Mission zu erfüllen, das steht in den Sternen. Die Pilgerväter haben dazu nichts hinterlassen.

Der Sehnsuchts-Maler

150. Geburtstag des »Blauen Reiters« Wassily Kandinsky – Der Russe ließ sich von Deutschen inspirieren

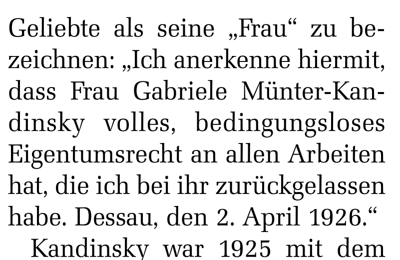
„Kandinsky Wassily – Maler, Graphiker und Schriftsteller –, der erste Maler, der das Gegenständliche im Bilde strich.“ So lautet Kandinskys (1866–1944) Selbstcharakteristik, die er für eine Enzyklopädie verfasste. Mit äußerst nüchternen Worten legte er also einen der bedeutendsten und radikalsten Schritte in der Kunst des 20. Jahrhunderts dar: den Schritt in die Abstraktion.

Vor 150 Jahren wurde Wassily Kandinsky in Moskau geboren. Und zwar am 16. Dezember 1866 nach unserem Gregorianischem Kalender, was dem 4. Dezember des bis 1923 in Russland gültigen Julianischen Kalenders entspricht. Erst mit 30 Jahren sattelte der aus großbürgerlichen Verhältnissen stammende Jurist auf die Malerei um. Er zog mit Gattin Anja nach München. Dort wurde die Künstlerin Gabriele Münter seine Lebensgefährtin. An sie schrieb er 1904: „Der Weg liegt ziemlich klar vor mir. Ohne zu übertreiben kann ich behaupten, dass ich, falls ich die Aufgabe löse, einen neuen, schönen, zur unendlichen Entwicklung geeigneten Weg der Malerei zeige.“

Der Weg in die Abstraktion war allerdings schwieriger und langwieriger, als es sich Kandinsky ausgemalt hatte. Die grandiose Kandinsky-Sammlung des Münchener Lenbachhauses bietet die einzigartige Gelegenheit, jeden einzelnen Schritt des Malers in die Abstraktion nachzuvollziehen. „Das bunte Leben“ (1907) ist das zentrale Werk der frühen Jahre. Der mosaikhafte Glanz getupfter und in kleinen Bögen aufgebrachter Farben bietet eine Überfülle von Eindrücken russischen Lebens. Vorn sitzt eine Mutter mit ihrem kleinen Kind. Dahinter stehen die russischen Nationalheiligen Boris und Gleb. Ein Reiter prescht mit gezogenem Schwert durchs Bild. Ein Leichenzug bewegt sich zum Friedhof. In entgegengesetzter Richtung folgt ein Jüngling seine Angebetete. Das bunte Leben vereint Jung und Alt, Profanes und Heiliges.

Das Gemälde „Murnau mit Kirche I“ (1910) zeigt die Außenwelt in Farbeindrücke umgewandelt. Einzige gegenständliche Orientierung inmitten der abstrakten Farbzonen ist der schiefe Kirchturm mit Zwiebelhaube. Noch weiter in die Abstraktion getrieben ist das Gemälde „Allerheiligen I“ (1911): Ein grüner Farbfleck gesellt sich einem weißen zu, Gelb trifft auf Braun und Oliv.

Das Gemälde hat einen Vorläufer: Ein Hinterglasbild mit demselben Titel. Der Bildvergleich macht klar, dass Kandinsky Figuren und Gegenstände abstrahiert hat. Das Hinterglasbild zeigt links oben den Posaunenengel des Jüngsten Tags. Unter den Heiligen entdecken wir den Vernichter des Bösen: den Drachentöter Georg. Dieses Hinterglasbild war auf der Ende 1911 in München eröffneten berühmten „Ersten Ausstellung der Redaktion des Blauen Reiters“ zu sehen. Die „Redaktion“ bestand aus Franz Marc und Kandinsky, die zu der von ihnen veranstalteten Schau fortschrittliche Künstler eingeladen hatten.



Das Lenbachhaus verdankt seine einzigartige Kandinsky-Sammlung der Stifterin Gabriele Münter. Nach langen Jahren des Reisens lebte das Paar in München und im bayerischen Marktflecken Murnau, wo Münter 1909 ein Landhaus in Hanglage mit Blick auf das alte Schloss und die Kirche erwarb. Kandinsky malte wiederholt Murnauer Motive, die mehr und mehr zu reinen Farbereignissen gerieten. Die meisten Räume des Münter-Hauses sehen heute wieder aus wie zu Kandinskys Zeiten. Zur Einrichtung gehören Hinterglasbilder und bayerische Volkskunst. In Schablonenmalerei versah Kandinsky die Treppenwange mit bunten Pferden und Reitern. Auch Möbelstücke haben er und Münter bemalt. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges musste Kandinsky Deutschland verlassen. Er begab sich zurück nach Moskau. Seine Gemälde und Grafiken ließ er in der Obhut Münters zurück.

Münter hatte vergebens gehofft, dass Kandinsky nach der Scheidung von seiner ersten Frau um ihre Hand anhalten würde. Denn der kam 1921 mit Nina verheiratet nach Deutschland zurück und trat eine Stelle als Lehrer am Bauhaus in Weimar an. Er verlangte von Münter seine Werke zurück. Die gab sie jedoch mit der Begründung nicht heraus, dass sie diese als Ersatz für die ihr von Kandinsky zugefügten seelischen und materiellen Schäden betrachte. Nach langem Streit gab Kandinsky nach und ließ sich darauf ein, die Ex-Geliebte als seine „Frau“ zu bezeichnen: „Ich anerkenne hiermit, dass Frau Gabriele Münter-Kandinsky volles, bedingungsloses Eigentumsrecht an allen Arbeiten hat, die ich bei ihr zurückgelassen habe. Dessau, den 2. April 1926.“

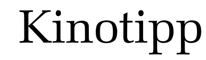


Zentrales Kandinsky-Bild der frühen Jahre: Das bunte Leben, 1907 Bild: Städtische Galerie im Lenbachhaus München

Kandinsky war 1925 mit dem Bauhaus von Weimar nach Dessau umgezogen. Dort bewohnten die Familien Paul Klee und Kandinsky ein von Bauhaus-Direktor Walter Gropius entworfenes Doppelhaus. Es offenbart ein faszinierendes farbiges Innenleben, das auf Anweisungen Klees und Kandinskys zurückgeht. Das Treppenhaus Kandinskys etwa ist in Weiß und Violett, Gelb und Rot bemalt. Es ist, als würde man sich von Raum zu Raum durch geometrisch-abstrakte Gemälde bewegen.

Zu der Zeit hatte Kandinsky die intuitiv wirkende Farbfleckenmalerei zugunsten rationaler Konstruktionen aufgegeben, bei denen Zirkel und Lineal zum Einsatz kamen. Unter dem Druck der Nationalsozialisten verließ er 1933 Deutschland und siedelte sich in einem Vorort von Paris an. In den letzten Lebensjahren äußerte der 1944 in Frankreich gestorbene Kandinsky über Kunst, Künstler und ihre Betrachter: „Man soll immer einer undefinierbaren Sehnsucht folgen. Weil die Kunst immer der Ausdruck der Sehnsucht war, heute ist und in der Zukunft immer eine Sehnsucht bleibt.“ *Veit-Mario Thiede*

Kandinsky-Sammlung der Städtischen Galerie im Lenbachhaus, Luisenstraße 33, München, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr: www.lenbachhaus.de. Münter-Haus, Kottmüllerallee 6, Murnau, geöffnet Dienstag bis Sonntag 14 bis 17 Uhr: www.muenter-stiftung.de. Meisterhaus Klee/Kandinsky, Ebertalle 69–71, Dessau, bis Ende März täglich geöffnet von 11 bis 17 Uhr, danach ab 10 Uhr: www.meisterhaeuser.de/de/Haus_Wassily_Kandinsky.html



Kinotipp

Der Modedesigner Tom Ford leistet sich ein exquisites Hobby: Er dreht Kinofilme. Der US-Amerikaner, der jahrelang Chefdesigner bei Gucci war, bevor er seine eigene Modemarke gründete, führte 2009 erstmals bei „A Single Man“ Regie, wo Colin Firth mit Julianne Moore eine platonische Freundschaft pflegt. Jetzt präsentiert Ford mit **Nocturnal Animals** (Nachtaktive Tiere) seinen zweiten Film, der ab dem 22. Dezember in den Kinos läuft.

Dass Ford ein Faible für stilvolle Hochglanzbilder hat, merkt man der Rahmengeschichte des Films an, in der die Kunsthändlerin Susan (Amy Adams) in ihrer sterilen Villa einen Roman liest, den ihr der geschiedene Mann geschickt hat. Die zweite Handlungsebene, welche die Romangeschichte erzählt, thematisiert ein Gewaltverbrechen: Nach einer Entführung werden Frau und Tochter eines Professors (Jake Gyllenhaal) vergewaltigt und ermordet. Die Geschichte ist eine Verlust-Metapher. Die in ihrer zweiten Ehe unglückliche Susan ist in ihrem Leben nach der Trennung von dem Autor und der Abtreibung des gemeinsamen Kindes selbst wie tot.



Mördersuche mit Sheriff in der Wüste: Jake Gyllenhaal, links

Es scheint, als hätte Ford mit dem Film ein Medium gefunden, mit dem er jene Oberfläche, die er bislang als Modemacher bloß gestaltet hat, endlich durchstoßen kann, um in seelische Abgründe zu blicken. Es ist ihm gelungen, wenngleich er durch das verschachtelte und artifizielle Beziehungsdrama immer noch weit von der Lebenswirklichkeit entfernt ist und keine filmische Modesensation geschaffen hat. *tws*

Wunderbar schön

»Surreale Begegnungen« in der Hamburger Kunsthalle

Sagen wir es geradeheraus: Das Wunderbare ist immer schön ...“ So schrieb der französische Schriftsteller André Breton in seinem 1924 erschienenen „Ersten Surrealistischen Manifest“. Der Surrealismus, entstanden aus der Literatur, befruchtete in den 1920er Jahren auch Kunst und Film. Die Bewegung richtete sich gegen die traditionellen Normen der bürgerlichen Kunstauffassung. Erstmals ließen die Künstler Traumhaftes, Unbewusstes, Absurdes und Phantastisches in ihre Werke mit einfließen. Sie experimentierten mit der Methode des „Automatischen Schreibens“, sie erfanden immer neue Techniken, verwendeten Material, das scheinbar nicht zusammenpassen wollte, und schufen daraus etwas Neues. Die Darstellung des Traumhaften und Wunderbaren fasziniert seit Jahrzehnten die Menschen. Spuren des Surrealismus finden sich auch in heutigen Kunstwerken und im modernen Design wieder.

Die Hamburger Kunsthalle führt mit ihrer Ausstellung „Surreale Begegnungen“ durch die Welt der Künstler und Sammler. Denn die von der Kunsthalle gemeinsam mit dem Museum Boijmans Van Beuningen und der Scottish National Gallery of Modern Art kuratierte Ausstellung zeigt Werkgegenüberstellungen der privaten Sammler Roland Penrose, Edward James, Gabrielle Keiller sowie des Berliner Ehepaars Ulla und Heiner Pietzsch. In Einführungsfilmen werden die Kollektionäre und ihre Motivation dargestellt. Während die Briten Edward James und Roland Penrose Förderer der ersten Stunde waren – sie unterstützten Magritte, Dalí und Picasso –, zeugen die Sammlungen der Schottin Gabrielle Keiller und des Ehepaars Pietzsch von der anhaltenden Faszination der Werke, wie von Max Ernst, in den 1960er Jahren.



Max Ernst: La joie de vivre (Die Lebensfreude), 1936 Bild: VGBild-Kunst, Bonn 2016

Während des Rundgangs erfährt der Besucher viel über Entstehung und Entwicklung der surrealistischen Bewegung. Saal für Saal taucht er tiefer in die Begegnung mit dem Surrealen ein. Den „Großen“ Salvador Dalí, Joan Miró, Pablo Picasso, Max Ernst und René Magritte sind jeweils eigene Säle gewidmet. Sie sind unbedingt sehenswert, wenn es auch nicht die bedeutendsten ihrer Werke sind. Daneben faszinieren aber auch weniger bekannte Werke von Breton, Yves Tanguy, die Installationen von Man Ray oder Marcel Duchamp. Die Ausstellung hat noch bis zum 22. Januar geöffnet. *M.. Rosenthal-Kappi*

Hamburger Kunsthalle, Glockengießerwall 5, 20095 Hamburg. Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag, 10 bis 18 Uhr, Donnerstag: 10 bis 21 Uhr. Bildband zur Ausstellung: Annabelle Görgen und Hubertus Gassner (Hg.): „Surreale Begegnungen“, Hirmer Verlag, 2016, gebunden, 288 Seiten, zirka 270 Abbildungen in Farbe, 30 Euro in der Ausstellung und 45 Euro im Buchhandel.

FC Bayern feiert

Weihnachts-CDs von Diamond bis München

Die vorangegangene *PAZ*-Nummer präsentierte eine erste Auswahl neuer Weihnachts-CDs. Hier folgt nun Teil zwei:

Altstar Neil Diamond veröffentlicht mit **Acoustic Christmas** ein Weihnachts-Album, das neben vielen Neu-Interpretationen von bekannten Klassikern auch einige neue und eigene Titel enthält. Mit seiner kraftvollen Stimme kreiert die Folkrock-Legende eine intime Atmosphäre und transportiert die Seele der zeitlosen Weihnachtslieder perfekt in die heutige Zeit.



Mit **Wonderland** hat Sarah McLachlan einen neuen Weihnachtsklassiker geschaffen, der über viele Jahre hinweg immer wieder in den CD-Spieler gelegt werden kann. Auf dem Album kombiniert die Sängerin auf sehr frische und inspirierte Weise traditionelle Stücke mit zeitgenössischen Nummern.



Der Posaunist Nils Landgren ist seit Langem einer der vielseitigsten, kreativsten und erfolgreichsten Jazzmusiker Europas. Sein 2006 aufgenommenes Album **Christmas With My Friends** feierten Kritiker als eine der schönsten Weihnachtsplatten überhaupt. Zehn Jahre später erscheint nun die fünfte Ausgabe. 18 neue Schmuckstücke hat Landgren aus dem Fundus der Weihnachtsmusik ausgepackt und in wohltönende und wärmende jazzige Klängen verpackt.



Den räumlichen Ursprung der Weihnachtsgeschichte haben die Musiker von Quadro Nuevo und die Münchner Symphoniker auf **Music for Christmas** im Blick: den Vorderen Orient mit seinen alten Kulturen und Traditionen. Die Aufnahmen zeigen eine bewegende Begegnung von improvisierenden Virtuosen und klassischem Orchesterklang, von Abend- und Morgenland.



Wem das zu intellektuell ist: Der FC Bayern München versüßt die Adventszeit mit **Red-White-Xmas**. Der deutsche Rekordmeister präsentiert seinen Fans ein Album mit Weihnachtsgeschichten, gelesen von Nationalteam-Verteidiger Mats Hummels, und Festtagswünschen von Torwart Manuel Neuer oder Kapitän Philipp Lahm. *Andreas Guballa*



MELDUNGEN

Zwei Museen ziehen um

Berlin – Das Ethnologische Museum und das Museum für Asiatische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin haben nur noch bis zum 8. Januar geöffnet. Danach treten die außereuropäischen Sammlungen ihren Umzug in das zukünftige Humboldt-Forum an. Doch auch in der Zeit des Umzugs werden die Sammlungen nicht unsichtbar sein. Als neue Nachbarn werden einzelne herausragende Dahlemer Exponate bereits 2017 auf der Museumsinsel zu sehen sein. China wird ein breites Gastspiel am Kulturforum haben. *tws*

Ganz fest auf Backstein gebaut

Berlin – „Gebrannte Erde. Neun Jahrhunderte Backstein in Brandenburg und Berlin“ heißt eine neue Ausstellung im Archäologisches Landesmuseum in Brandenburg an der Havel, Neustädtische Heidestraße 28. Die Sonderausstellung widmet sich bis zum 5. März der Archäologie und Geschichte des eine ganze Region baulich prägenden Zieglerhandwerks im Raum Brandenburg-Berlin. Internet: www.landesmuseum-brandenburg.de *tws*

Von wegen »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«!

Vor 175 Jahren einigten sich alle Großmächte auf die Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels – bis auf Frankreich

Vor 175 Jahren unterzeichneten Vertreter der fünf europäischen Großmächte den „Vertrag von London vom 20. Dezember 1841 zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels“ (Treaty of London of 20 December 1841 for the Suppression of the African Slave Trade). Ausschließlich die Grande Nation verzichtete auf die Ratifizierung.

Zum Ende des 18. Jahrhunderts erlebte die Abolitionsbewegung, welche die Abschaffung der Sklaverei zum Ziel hatte, einen enormen Aufschwung. Dabei übernahm Großbritannien bald die Vorreiterrolle. Verantwortlich hierfür waren die Humanitätsphilosophie der Aufklärung und der Druck von Seiten religiöser Gruppierungen wie der Quäker, aus deren Sicht die Versklavung von Menschen egal welcher Rasse den Geboten Gottes widersprach. Darüber hinaus spielten aber auch wirtschaftliche Interessen eine Rolle. So wollte das Empire seine Plantagenbesitzer vor der holländischen, spanischen und portugiesischen Konkurrenz schützen, die in besonders starkem Maße auf Sklavenarbeit setzte.

Die Briten bemühten sich in erster Linie um die Eindämmung des Handels mit Schwarzen aus Afrika, um einen Kollaps des Systems der unfreien Arbeit durch das Unterbinden weiteren menschlichen „Nachschubs“ zu erreichen. In diesem Zusammenhang versuchte London, andere Staaten zur Kooperation zu bewegen. Eine gute Gelegenheit hierzu bot sich auf dem Wiener Kongress. Dort erreichte der britische Außenminister Robert Stewart Castlereagh durch anhaltende Überzeugungsarbeit, dass die Delegierten der Signatarmächte des Ersten Pariser Friedens vom 30. Mai 1814, also der fünf Großmächte, Spaniens, Portugals und Schwedens, am 8. Februar 1815 eine gemeinsame Erklärung unterzeichneten, in der es eingangs hieß, dass der „Handel mit afrikanischen Negern ... den Prinzipien der Menschheit und der allgemeingültigen Moral“ widerspreche. Dem folgte die Selbstverpflichtung, für „die weltweite Abschaffung des Negerhandels“ einzutreten, weil das „dem Geist des neuen Jahrhunderts“ entspreche.

Die Erklärung fand auch Eingang in die am 8. Juni 1815 unterzeichnete Wiener Kongressakte, allerdings wurden in Wien keine Fristen oder konkreten Maßnahmen beschlossen. Deshalb drängte das Vereinigte Königreich auf weitere Verhandlungen. Diese blieben aber jahrzehntelang ergebnislos. Erst am 20. Dezember 1841 kam es in London zur Unterzeichnung des sogenannten Fünf-Mächte-Übereinkommens. In dieser Übereinkunft „zur Unterdrückung des afrikanischen Sclavenhandels“ vereinbarten die Großmächte, „allen Sclavenhandel zu verbieten“, soweit er von ihren jeweiligen Untertanen betrieben werde. Darüber hinaus gestatteten die Souveräne der Unterzeichnerstaaten den Kriegsflotten der anderen vertragschließenden Mächte, „jedes einem der contrahirenden Theile gehörige Kauffahrteyschiff“ zu durchsuchen, „gegen welches aus zureichenden Gründen der Verdacht besteht sich mit dem Sclavenhandel zu befassen“. Ebenso durften Sklaventransporter in einen beliebigen Hafen gebracht werden, um die Verschleppten dort wieder in Freiheit zu setzen, während die Händler vor ein Gericht desjenigen Staates kommen sollten, aus dem sie stammten.

Vier der fünf Unterzeichner ratifizierten den Vertrag dann auch bald. Frankreich hingegen unterließ diesen Schritt, da die Sklavenhalter in seinen Kolonien über eine starke Lobby verfügten und die gesetzliche Abschaffung der Sklaverei noch bis zum April 1848 hinauszögerten. Im Gegensatz dazu gab es in Preußen keine Interessenkonflikte. Zwar hatte sich auch die Brandenburgisch-Africanische beziehungsweise später Africanischamericanische Compagnie ab 1682 am Sklavenhandel beteiligt und letztendlich wohl zwischen 17 000 und 30 000 Schwarze nach Amerika verkauft. Weil das Unternehmen aber nie aus den roten Zahlen herauskam, erklärte es König Friedrich I. bereits im Mai 1711 für bankrott und beschlagnahmte es. Sein sparsamer Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm I. liquidierte die Compagnie bis 1717 und verkaufte sämtliche Stützpunkte in Afrika „in Erwägung des schlechten Vortheils oder zu sagen des großen Schadens und Verlusts vieler Tonnen Goldes“ an die Holländer.

Und auch unter Friedrich dem Großen und dessen Nachfolgern blieb es bei der Abstinenz. Preußen betrieb lieber eine dezidiert kontinentaleuropäische Politik und hielt sich aus dem Überseehandel soweit als irgend möglich heraus. Die Sklaverei lehnte Friedrich II. aus grundsätzlichen Erwägungen ab, was in den Paragrafen 196 und 197 des fünften Titels des zweiten Teiles des ab 1780 in Angriff genommenen Entwurfs des „Allgemeinen Gesetzbuches für die Preußischen Staaten“ zum Ausdruck kam. So erteilte er einem Steuerbeamten, der 1782 um die Erlaubnis bat, unter preußischer Flagge Sklaven verschiffen zu dürfen, folgenden glasklaren Bescheid: „Der Sklavenhandel hat Mir stets herabwürdigend für die Menschheit geschienen, und ich werde nie durch Meine Bewilligung Jemand dazu ermuthigen oder solchen begünstigen.“

Während Frankreich also ausscherte, rückte Belgien im Revolutionsjahr 1848 an dessen Stelle. Nach dem Ausbruch des Amerikanischen Bürgerkriegs, in dem es wenigstens vordergründig um die Sklavenbefreiung ging, erklärten die Vereinigten Staaten 1862 ihr Einverständnis mit der routinemäßigen Durchsuchung ziviler US-Schiffe in den „verdächtigen Seegebieten“ zwischen der westafrikanischen Küste und dem amerikanischen Doppelkontinent. Hierdurch ging der „Negerhandel“ bis etwa 1870 zu Ende – sofern er denn über den Atlantik verlief. Denn das Verschleppen schwarzer Menschen aus Afrika in Richtung der Arabischen Halbinsel und anderer Teile Asiens ging ungebremst weiter. In Saudi-Arabien wurden derartige „Importe“ letztlich erst 1963 offiziell verboten. Daraus erwuchs für die Kulturstaaten des Abendlandes die Aufgabe, ihre Bemühungen zur Bekämpfung der Sklaverei fortzusetzen.

Im Bewusstsein dessen trat das Deutsche Reich 1879 anstelle seines Bundesstaates Preußen in den Londoner Vertrag von 1841 ein. Zudem kooperierte es mit vielen anderen Großmächten, um den von Muslimen betriebenen Sklavenhandel in Ostafrika und den Küstenregionen des Indischen Ozeans zu unterbinden. Das Reich war 1884/85 Gastgeber der Kongokonferenz in der Reichshauptstadt und unterzeichnete auch dessen Schlussdokument, die Kongoakte, in der das Verbot des Sklavenhandels international festgelegt wurde. Ebenso gehörte es zu den Unterzeichnerstaaten der Brüsseler Generalakte zur Ächtung der Sklaverei vom 1890. Und es sorgte in seinem Schutzgebiet Deutsch-Ostafrika dafür, dass den skrupellosen arabischen Menschenhändlerbanden endlich das Handwerk gelegt wurde. Auch das gehört zur Bilanz der wilhelminischen Kolonialära.

Wolfgang Kaufmann



Bild: Wikipedia/CF

Die Grande Nation hielt bis zur 48er Revolution an der der Sklaverei fest: Auf Deck eines Sklavendampfers im Kongogebiet

Das wichtigste Kampfflugzeug der deutschen Luftwaffe

Kaum ein Kampfflugzeug wurde für so viele Aufgaben in so vielen Varianten gebaut wie die Junkers Ju 88 / Erstflug vor 80 Jahren

Die Junkers Ju 88, die als mittlerer Bomber, Sturzkampfflugzeug, Tiefangriffsflugzeug, Torpedobomber, Aufklärer, schwerer Jäger und nicht zuletzt als Nachtjäger diente, war Junkers' Beitrag zu einer Ausschreibung des Reichsluftfahrtministeriums (RLM) für einen zweimotorigen Schnellbomber vom November 1935. Weil das Team um Diplom-Ingenieur Ernst Zindel bereits auf Junkers-Studien zu einem ähnlichen Flugzeug zurückgreifen konnte, war der erste Prototyp bereits ein Jahr später fertig. Er startete am 21. Dezember 1936 zu seinem Erstflug.

Zindel hatte ein dreisitziges Flugzeug konstruiert, das beim Start rund sieben Tonnen wog und eine Spitzengeschwindigkeit von 450 Kilometern in der Stunde erreichte, ein für die damalige Zeit sehr eindrucksvoller Wert. Die meisten zeitgenössischen einmotorigen Jäger waren langsamer. Die Ju 88 V-3 mit den für die Serie vorgesehenen Motoren war noch einmal 100 Kilometer in der Stunde schneller, ein Vorteil, der bei voller militärischen Ausrüstung wieder aufgezehrt wurde.

Im Prinzip hatte die Luftwaffe damit ihren Schnellbomber bekommen. Aber die Ju 88 ging in dieser Form nie in Serie. Denn mittlerweile hatten sich in der Luftwaffe die Anhänger des Sturzkampfbombers durchgesetzt. Also wurde die Ju 88 schon ab 1937 umkonstruiert. Sie erhielt Sturzflugbremsen unter den Tragflächen sowie eine Bodenwanne mit Abwehrstand nach hinten für ein viertes Besatzungsmitglied und eine mit planen Scheiben verkleidete Cockpit-Kanzel. Die neue Kanzel verursachte mehr Luftwiderstand, und zusammen mit dem gestiegenen Gewicht sorgte sie dafür, dass die Höchstgeschwindigkeit bei voller Zuladung nur noch bei 430 Kilometern in der Stunde und die Marschgeschwindigkeit bei 350 lag.

> Mittlerer Bomber, Sturzkampfflugzeug, Tiefangriffsflugzeug, Torpedobomber, Aufklärer, schwerer Jäger und Nachtjäger

Hermann Göring gab als Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe im Herbst 1938 grünes Licht für die Serienproduktion. Damit bekamen die Luftstreitkräfte des Deutschen Reiches einen mittleren Bomber, der nicht wesentlich leistungsfähiger war als seine Zeitgenossen. Die Serie lief wegen einer Flut kleiner und größer Änderungen nur stotternd an, sodass bei Kriegsbeginn erst 18 Maschinen abgeliefert waren – gegenüber einer Planung von 234 Flugzeugen. Außerdem zeigte die Truppenerprobung, dass die geforderte Sturzflugfähigkeit nicht erreicht wurde. Die Ju 88 konnte lediglich im so genannten Bahnneigungsflug mit 55 Grad Punktziele angreifen.

Im Polenfeldzug 1939 spielte das Flugzeug so gut wie keine Rolle. Auch im folgenden Jahr blieb Junkers hinter den Planvorgaben zurück. Nur ein Geschwader war bei Beginn der Feldzüge im Westen vollständig mit der Ju 88 ausgerüstet, während ein zweites gerade mit der Umrüstung begann. Als nach der Niederlage Frankreichs die Luftschlacht um England begann, waren es immerhin schon zwei Geschwader sowie einzelne Gruppen von fünf weiteren Verbänden.

Neben den Bombern der A-Version produzierte Junkers auch schwere Jäger der C-Serien und Aufklärer der D-Varianten. Von den frühen C-Varianten wurden kleine Serien gebaut, weil die Luftwaffe zunächst meinte, sie bräuchte keinen derart schweren Jäger. Als Mitte 1940 die ersten Nachtjagdeinheiten aufgestellt wurden, änderte sich die Meinung der Luftwaffenführung plötzlich, und aus der C-Serie wurden nun überwiegend Nachtjäger. Auf sie folgten die stärkeren R- und G-Serien, die bis Kriegsende im Einsatz waren.

Die mit Abstand wichtigste Bombervariante, die A-4, ging 1941 in Produktion. Aus ihr entstanden alle weiteren Varianten, etwa Torpedobomber und Aufklärer und die Jägerversion C-6. Sie hatte stärkere Motoren als die früheren Varianten und eine größere Spannweite. Die A-4 kam erstmals im Juni 1941 beim Angriff auf die Sowjetunion zum Einsatz. Mitte 1942 flogen 520 Maschinen bei der Luftwaffe, also knapp die Hälfte der insgesamt 1135 Bomber. Die Ju 88 erwies sich als guter mittlerer Bomber, der große Nutzlast mit großer Reichweite verband.

Zu den Fliegerassen der Bomberverbände gehörte Jochen Helbig, der 1940 auf die Ju 88 umschulte und sich zum Experten bei der Schiffsbekämpfung entwickelte. Er führte ab November 1941 die erste Gruppe des Lehrgeschwaders 1, das im Mittelmeerraum eingesetzt war. Den Briten waren die „Helbig Flyers“ so lästig, dass sie Spezialkräfte losschickten, um die von Kreta aus operierenden Maschinen am Boden zu sprengen. Helbig wurde schließlich Kommodore des LG 1 und führte den Verband bis Kriegsende.



Bild: Bundesarchiv, Bild 101I-417-1766-03A / Ellerbrock / CC-BY-SA 3.0

Mit der Kennung 3Z+H: Ju 88 des Kampfgeschwaders 77

Ab Mitte 1942 reichten die Leistungen der A-4 nicht mehr aus, um sich feindlichen Jägern zu entziehen. Junkers erfand den Schnellbomber von 1936/37 neu und entwickelte die T- und S-Reihen mit stärkeren Motoren, sphärischen Kanzeln und nur noch drei Mann Besatzung. Die T-Modelle waren Aufklärer, die S-Modelle dagegen Bomber.

Ab Sommer 1944 wurden noch 219 Maschinen produziert, deren Einfluss auf das Kriegsgeschehen gering blieb. Denn in der letzten Kriegsphase war die Bomberwaffe durch Treibstoffmangel, hohe Verluste und die alliierte Luftüberlegenheit weitgehend neutralisiert. Bis Kriegsende hatte Junkers 14 882 Ju 88 aller Versionen produziert. Eine kleine Anzahl flog noch einige Jahre bei den französischen Marinefliegern.

Friedrich List

Berühmt durch »Die Heiden von Kummerow«

Ehm Welk verarbeitete in seinem wiederholt verfilmten Roman Kindheitserinnerungen an Biesenbrow bei Angermünde

Der Erfolg seines Jugend- und Heimatromans „Die Heiden von Kummerow“ aus dem Jahr 1937 bescherte seinem Autor Ehm Welk (1884–1966) in einer für ihn schwierigen Zeit große Popularität. Daran anknüpfend schrieb er die Fortsetzungswerke „Die Lebensuhr des Gottlieb Grambauer“ (1938) und „Die Gerechten von Kummerow“ (1943). Daneben veröffentlichte er weitere Romane und Erzählungen.

Den Geschichten um zwei zehnjährige Jungen und viele Einwohner des Dorfes Kummerow „im Bruch hinterm Berge“ liegen Kindheitserinnerungen des Autors zugrunde. Kummerow bei Randemünde ist Biesenbrow bei Angermünde, wo Ehm (Emil) Welk am 29. August 1884 geboren wurde und bis 1898 die einklassige Volksschule besuchte. In Stettin machte er eine kaufmännische Lehre. 1904 wurde er Redakteur und später Chefredakteur verschiedener Zeitungen in Stettin, Bremerhaven-Geestemünde, Gardelegen, Stendal, Stolp, Braunschweig und Leipzig. Nach einer Reise in die USA und Lateinamerika 1922/23 zog er mit seiner zweiten Frau Agathe Lindner-Welk (1892–1974), einer Romanschriftstellerin, nach Berlin, wo er wieder journalistisch tätig wurde. Wie er später mitteilte, hatte er sich in den USA zum Sozialisten gewandelt. Als Chefredakteur der Zeitung „Die Grüne Post“ des Ullstein-Verlags wagte er sich 1934 weit vor und bewies wider Willen, dass Joseph Goebbels' Ankündigung, er werde jedem Beschwerde führenden Journalisten Rede und Antwort stehen, nur Schall und Rauch war. Unter seinem Pseudonym Thomas Trimm schrieb er einen kritischen Leitartikel mit der Überschrift „Herr Reichsminister – ein Wort bitte!“ Daraufhin musste der Verlag ihn entlassen, und er kam in das KZ Oranienburg. Nach dem empörten Einspruch von Journalisten und Korrespondenten im In- und Ausland wurde er bald wieder freigelassen, erhielt jedoch Berufsverbot und die Auflage, nur unpolitische Schriften zu veröffentlichen.

1935 siedelte Ehm Welk von Berlin nach Lübbenau im Spreewald über, wo er heimlich als Lektor für den gleichgeschalteten Ullstein-Verlag tätig war, der ab 1937 Deutscher Verlag hieß. Welk, der vor 1933 Volksbühnenstücke geschrieben hatte, besann sich auf seine Liebe zum Landleben und schrieb seine Kummerow-Bücher unter Vermeidung politischer Anspielungen, dafür mit einer skeptischen, humanistisch geprägten Sicht auf die Verhältnisse. Zahlreiche Feldausgaben für die Wehrmachtsbibliotheken wurden davon gedruckt. Ehm Welk gilt als Autor einer Inneren Emigration während der Zeit des Nationalsozialismus.

1940 zog das Ehepaar Welk nach Neuenkirchen bei Stettin, wo Welk von dem Landeskulturverwalter für Pommern, Kuno Popp, protegiert wurde. 1944 wurde er mit dem Ernst-Moritz-Arndt-Preis ausgezeichnet. Nach Kriegsende siedelten die Welks nach Ueckermünde über. Ehm Welk trat in die KPD und in den Kulturbund ein. Bis 1949 leitete er das Kulturamt Ueckermünde, ab 1946 auch die Volkshochschule Schwerin. In Mecklenburg gründete er sechs Volkshochschulen und trug damit zu der vom Staat angestrebten kulturellen Erneuerung bei. Ab 1950 lebte das Ehepaar in Bad Doberan. Welk nahm nun wieder seine schriftstellerische Tätigkeit auf. 1953 veröffentlichte er den Roman „Im Morgennebel“ über die Novemberrevolution in Braunschweig, die er als Augenzeuge miterlebt hatte. 1954 entstand sein Drehbuch zum Defa-Film „Kein Hüsung“ nach der Verserzählung von Fritz Reuter. Er erhielt verschiedene Auszeichnungen der DDR, wurde 1956 Ehrendoktor und 1964 Professor an der philosophischen Fakultät der Universität Greifswald, war Ehrenbürger der Städte Bad Doberan und Angermünde.

Insgesamt wurden die Kummerow-Romane mit einer Auflage von mehr als sieben Millionen Exemplaren gedruckt. Die erste Neuausgabe der „Heiden von Kummerow“ nach dem Zweiten Weltkrieg erschien 1948 im Rostocker Hinstorff-Verlag. Zwar hatte der Autor den Text überarbeitet, um seine Protagonisten als Vertreter der gesellschaftlichen Klassen deutlicher zu profilieren. Doch das reichte den neuen Machteliten in Mitteldeutschland nicht, wie das Vorwort des nunmehr linientreuen Literaturwissenschaftlers Hans Mayer erkennen lässt. Die Leser schätzten und schätzen aber gerade die Tendenz- und Zeitlosigkeit dieser Geschichten.

Was sich im Mikrokosmos des niederdeutschen Dorfes Kummerow in wilhelminischer Zeit abspielt, ist nichts anderes als das Leben und Treiben irgendeiner sozialen Gruppe irgendwo, irgendwann.



Mit dem deutschen Literaturwissenschaftler, Volkskundler und Professor Erich Sielaff (links) am 7. Mai 1952 im Klub der Kulturschaffenden in Berlin anlässlich einer Arbeitstagung des Deutschen Schriftstellerverbandes über das Kinder- und Jugendbuch: Ehm Welk (rechts), der sich zum Sozialismus bekannte sowie in der DDR arbeitete und lebte, aber als gesamtdeutscher Autor wahrgenommen werden wollte

Bild: Bundesarchiv, Bild 183-14620-0002 / Köhler, Gustav / CC-BY-SA 3.0

Überall gibt es „Heiden“ und „Gerechte“ wie in Kummerow. Ehm Welk moralisierte nicht, er beobachtete. Tiefe Gräben tun sich in der Welt der Erwachsenen auf, verursacht durch unterschiedliche Überzeugungen, soziale Gegensätze oder die reine Bosheit einzelner Protagonisten. Pastor und Lehrer bemühen sich nach Kräften, die Dorfjugend gottesfürchtig und regierungstreu nach Art ihrer Vorväter zu erziehen. Die Kinder denken aber nicht daran, von ihren angeblich heidnischen Spielen abzulassen. Zeitloser Klamauk und die Abenteuer des seiner Herkunft nach ungleichen Freundespaares Martin Grambauer und Johannes Bärensprung stehen im Zentrum des Geschehens, ihre menschen- und tierfreundliche Einstellung dient der Belehrung der Leser. Ehm Welk bezeichnete „Die Heiden von Kummerow“ als Erziehungsroman.

Von den beiden Verfilmungen des Stoffes ist die deutsch-deutsche Gemeinschaftsproduktion aus dem Jahr 1967 mit dem Titel „Die Heiden von Kummerow und ihre lustigen Streiche“ die bekanntere. Paul Dahlke, Theo Lingen und Ralf Wolter spielten die Hauptrollen. 1982 entstand eine Defa-Produktion auf Basis des Romans. Die Defa realisierte 1982 außerdem den Film „Die Gerechten von Kummerow“ nach dem gleichnamigen Roman.

Eine andere Perspektive wählte Welk für den Roman „Die Lebensuhr des Gottlieb Grambauer“. Mit der Person des Gottlieb Grambauer setzte er seinem Vater ein literarisches Denkmal. Beschrieben wird die Lebensgeschichte eines 90-jährigen, im Spreewald geborenen Mannes, der nach seiner Ausbildung zum Tischler in der Gründerzeit nach Berlin geht, dort aber als einfacher Mann vom Lande nicht zurechtkommt. Nach verschiedenen Zwischenstationen zieht er endgültig aufs Land.

Ehm Welk unternahm in den 1950er und 60er Jahren mehrere Vortragsreisen durch die Bundesrepublik. Er wollte gern als gesamtdeutscher Autor wahrgenommen werden. Immerhin ist es ihm vergönnt, dass die bekannteste Verfilmung seines berühmtesten Romans eine deutsch-deutsche Koproduktion ist. Miterleben konnte er diese Verfilmung aber nicht mehr. Ein Jahr vorher, am 19. Dezember 1966, starb er in Bad Doberan. *D. Jestrzemski*

Hannoverscher Verräter oder preußischer Held?

Im Deutschen Krieg marschierte der vor 200 Jahren in Stade geborene August Karl von Goeben auf Befehl Wilhelms I. in seine Heimat ein

So wutentbrannt wie an jenem 16. Juni 1966 pflegte Ernst August, Prinz von Hannover und Enkel Kaiser Wilhelms II., selten zu schimpfen: Was sich das Bundesverteidigungsministerium anlässlich dieses Tages geleistet habe, sei eine „Perfidie ohnegleichen“ und atme den unheilvollen „Geist des Eroberungskriegs, der Okkupation und des Heimatverrats“.

Anlass für die Tirade des damaligen Oberhauptes der Welfen war die Taufe der Fliegerhorstkaserne in Stade auf den Namen des preußischen Generals August Karl von Goeben. Der hatte nämlich an der Spitze der 13. Infanteriedivision gestanden, als diese genau 100 Jahre zuvor, also zur Zeit des Deutschen Krieges, in das mit Österreich verbündete Hannover eingerückt war, und das, obwohl er selbst zum Uradel jenes Königreiches gehörte.

> Das Oberhaupt der Welfen tobte, als die Bundeswehr 100 Jahre später Goeben mit der Benennung einer Kaserne in Stade ehrte

Doch Goeben, der am 10. Dezember 1816 in Stade zur Welt kam und genau wie sein Vater Offizier werden wollte, hatte in Hannover einfach keine ausreichenden Karrierechancen für sich gesehen. Deshalb trat er am 3. November 1833 als Musketier in das 24. Infanterieregiment der preußischen Armee in Neuruppin ein. Dort erhielt der Majors-Sohn am 15. Februar 1835 den Rang eines Sekondeleutnants. Jedoch veranlasste ihn sein Hang zur Spielsucht, der sich mit Abenteuerlust paarte, bereits im Folgejahr dazu, seinen Abschied zu nehmen und nach Spanien zu gehen, wo die Cristinos und Karlisten um die Thronfolge rangen.

Bis 1840 kämpfte Goeben dort in zahllosen Gefechten und wurde dabei mehrmals schwer verwundet und gefangen genommen. Einmal, am 12. Juli 1836, drohte ihm sogar die Erschießung, weil er einen Fluchtversuch gewagt hatte. Aus dieser heiklen Situation rettete ihn nur die Fürsprache des englischen Obersten George de Lacy Evans. Im Laufe der Zeit avancierte der ehemalige preußische Offizier im Dienste der Karlisten bis zum Oberstleutnant im Generalstab und erhielt zudem das Ritterkreuz des Ferdinandsordens sowie des Orden de Isabel la Católica. Schließlich freilich unterlag seine Partei und er schlug sich im August 1840 nach Frankreich durch, von wo aus er nach Deutschland abgeschoben wurde.

Dort bemühte sich von Goeben um eine neuerliche Einstellung ins preußische Heer, die ihm aufgrund der Fürsprache des Kronprinzen, des späteren Kaisers Wilhelm I., schließlich auch gewährt wurde. Allerdings musste der Rückkehrer wieder als Sekondeleutnant anfangen, kletterte aber schnell die Karriereleiter hinauf. 1845 hatte er bereits den Rang eines Hauptmanns im Generalstab inne. Vier Jahre später nahm von Goeben an der Bekämpfung der revolutionären Erhebungen in Baden und der Pfalz teil. Seine nächsten militärischen Verwendungen waren: Kompaniechef im 16. Infanterieregiment in Köln, Major im Generalstab (1850), Oberstleutnant und Chef des Generalstabs des IV. Armeekorps in Magdeburg (1855), Oberst und Stabschef des VIII. Armeekorps in Koblenz (1858) sowie Militärbeobachter auf der Seite der Spanier bei deren Feldzug gegen den marokkanischen Sultan Sidi Muhammad IV. (1859/60). Im Nachgang hierzu veröffentlichte Goeben, der vorher schon ein Buch über seine Erlebnisse im Karlistenkrieg geschrieben hatte, das zweibändige Werk „Reise- und Lagerbriefe aus Spanien und dem Spanischen Heere in Marokko“.

Am 18. Oktober 1861, dem Tage der Krönung von Wilhelm I. zum König von Preußen in der Schlosskirche zu Königsberg, wurde Goeben zum Generalmajor befördert. Dem folgte im Januar 1863 die Ernennung zum Kommandeur der 26. Infanteriebrigade in Münster. Als solcher sollte er sich während des Deutsch-Dänischen Krieges weitere militärische Lorbeeren verdienen. So hatte Goeben großen Anteil an der Erstürmung der Düppeler Schanzen sowie der Einnahme der Insel Alsen am 29. Juni 1864. Dafür erhielt er nun auch die höchste preußische Tapferkeitsauszeichnung, den Pour le Mérite. Außerdem wurde erwogen, ihn anstelle Helmuth von Moltkes zum Generalstabschef des gesamten Heeres zu ernennen. Am Ende beließ man Goeben jedoch – seiner Neigung entsprechend – bei der Truppe und machte ihn Mitte 1865 unter Beförderung zum Generalleutnant zum Kommandeur der 13. Division in Münster.

In dieser Dienststellung demonstrierte Goeben erneut unerschütterliche Kaltblütigkeit und enorme Entschlusskraft, als es 1866 zum Deutschen Krieg kam. Denn er zeichnete nicht nur für die reibungslose Besetzung Hannovers verantwortlich, sondern obsiegte im Rahmen des Mainfeldzugs auch in diversen Scharmützeln gegen die Österreicher und deren Verbündete. Ebenso glänzte Goeben, ab dem 26. Juli 1870 im Range eines Generals der Infanterie stehend, im Deutsch-Französischen Krieg. Dort führte er zunächst das VIII. Armeekorps und schlug mit ihm die Schlachten bei Spichern, Mars-la-Tour, Gravelotte, Amiens, Bapaume sowie an der Hallue. Anschließend wurde ihm am 9. Januar 1871 die Führung der 1. Armee anvertraut, die zehn Tage später im entscheidenden Treffen bei Saint-Quentin die zahlenmäßig überlegene gegnerische Nordarmee niederrang.



August Karl von Goeben Bild: CF

Dafür erhielt Goeben das Großkreuz des Eisernen Kreuzes sowie eine Dotation von 200 000 Talern aus der französischen Kriegsentschädigung. In der Folgezeit fungierte der bewährte Militär wieder als kommandierender General des VIII. Armeekorps in Koblenz. Außerdem widerfuhren ihm weitere Ehrungen und Gnadenerweise, wie die Verleihung des Schwarzen Adlerordens am 4. Juli 1875 und die Entsendung nach Spanien, um dort in Vertretung des Kaisers an der Hochzeit von König Alfons XII. teilzunehmen.

Als Goeben spürte, dass seine Kräfte nachzulassen begannen, ersuchte er im Dezember 1879 um den Abschied, der ihm aber verwehrt wurde. Und tatsächlich besserte sich das Befinden des 63-Jährigen wieder, bis er dann plötzlich schwer erkrankte und am 13. November 1880 in Koblenz starb.

31 Jahre später würdigte das Kaiserreich seine Verdienste durch die Taufe eines neu gebauten Großen Kreuzers auf „Goeben“. Dieses Schiff fuhr ab August 1914 als „Yavuz Sultan Selim“ unter türkischer Flagge – seine Übergabe an die Osmanen war mitentscheidend für deren Kriegseintritt auf Seiten der Mittelmächte. *Wolfgang Kaufmann*

Falscher Ehrgeiz

Zu: Verirrungen (Nr. 45)

Am 7. Oktober hatte ich eine Informationsveranstaltung des VDK-Berlin besucht. Ich bin mit der Hoffnung hingegangen, dass es sich nun endlich „ausgemeckelt" hat. Leider ist es nicht der Fall.

Wofür Markus Meckel als Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge steht, muss ich nicht wiederholen. Wenn ich Politik machen will, dann gibt es genug Vereine, Verbände und vor allem Parteien, in denen ich mich betätigen kann. Für mich hat der VDK unpolitisch zu sein und auch keine umstrittenen geschichtlichen Beurteilungen abzugeben – er hat neutral zu sein.

Die Aufgabe des VDK wird allein schon durch den Namen festgelegt: Kriegsgräberfürsorge. Die Kriegsgräber sollen nicht Staffage oder Kulisse sein für einseitige oder umstrittene politische und geschichtliche Ansichten. Der Kriegsgräberfürsorge steht es nicht zu, die toten Soldaten in Gute und Schlechte zu unterteilen. Die Mitglieder wollen nur eine gute Sache – die Kriegsgräberfürsorge – unterstützen und keine Politik machen. Auf welche Mitglieder leiten die VDK-Umgestalter ihr Recht ab, die Ausrichtung des Volksbunds zu verändern?

Den Hinweis, die Umgestaltung könne die schwindende Mitgliederzahl und die sinkenden Mitgliedsbeiträge ausgleichen, finde ich absurd. Wie viele der jüngeren Generation treten als zahlendes Mitglied ausgerechnet dem VDK bei, wenn sie Politik machen wollen? Es werden sehr wenige sein.

Es ist die moralische Verpflichtung der deutschen Gesellschaft, die geringer werdenden VDK-Einnahmen auszugleichen. Nach meiner Meinung ist die treibende Kraft bei den VDK-Umgestaltern der persönliche Ehrgeiz. Es geht darum, weiterhin einem möglichst großen und bedeutenden Verein vorzustehen.

Und der Vorwurf, der VDK sei reaktionär, ist kein Grund zur totalen Umgestaltung. Der Vorwurf wird nur als Vorwand zur Durchsetzung eigener Interessen genutzt.

Fred Peter Mohlau, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Hasenfüßige christliche Amtsträger

Zu: Kniefall gen Mekka (Nr. 46)

Anders als einen Kniefall kann man wohl das Verhalten der christlichen Amtsträger auf dem Jerusalemer Tempelberg nicht bezeichnen. Dazu spricht das in der *PAZ* abgedruckte Foto Bände, wenn man es genauer betrachtet und interpretieren würde: hier die beiden nach Beifall heischenden, grinsenden Bischofs- beziehungsweise Kardinalsgesichter und dort das würdig hintergründig lächelnde Gesicht des Direktors der Al-Aksa-Moschee.

In seinem Gesicht kann man pure Verachtung ablesen, die er diesen beiden Typen zeigt, die das wichtigste Symbol ihres Glaubens, das Kreuz, extra abgelegt haben und damit ihre eigene Religion mit Füßen treten. Vor so viel Feigheit, Lächerlichkeit und mangelnder Courage kann sich ein steuerzahlender deutscher Christ nur noch traurig abwenden und die Verachtung des islamischen Würdenträgers akzeptieren.

Was ist aus diesen sogenannten Amtsträgern der Kirche in Deutschland geworden? Ein der Politik ähnliches Gebilde von unglaubwürdigen Bürokraten, die Kirche und Glauben lediglich dazu benutzen, die eigene Pfründe zu sichern.

Hat Luther nicht gerade dagegen vor 500 Jahren geschimpft, gestritten und gewettert? Die weiteren Schlussfolgerungen dürften dem mündigen Bürger nicht schwerfallen.

Manfred Kristen, Freital



Rücksichtslose Müllentsorgung: Vermüllte Straßenszenen wie hier in Erfurt trifft man immer häufiger an Bild: Krugmann

Die Müllpolizei muss erst noch erfunden werden

Zu: Die Städte vermüllen (Nr. 48)

Der Artikel mit der Thematik der Vermüllung von Großstädten wie Duisburg spricht mir aus dem Herzen. Ich wohne zwar nicht in Duisburg, sondern in der thüringischen Landeshauptstadt Erfurt, beobachte aber, insbesondere in meiner Wohnstraße, das gleiche Problem schon seit Jahren mit großer Verärgerung. Hier sind es nicht die „Neuzugezogenen", sondern die Alteingesessenen, die sich nicht an Anstand und Ordnung halten können oder wollen.

Obwohl jedem Einwohner Erfurts das Recht auf zweimalige kostenlose Abholung von Sperrmüll nach Anmeldung bei der Stadtwirtschaft zusteht, wird von vielen Einwohnern immer wieder Sperrmüll ohne Anmeldung, insbesondere bei Wohnungsauszügen, an die Straße gestellt, wo er dann wochenlang, häufig sogar über Monate, selbst über Feiertage wie Ostern, auf den Bürgersteigen dahingammelt. Die Müllmarder tun dann ihr Übriges, um den Anblick zu verschönern. Im Bereich der Innenstadt natürlich nicht, da will man solch einen verwahrlosten Anblick den Besuchern der Stadt nicht zumuten, den einheimischen Steuerzahlern in den Außenbezirken aber wohl.

Den Vorschlag aus Duisburg, alle Grundeigentümer mit einer zusätzlichen Abgabe für die Beseitigung zu belasten, halte ich für falsch. Die Ordnungsämter der Städte sollten konsequent die Verursacher zur Kasse bitten. Danebenbenehmen darf sich nicht lohnen dürfen. Das Ordnungsbehördengesetz bietet genügend Handhabe, auch weitere Personen als „Störer", so auch die Grundstückseigentümer, zur Beseitigung der Störung heranzuziehen. Die Hauseigentümer kennen doch die Personen, die ausgezogen sind und Sperrmüll vor das Haus gestellt haben. Bei denen könnten sie sich die Kosten für die Beseitigung des Sperrmülls über die noch nicht abgerechneten Mietkautionen wieder hereinholen. Werden einige Male die Schmutzfinken zur Kasse gebeten, dürfte sich dies wie ein Lauffeuer in der Stadt herumsprechen.

Die Ordnungsbehörden sind aber an einer Ermittlung der „Störer" nicht interessiert, sondern nur an einer schnellen Einnahmegenerierung von „Knöllchen" bei Falschparkern.

Als vor einigen Wochen das Ordnungsamt an einem Sonnabendmorgen auf meiner Straße Fotos von Falschparkern machte, hatte ich die Beamten gebeten, auch ein Foto von dem Sperrmüllberg auf der anderen Straßenseite zu machen. Dies wurde mit dem Hinweis abgelehnt, sie seien von der Verkehrsüberwachung und nicht für Müllbeseitigung zuständig. So musste ich mal wieder die Stadtwirtschaft anrufen, damit der Schandfleck endlich nach Wochen beseitigt wurde.

Wir haben hierzulande genügend Gesetze, um unser Zusammenleben ordentlich zu regeln, nur mangelt es am Vollzug wie bei der Abschiebung straffälliger oder abgelehnter Asylbewerber als weitere Beispiele.

Karl Krugmann, Erfurt

Beruhigungspille

Zu: Der Rechtsstaat rutscht ab (Nr. 45)

Schon längst überfällig geht jetzt unsere Regierung – als Beruhigungspille für die Bürger? – gegen die gefährlichen salafistischen Vereine vor, welche die IS-Terrormilizen fördern.

Was aber machen unsere Bundes- und Landesregierungen sowie unsere oft mit laschen Strafen auffallende Justiz zum Beispiel gegen die 1200 Unterstützer der italienischen Mafia, die Deutschland als bevorzugten Rückzugsort wählten und hier so seit Jahren unbehelligt ihren illegalen Geschäften nachgehen? Was geschieht gegen die Ausbreitung der Russenmafia, die Schäden in Milliardenhöhe verursacht? Warum wird nicht mehr getan gegen Trickbetrüger, ferner gegen reisende Diebesbanden, überwiegend aus Osteuropa, die in ganzen Landstrichen Autos, Bau-/Landmaschinen, ja sogar Viehherden und Ernten über die Grenzen bringen und die ständig Bankautomaten sprengen?

Einbrecher, vielfach aus Nordafrika, rauben Häuser und Wohnungen aus, 167165 Mal im Jahr 2015 bei nur 15 Prozent Aufklärung. Wie lange wird es noch dauern, bis die von unseren Politikern so hoch gepriesene wehrhafte Demokratie auch endlich etwas gegen die bekannten No-go-Areas in unseren Großstädten unternimmt, wo libanesische, türkische, rumänische und bulgarische Clans/Großfamilien Parallelgesellschaften bilden und ganze Stadtviertel zum rechtsfreien Raum machen, wo sich unsere überstrapazierte Polizei nicht mehr hintraut?

Warum werden nicht bis zu 500000 amtlich festgestellte unregistrierte und unrechtmäßig eingereiste Zuwanderer ermittelt und abgeschoben, deren hiesige Aufenthaltsorte oft nicht einmal den Ämtern bekannt sind? In unserem bürokratischen Musterland Deutschland wird doch sonst jeder geblitzte Autofahrer im äußersten Winkel ermittelt und verfolgt.

Hans-Jürgen Herwig, Hameln

Leserbriefe bitte an: *Preußische Allgemeine Zeitung*, Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 16. Dezember 2016

MELDUNGEN

Führend im Landverkauf

Allenstein – Laut den Daten der Agentur für landwirtschaftliche Immobilien Polens wurden in Allenstein 2000 Hektar Ackerland privatisiert. Damit liegt die Stadt hinter Posen (3500) und Landsberg an der Warthe (2500) an dritter Stelle. Insgesamt will der polnische Staat bis zum Jahresende 21000 Hektar veräußern. Laut einem Beschluss vom Mai dieses Jahres soll nach Abwicklung der bestehenden Verträge staatliches Ackerland jedoch künftig nicht mehr verkauft, sondern verpachtet werden. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Warweiden [Wirwaidy] – Thyrau [Tyrowo], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle. Straße Nr. 63: Ogonken [Ogonki], Baustelle. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau. *E.G.*

Sehenswerte thematische Vielfalt

Dritte Deutsche Kinowoche in Allenstein und dem südlichen Ostpreußen begeisterte die Zuschauer

In diesem Jahr organisierte der Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM) erneut eine Deutsche Kinowoche. Vom 14. bis 20. November war das Kino „Awangarda 2“ in Allenstein der zentrale Spielort der deutschen Filme. Weitere Vorführungen gab es vom 22. bis 24. November in Sensburg, Elbing und Danzig.



Bild: U.H.

Besonderes Ambiente: „Metropolis“-Vorführung in der evangelisch-angerburgischen Kirche

Es war eine bunte Mischung, die die Organisatoren der Deutschen Kinowoche in Allenstein auf die Beine gestellt hatten: sechs Abendfilme mit breit gestreuten Themen, ein Film für Schulklassen, der an zwei Vormittagen gezeigt wurde, dazu eine spezielle Vorführung für Studierende am Institut für Germanistik der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein. „Mittler zwischen Hirn und Händen muss das Herz sein“ – unter diesem Motto, das als Zitat dem Film „Metropolis“ von Fritz Lang aus dem Jahr 1927 entnommen ist, hatten die Organisatoren die Filme für dieses Jahr zusammengestellt. Und das kam gut an. „Eine gelungene Auswahl an Filmen“, fasste eine Zuschauerin, die fast alle Vorstellungen besucht hat, zusammen, „Action und ruhige Revolutionäre, Themen, die berühren und zum Nachdenken bringen.“

Begonnen wurde mit „Die fetten Jahre sind vorbei“, einem Film über junge Menschen, die aus Widerstand gegen die Gesellschaft in die Häuser von Reichen einbrechen und die Einrichtung auf den Kopf stellen, ohne etwas zu stehlen. Bis sie es eines Tages mit ernsteren Konsequenzen zu tun bekommen. Der in Cannes preisgekrönte Film mit bekannten jungen Schauspielern ist in seinen gesellschaftlichen Anspielungen für polnische Zuschauer nicht einfach. Ein Grund dafür, diesen Film auch am 23. und 24. November an der Staatlichen beruflichen Hochschule in Elbing und der Universität Danzig für Studierende zu zeigen und eine Diskussion darüber zu veranstalten. Dabei zeigte sich Aleksandra Drzial-Sierocka von der Allensteiner Stiftung für Filminitiativen „Tu sie movie“ sicher: „Die Handlungsstränge sind ohne Weiteres verständlich. Ein Vorwurf wäre eher, dass die Story zu einfach gestrickt ist.“

Die zweite Diskussion im Festival-Café „Stary Zaulek“ widmete sich dem Film „Tore tanzt“. Hier ist der Hauptheld kaum mehr begreifbar, der in einer wörtlichen Auslegung des Bibelzitats immer wieder die andere Wange hinhält und damit seinen eigenen Tod provoziert. Gemeinsam mit dem evangelischen Pastor Adrian Lazar aus Allenstein versuchten die Gäste, sich über den Film und seinen Helden klarer zu werden.

Die Filme wurden ausgiebig besprochen

Vielschichtiger als gedacht war für viele Schüler der in diesem Jahr angebotene Schulfilm „Sommersturm“. Das Thema der Identitätsfindung eines homosexuellen Jugendlichen sollte, so. Ralf Meindl vom Organisationsteam, „zeigen, wie deutsche Filme unter anderem mit diesem kontroversen Thema umgehen“. Einige Lehrer schreckte das Thema ab, sie wählten für ihre Klassen den an der Ermländisch-Masurischen Universität gezeigten Film „Wir sind jung. Wir sind stark“, der die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 thematisiert. Einige Schüler, die „Sommersturm“ gesehen haben, finden diese Haltung nicht gut: „Wir sind erwachsen genug, um mit diesem Thema umgehen zu können. Es geht um unsere Toleranz gegenüber anderen, um allgemeine Probleme von uns Heranwachsenden. Solche Filme sind für uns notwendig.“

Mit „Who am I. Kein System ist sicher“ hatten die Organisatoren einen aktionsreichen Film für den Freitagabend gewählt, der das Milieu von Hackern und Cyber-Kriminalität beleuchtet. Weniger schnell, aber gleich intensiv war der Blick auf den Hitler-Attentäter Georg Elser im Film „Elser – er hätte die Welt verändert“.

Extra für die Deutsche Kinowoche mit Untertiteln versehen wurden zwei deutsche Klassiker. „Wir haben zum 1000. Tatort überhaupt und zu Ehren des in diesem Jahr verstorbenen Götz George alias Kommissar Schimanski den Tatort ‚Moltke‘ gezeigt und eine der besten deutschen Komödien: ‚Schtonk‘, die man in Polen nirgends zu sehen bekommt“, erklärt Joanna Black, die Chefin des Organisationsteams und Leiterin des Büros des VdGEM. Meindl fügte hinzu: „Außerdem hatten wir in der evangelisch-augsburgischen Kirche in Allenstein als besonderen Programmpunkt noch die Uraufführung des Stummfilms ‚Metropolis‘ mit der Live-Musik-Begleitung des Parampampam-Trios. Es spielte so gut, dass man fast meinte, die Figuren im Film sprechen zu hören.“

Für das nächste Jahr ist bis jetzt geplant, zumindest einen weiteren Klassiker, vermutlich „Das Cabinet des Dr. Caligari“, zu zeigen – an einem anderen interessanten Ort in Allenstein. Aber auch das restliche Programm dürfte wieder so abwechslungsreich werden wie in diesem Jahr.

Uwe Hahnkamp

Elch als Glücksbringer

Heinrichswalder Bastler fertigt Wappentier aus alten Hufeisen

Es begann mit einer Sammlerleidenschaft. Algardas Mikscha aus Heinrichswalde [Slawsk] sammelte alte Hufeisen. Sie gelten als Glücksbringer und waren reichlich vorhanden. Bei seinen Streifzügen erwies sich die Region am Memelstrom als wahre Fundgrube. Ostpreußen war einst ein Pferdeland. Verlorene Hufeisen von Ackergäulen und Kavalleriepferden waren im Laufe vergangener Jahrhunderte an Wegrändern und Feldern reichlich verstreut.

Als die Hufeisensammlung von Mikscha sich der Tausendermarke näherte, kam ihm eine Idee. Heinrichswalde liegt mitten in der Elchniederung. Der Elch spielt auch im Stadtwappen von Heinrichswalde eine Rolle. Man könnte doch aus dem Berg von alten Hufeisen eine Elchskulptur anfertigen. Der Gedanke, dem Symbol der Elchniederung Gestalt zu verleihen, ließ ihn nicht mehr los.

Gesagt, getan. Ohne nennenswerte künstlerische Vorbildung begann Mikscha mit der Modellierung des Wappentieres. Hufeisen an Hufeisen wurden in mühevoller Arbeit aneinandergeschweißt. Anstelle eines Sockels verwendete er eine mit Rädern versehene Grundplatte. Auf diesem Unterbau wuchs der Elch nach und nach zu seiner natürlichen Größe.



Ergebnis einer vierjährigen Arbeit: Algardas Mikscha präsentiert sein Werk

Bild: Jakow Rosenblum

Vier Jahre dauerte es, bis das Prachtstück fertig war. Insgesamt 600 alte Hufeisen waren passgerecht zusammengeschweißt.

Zurzeit überwintert der 300 Kilogramm schwere Elch im Schuppen von Mikscha. Doch mit dem Beginn der Touristensaison soll die Figur an einem öffentlichen Standort zu einer Sehenswürdigkeit und zu einem Besuchermagnet der kleinen Stadt in der Elchniederung werden.

Hans Dzieran

Schmiede bei der Arbeit

Königsberger Handwerksfest zog Groß und Klein in seinen Bann

Zum Herbstende haben die im Königsberger Gebiet ansässigen Schmiede ihr zur Tradition gewordenes Handwerkerfest im Königsberger Stadtpark eröffnet. Schmiede führten den Besuchern nicht nur vor, wie Metall sich in ihren Händen in etwas Neues verwandelt, sondern sie leiteten Interessierte darin an, es einmal selber zu versuchen.

Neben Auftritten von Künstlern wurden an den Ständen die unterschiedlichsten Souvenire angeboten. Von allen Seiten sprangen den Besuchern die Mitbringsel förmlich ins Auge. Dafür wurden sie kostenlos bewirtet – mit slawischem Brei mit Fleisch oder mit Honiggetränken.

Die Schmiedekunst fand vor allem bei jungen Besuchern großes Interesse. Weil viele Kinder selbst einmal die Arbeit mit Hammer und Amboss testen wollten, mussten die Handwerker besondere Vorsicht walten lassen, damit ihre jungen Gehilfen sich nicht verletzten.

2014 hatten die Königsberger Schmiede zum ersten Mal ein solches Fest organisiert, das damals in der Nähe des Bernsteinmuseums stattfand. In den vergangenen zwei Jahren hat die Gilde der Schmiede und Metallkünstler im Königsberger Gebiet eine ganze Reihe von Freilicht-Veranstaltungen an verschiedenen Orten durchgeführt, unter anderem in Pillau.



Bild: J.T.

Einmal ein Meister sein: Ein Junge versucht sich als Schmied

In jüngster Zeit erfreut sich die Schmiedekunst in der Region großer Beliebtheit. Weil immer mehr Menschen Handwerker bei der Arbeit sehen wollen, dürfen sie bei keinem Fest fehlen. Sie faszinieren Besucher aller Altersgruppen. Die Veranstalter buchen Handwerker deshalb schon lange im Voraus.

Der Tag der Schmiede war die letzte professionelle Veranstaltung dieses Jahres. Nun beginnen die Vorbereitungen für die Veranstaltung „Bernstein-Berg“ sowie für eine Reihe weiterer interessanter Veranstaltungen im Kulturkalender des Königsberger Gebiets für 2017.

Jurij Tschernyschew



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun steht Weihnachten schon ganz dicht vor der Türe, und unser Wunschdenken läuft zur Hochform auf, jedenfalls was die Wünsche unserer Lieben betrifft, an deren Erfüllung wir denken müssen. Nicht immer werden wir das können, und das gilt auch für unsere Familie, weil manches Wunschdenken über die Möglichkeiten hinausgeht, die uns gegeben sind. Umso erfreulicher, wenn sich plötzlich unerwartete Erfolge einstellen, und es gibt nichts Schöneres für mich, als über diese berichten zu können, denn sie beweisen, was unsere Ostpreußische Familie bewirken kann.

„Die heißesten Tränen werden über erfüllten Wünschen vergossen“, hat Mutter Teresa einmal gesagt, und ich habe mir diese Worte gemerkt. Denn irgendwann werden sie auch auf unsere Familie zutreffen – so dachte ich, und ich habe richtig gedacht: Der Herzenswunsch einer heute in Litauen lebenden Ostpreußin kann in Erfüllung gehen, auch wenn es bis zu seiner Verwirklichung noch einige Zeit dauern wird. Denn es handelt sich um eine Busreise nach Deutschland, die sie sich immer ersehnt hatte, aber nie antreten konnte, weil sie die Fahrtkosten nicht aufzubringen vermochte. Nun wird sie im nächsten Jahr stattfinden, und dass dies möglich ist, verdankt sie einem Spender aus unserem Leserkreis, der den Bericht über eine private Hilfsaktion für die lebenden „Wolfskinder“ in unserer Kolumne gelesen hatte und spontan eine Übernahme der Reisekosten zusagte. Blenden wir zurück:

In Folge 45 hatten wir über ein Helferpaar aus Hann.-Münden berichtet, das mit eigenen und gesammelten Spenden zum dritten Mal nach Litauen gefahren war, um den dort verbliebenen „Wolfskindern“ das Leben in Altersarmut etwas zu erleichtern. Den Herren **Bernd Brandes** und **Wolfgang Schweinehagen** liegt es vor allem daran, durch persönlichen Kontakt eine Verbindung von Mensch zu Mensch herzustellen, weil sie auf diese Weise erfahren, was die älteren Frauen und Männer dringend benötigen wie Medikamente, haltbare Nahrungsmittel und warme Kleidung. Und so kamen sie auch mit einer Frau in Berührung, bei der das harte Leben sichtbar seine Spuren hinterlassen hatte. Die im nördlichen Ostpreußen geborene, als Bettelkind nach Litauen geflüchtete und dort verbliebene Frau fasste Vertrauen zu dem Helferpaar und kam so auf ihren größten Wunsch zu sprechen: eine Reise nach Deutschland. Die beiden Freunde stellten nun einen Plan auf, der einen zweiwöchigen Besuch der Seniorin ermöglichte, weil Unterhalt, Aufenthalt und Betreuung des Gastes gesichert waren – nur an den Fahrkosten für die Busreise drohte diese direkte Hilfsaktion zu scheitern. Das hatte ich in dem Bericht erwähnt und die Überlegung in den Raum gestellt, wie man diesem betagten „Wolfskind“ wohl helfen könnte. Und das Hilfsangebot kam auf dem Fuße mit einer E-Mail aus Untermünkheim, in der uns ein Landsmann mitteilte, dass er die Fahrtkosten für die Betreffende übernehmen wolle. Sofort bekam Herr Brandes davon Kenntnis, der ebenso erfreut wie ich über das Angebot war, zumal sich herausstellte, dass er den Spender gut kannte und sich sofort mit ihm in Verbindung setzen wollte. Nun wird also unserer betagt gewordenes „Wolfskind“ doch noch der Herzenswunsch erfüllt werden, und wir werden weiter von diesem für es unverhofften Weihnachtsgeschenk berichten.

Diese ganz auf Privatinitiative beruhende Unterstützung der „Wolfskinder“ hat Frau **Renate Niedrig** aus Berlin veranlasst, uns auf eine Hilfsaktion hinzuweisen, die von der Kreisgemeinschaft Ebenrode getragen wird. Frau Niedrig leitet den Heimatkreis Schlossberg/Ebenrode in Berlin, der mit Geldspenden seit dem Jahr 2012 die „Wolfskinder“ in Tauroggen unterstützt. Damals waren diese in Berlin zu Gast gewesen, und so kamen persönliche Verbindungen zustande, „die uns mit Freude und Dank erfüllen“, wie Frau Niedrig schreibt. Sie hat für uns eine Mappe mit Veröffentlichungen über die Aktivitäten dieser Gruppe zusammengestellt, darunter auch einige Ausschnitte aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* mit Berichten aus dem Heimatkreis Ebenrode, so auch über die letzte Hilfsaktion zu Pfingsten 2016. In dieser wird erwähnt, dass durch Vermittlung von Frau Niedrig auch eine Journalistin aus Moskau an der Veranstaltung in Tauroggen teilnahm, die für die „Moskauer Deutsche Zeitung“ („MDZ“) tätig ist. Schon einmal hatte eine Berichterstattung über die „Wolfskinder“ stattgefunden, allerdings war der im März 2015 erschienene Artikel in russischer Sprache gehalten. Das war in diesem Jahr nun anders, und deshalb wendet sich Frau Niedrig an unsere Ostpreußische Familie mit der Bitte, von diesem erfreulichen Vorgang zu berichten. Der von der Journalistin **Georgia Lummert** geschriebene Beitrag ist in deutscher Sprache erschienen, ein glänzend geschriebener, ausführlicher Artikel, der über Herkunft und Schicksal der „Wolfskinder“ berichtet, aber der Hilfsaktion der Kreisgemeinschaft Ebenrode auch den ihr gebührenden Platz einräumt. Wir entnehmen dem Bericht einige Stellen, die dies vermitteln:



Seine Stele steht heute in Germau: Hauptmann Peter Hayn, gefallen beim Luftkampf 1944 Bild: privat

„Im Evangelischen Gemeindehaus von Taurage (Tauroggen) werden Kaffee und Kuchen serviert. **Elsbeth König** und **Walter Buddenbohm** sind aus Deutschland gekommen. Auch König hat das deutsche Ostpreußen noch erlebt, sie stammt aus Ebenrode, russisch Nesterow. Als sie mit ihrer Familie 1944 nach Westen floh, war sie zehn Jahre alt. Seit 2006 begleitet sie regelmäßig Hilfstransporte in das Gebiet Kaliningrad und nach Litauen zu den Wolfskindern. Dazu steigt sie in den VW-Bus von Buddenbohm, einem Rentner aus Minden, der schon seit 20 Jahren mindestens einmal im Jahr gen Osten aufbricht. Finanziell unterstützt wird die Fahrt von der Kreisgemeinschaft Ebenrode, einem Verein der ehemaligen Ostpreußen, dessen zweite Vorsitzende Elsbeth König ist. ‚Die Wolfskinder sind auf unsere Hilfe angewiesen‘, meint Walter Buddenbohm.“

Auf die Feier wollen wir nicht näher eingehen, da über diese die *Preußische Allgemeinen Zeitung* in Folge 38 ausführlich berichtet hat. Nur der Schlusssatz des Artikels aus der „Moskauer Deutschen Zeitung“ sei erwähnt, weil er sich mit dem des Briefes von Frau Niedrig an unsere Ostpreußische Familie deckt. Georgia Lummert schreibt: „Und so werden Elsbeth König und Walter Buddenbohm wohl spätestens im nächsten Jahr wiederkommen, Kuchen mitbringen Geschichten anhören und Fotos von den letzten Treffen zeigen.“ Was Renate Niedrig bestätigt: „Beide werden auch im Jahr 2017 mit einem Hilfstransport nach Ostpreußen und zur Unterstützung der Wolfskinder nach Litauen-Tauroggen fahren.“

Aber noch schreiben wir das Jahr 2016, das für unsere Ostpreußische Familie ein erfolgreiches war und noch immer ist, wie ein neuer Brief unseres Mithelfers **Bernd Dauskardt** aus Hollenstedt beweist, der sich immer bemüht, noch ungeklärten Schicksalsfragen nachzugehen, um sie zu lösen – was ihm nun wieder gelungen ist. Es handelt sich um den Hauptmann **Peter Hayn**, dessen Gedenkstein auf dem Deutschen Soldatenfriedhof im samländischen Germau die Inschrift aufweist: „Gefallen in der Luftschlacht am 11.1.1944 für Deutschland!“ Herr Dausgardt hatte die Stele entdeckt und darüber in unserer Kolumne Folge 3 berichtet. Er begann nach dem Schicksal des Gefallenen zu forschen, er vermutete, dass der Hauptmann als Kampfflieger einem Geschwader angehört hatte, das im Januar 1944 an einem Luftkampf zwischen deutschen und russischen Fliegern beteiligt war. Es begann ein langes Nachforschen, das nun von Erfolg gekrönt ist, wie Herr Dauskardt uns mitteilt:

„Das Rätsel über das Schicksal von Hauptmann Peter Hayn konnte ich lösen – dank der Hilfe von Frau **Hennings**, Nichte des gefallenen Peter Hayn. Sie überließ mir alle Unterlagen, die sich im Familienbesitz befinden. Peter Hayn ist ein Kind Ostpreußens, geboren in Lyck, später verzog die Familie nach Cranz. Offensichtlich wurde er Ende der 30er Jahre eingezogen und wurde Flieger. Laut Bundesarchiv mit Wirkung vom 1. April 1943 zum Hauptmann befördert. Luftkriegsschule 1 in Dresden, Flugzeugführer in einem Zerstörergeschwader, gefallen am 11. Januar 1944 in der großen Luftschlacht im Westen – offensichtlich im Solling – im heldenmütigen Kampf gegen eine 18-fache Übermacht. So die Todesanzeige der Eltern, des Oberingenieurs W. Hayn und Frau **Charlotte** geborene **Seemann** aus Cranz. Dorthin wurde auch der Sarg überführt. Die Beisetzung erfolgte am 22. Januar 1944 mit militärischen Ehren. Als die Stele auf dem Cranzer Friedhof stand, zeigte sie an der Spitze einen abstürzenden Flieger. Diese Spitze ist jetzt abgeschlagen, sein Grab auf dem Friedhof dürfte nicht mehr vorhanden sein. So ist die Frage nach dem Schicksal des Hauptmanns Peter Hayn gelöst. Bleibt nur noch ein Nachhaken: Wie kam die Stele nach Germau?“

Was Herrn Dauskardt aber besonders berührt, ist ein Satz aus einem der letzten Briefe, die Peter Hayn an seine Eltern schrieb: „Kaum ist etwas schöner, bezaubernder als das Gefühl der Bindung an das Elternhaus in meiner sagenhaften Heimat, Euer Junge“!

Aber noch einmal in den Kreis Ebenrode/Stallupönen. Eine Anfrage von Herrn **Peter Zenker** aus Sinzig führt zurück in die Zeit nach der Okkupation, als dort von den Russen Arbeitslager errichtet wurden, in dem vor allem Frauen inhaftiert waren. In einem dieser Lager wurde im Jahr 1947 ein Mädchen geboren, das den Namen **Waltraud** erhielt. Die heute in Dresden Lebende hegt nun den Wunsch, ihren Geburtsort kennen zu lernen, auch wenn inzwischen fast 70 Jahre vergangen sind. Herr Zenker will ihr dabei behilflich sein und bemüht sich, den Ort auszumachen, an dem sich das Arbeitslager Junkerwald, in dem Frau Waltraud geboren wurde, befand. Auf dem Messtischblatt, das er sich besorgt hat, sind nun zwei Vorwerke mit dem Namen Junkerwald aufgeführt, das eine bei Göritten, das andere in der Nähe von Mühlengarten. Wer kann hier behilflich sein, den richtigen Ort zu finden? Auch nähere Angaben über die Gegend und Hinweise auf den geplanten Besuch wären hilfreich. Vielleicht gibt es ja auch noch frühere in dem betreffenden Junkerwald Inhaftierte, die über die damalige Zeit berichten können. (Alle Zuschriften an Herrn Peter Zenker, Bäderstraße 48 in 53489 Sinzig, E-Mail: Zenker-peter@web.de)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Präsidentenbesuch zum Geburtstag

Vor 25 Jahren ging Radio Maryja auf Sendung – Die Idee stammt aus Deutschland

Der nationalkonservative katholisch geprägte Sender „Radio Maryja“ feiert dieser Tage sein 25. Gründungsjubiläum. Die Radiostation und vor allem ihr Gründervater, Pater Tadeusz Rydzyk, ließen sich feiern.

In Thorn, der Geburtsstätte des zum Medienimperium aufgestiegenen Unternehmens des katholischen Redemptoristenordens, fanden sich ranghöchste PiS-Politiker mit Präsident Andrzej Duda an der Spitze ein. Duda verglich die Hörer des Senders, vor allem die treuen Hörerinnen, die im Volksmund „Mohairmützen“ genannt werden, mit den Trägern der grauen Militärmützen der Spezialeinheit GROM. Martialisch war auch das Rahmenprogramm. Für die musikalische Begleitung sorgte das polnische Militärorchester und auf der Bühne tanzte eine mit sogenannten Husarenflügeln ausgestattete Künstlerin.

Auf die Idee, einen Radiosender zu gründen, soll Rydzyk in den 80er Jahren gekommen sein. Damals war der perfekt Deutsch sprechende „Ojciec Dyrektor“ (Pater Direktor), wie Rydzyk genannt wird, Kaplan eines Schwesternordens in Oberstaufen im Oberallgäu. Nach seiner Rückkehr nach Polen setzte er die Idee in die Tat um. Am 8. Dezember vor 25 Jahren ging die erste Radio-Maryja-Sendung über den Äther. An diesem Jahrestag feiert die katholische Kirche das Fest der unbefleckten Empfängnis Mariä. Aus dem Sender, den anfangs nur Hörer im Raum Thorn und Bromberg empfangen konnten, wurde ein Imperium. Von Beginn an stand Pater Tadeusz Rydzyk an der Spitze des Medienunternehmens in Personalunion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan. In der Hand von Rydzyk befinden sich zudem der TV-Sender „Telewizja Trwam“ (TV Beständigkeit), die Zeitung „Nasz Dziennik“ (Unser Tagesblatt), die Publikation der Stiftung „Nasza Przyszlosc“ (Unsere Zukunft) sowie die private Hochschule für Sozialkultur und Medien im westpreußischen Thorn.

Rydzyk nutzt seine Medien für politische Stimmungsmache. Radio Maryja stellte sich bei der Präsidentschaftswahl Anfang der 90er Jahre auf die Seite Lech Walesas und gegen den Jugendminister der Volksrepublik zwischen 1985 und 1987, Aleksander Kwasniewski, der im Sender nur als „Erbe des Stalinismus“ bezeichnet wurde. Der Vorsitzenden der Nationalbank, Hanna Gronkiewicz-Waltz, wurde eine Mitgliedschaft der Freimaurerloge unterstellt und es wurde suggeriert, dass sie jüdischer Herkunft sei. Rydzyk wurde in den Vatikan zitiert und von Papst Johannes Paul II. gemahnt, Sendungen im Geiste der Evangelisierung und im Einklang mit dem Episkopat zu führen, aus dessen Reihen Proteststimmen gegen den Sender laut wurden. Doch zu dieser Zeit hatte Rydzyk bereits Anhänger im polnischen Parlament und Millionen auf dem Konto. Die einzelnen Bischöfe brauchte er längst nicht mehr zu fürchten.



Sitz in Thorn: Radio Maryja Bild: Sebastian Mackiewicz/CF

Seine Anhänger gründeten die Liga Polnischer Familien. Durch die Werbung des Senders kam die Gruppierung ins Parlament. 2005, kurz vor der Sejmwahl, vollzog Rydzyk einen Kurswandel und unterstützte offen die Partei „Prawo i Sprawiedliwosc“ (PiS, Recht und Gerechtigkeit). Jarosław Kaczynskis Partei gewann daraufhin die Wahl. Die Allianz von Radio Maryja und PiS dauert bis heute an.

Laut onet.pl hörten im Jahre 2015 2,7 Prozent der Radiohörer zumindest einmal am Tag bei Radio Maryja rein. Damit gehört der Sender zu den meistgehörten im Land. Bezeichnenderweise wird Radio Maryja, wo stets eine antisemitische und antideutsche Note mitschwingt, am wenigsten in der Woiwodschaft Oppeln mit ihrer starken deutschen Bevölkerungsgruppe gehört, und am zweitwenigsten in der Nachbarwoiwodschaft Schlesien. Am meisten wird der Sender im einst österreichischen Galizien gehört. Aber auch das südliche Ostpreußen liegt über dem Landesdurchschnitt. *Chris W. Wagner*

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Lingk, Hans Joachim, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 16. Dezember
Neumann, Edith (Dita), aus Königsberg, Litauerwall/Hansaring 62, am 16. Dezember
von Zaborowski, Hildegard, aus Memel und Süderspitze, Kreis Memel

ZUM 97. GEBURTSTAG

Greb, Heinz, aus Steinhalde, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember
Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode und aus Moneten, Kreis Treuburg, am 20. Dezember
Moller, Hedwig, geb. **Schweiger**, aus Kellminen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. Dezember
Schirrmacher, Erna, geb. **Homp**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 18. Dezember
Wagner, Willi, aus Ebenrode, am 22. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brandstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Grisard, Alfred, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio**, aus Lyck, am 19. Dezember
Mast, Ruth, geb. **Prießner**, aus Schlesien, am 16. Dezember
Nobel, Hildegard, geb. **Karpowski**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 22. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bondzio, Luise, geb. **Bendix**, aus Lyck, am 22. Dezember
Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Eggert, Gertrud, geb. **Langer**, aus Gimmendorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Rompf, Elfriede, geb. **Wark**, aus Warnicken, Kreis Samland, am 22. Dezember
Schulz, Erna, geb. **Nagat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brandecker, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. Dezember
Kudszus, Willi, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember
Trzaska, Heinz-Walter, aus Ortelsburg, am 19. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Becker, Gerda, geb. **Bautz**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Dallmann, Max, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz, am 20. Dezember
Ehlers, Christel, geb. **Gerwinat**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember
Gilbert, Erika, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 22. Dezember
Hanke, Fritz, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 22. Dezember
Heisler, Gertrud, geb. **Schaaf**, aus Ebenrode, am 20. Dezember
Knabe, Hans, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Matern, Gerda, geb. **Kattelat**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Peck, Josefa, geb. **Hippler**, aus Lopsienen, Kreis Samland, am 22. Dezember
Rosowaki, Ernst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Schiggas, Hans, aus Neidenburg, am 21. Dezember
Schnarelt, Ruth, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 20. Dezember
Schulz, Frieda, geb. **Kowalewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Defayay, Grete, geb. **Wielga**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Dziedzitz, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Gleisner, Christel, geb. **Janzik**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Haas, Erna, geb. **Jünger**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Heidmann, Ruth, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 19. Dezember
Schmidt, Grete, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 19. Dezember
Schmölke, Lieselotte, geb. **Seidler**, aus Wehlau, am 18. Dezember
Stumm, Herta, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 21. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Doliwa, Erich, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember
Freudenreich, Rudi, aus Kragua, Kreis Samland, am 18. Dezember
Hartung, Christa, geb. **Schemeit**, aus Schneckenmoor im Gutsbezirk Schnecken Forst, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Heim, Irmgard, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Kenke, Fritz, aus Sangnitten, Kreis Preußische Eylau, am 19. Dezember
Killick, Christel, geb. **Bartlick**, aus Treuburg, am 21. Dezember
Kirschner, Alexander, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Dezember
Pachutzki, Johann, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Peterson, Christel, geb. **Joppien**, aus Warnicken, Kreis Samland, am 19. Dezember
Schlewing, Hedwig, geb. **Blasko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 21. Dezember
Stang, Liesbeth, geb. **Bollgönn**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 20. Dezember
Zieglowski, Erhard, aus Lyck, am 16. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ballin-Hoelger, Waltraud, geb. **Ballin**, aus Fischhausen, am 22. Dezember
Bethke, Gerda, aus Treuburg, am 17. Dezember
Böhnke, Hubertus, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember
Drechsler, Irene, geb. **Tlaumann**, aus Thomsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 16. Dezember
Fritsche, Irmgard, geb. **Schickmann**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 22. Dezember
Hachmeister, Gertrud, geb. **Paleikat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember
Haecks, Monika, geb. **Krajweski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Hafener, Hanna, geb. **Kosemund**, aus Pillau, Kreis Samland, am 22. Dezember
Hornschu, Edith, Kreis Johannisburg, am 20. Dezember
Jockel, Georg, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 21. Dezember
Lumma, Herta, geb. **Klein**, aus Kumehnen, Kreis Samland, am 21. Dezember
Mix, Annelore, geb. **Killat**, aus Sommershöfen, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Oestmann, Elfriede, geb. **Mrotzek**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Schade, Franz, aus Germingen, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Schüssler, Frieda, geb. **Neumann**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Simanek, Fritz, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 20. Dezember
Stein, Christel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. Dezember
Stellmacher, Christel, geb. **Klettke**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Tams, Käthe, geb. **Welsch**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember
Tetzlaff, Lieselotte, geb. **Kaminski**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Dezember
von Charkiw, Christel, geb. **Masuch**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Dezember
Wendt, Anneliese, aus Hoya, am 17. Dezember
Wrobel, Reinhard, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Zirke, Gertrud, geb. **Weber**, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Czyperreck, Helga, geb. **Schmidt**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Dorroch, Bruno, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Enstipp, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember
Finke, Christa-Maria, geb. **Olias**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Hobus, Christel, geb. **Zels**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 20. Dezember
Hunger, Christa, geb. **Geneit**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 19. Dezember
Jegelka, Kurt, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Käsch, Christel, geb. **Kotowski**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Klein, Christel, geb. **Bilda**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 21. Dezember
Kobus, Maria, geb. **Ruskofski**, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 22. Dezember
Köhne, Charlotte, geb. **Krumat**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Kujehl, Christa, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember
Lauterbach, Ilse, geb. **Plew**, aus Lyck, Bismarckstraße 7, am 18. Dezember
Löbel, Lieselotte, geb. **Broscheit**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 21. Dezember
Meyer, Manfred, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Miszczuk, Brigitte, geb. **Rattay**, aus Landsberg, Kreis Preußische Eylau, am 19. Dezember
Naschekewitz, Ruth, geb. **Timm**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 18. Dezember
Obentheuer, Käthe, geb. **Guse**, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Paul, Walter, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Pauser, Inge, geb. **Lasogga**, aus Königsberg, Oberhaberberg 78, am 8. Dezember
Pulver, Waltraud, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Rauch, Hildegard, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, am 19. Dezember
Sadzio, Liesbeth, geb. **Menka**, aus Neidenburg, am 19. Dezember
Sinnak, Oskar, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 21. Dezember
Tietz, Eva, geb. **Westphal**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 20. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Backhus, Ruth, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 20. Dezember



Bellgardt, Alfred, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Börner, Gisela, geb. **Maszutt**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Brandt, Christel, geb. **Ters**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Dettmann, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 21. Dezember
Gerlach, Christel, geb. **Dlugert**, aus Steinau und Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 18. Dezember
Grauf, Ilse, geb. **Grabowski**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Hartmann, Helga, geb. **Glembotzki**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Heinrichs, Marlene, geb. **Huuck**, aus Norgau, Kreis Samland, am 20. Dezember
Jera, Klaus, aus Treuburg, am 22. Dezember
Klinge, Christel, geb. **Koprusch**, aus Lyck, am 18. Dezember
Krutschinna, Ewald, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 22. Dezember
Mottel, Helmut, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Moyseszyk, Ilse, aus Treuburg, am 20. Dezember
Müller, Ingrid, geb. **Kussin**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Niederhaus, Ingrid, geb. **Tertel**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 19. Dezember
Rattay, Johannes, aus Treuburg, am 21. Dezember
Riemann, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Rinio, Walter, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Rohde, Joachim, aus Murawken, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember
Röhrig, Helmut, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Sach, Otto Oskar, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Sander, Waltraud, geb. **Wittösch**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Schillgalies, Gerhard, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 22. Dezember
Schmidt, Irene, geb. **Jessulat**, aus Schwanen, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
Solka, Kurt, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 21. Dezember
Thiel, Ruth, geb. **Augustin**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, und aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 22. Dezember
Tummscheit, Henner, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. Dezember
Voss, Marianne, geb. **Barschat**, aus Neidenburg, am 16. Dezember
Voß, Grete, geb. **Danner**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 22. Dezember
West, Gerhard, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 20. Dezember
Wolter, Siegfried, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Coelius, Kurt, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 21. Dezember
Dietz, Edelgard, geb. **Bombosch**, aus Wehlau, am 22. Dezember
Gaufer, Gabriele, geb. **Kasch**, aus Georgenswalde, Kreis Samland, am 16. Dezember
Hellwig, Klaus, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 22. Dezember
Hundsdörfer, Hans-Joachim, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 17. Dezember
Klein, Gerd Rainer, aus Neuhäuser, Kreis Samland, am 19. Dezember
Krupka, Günter, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember
Möller, Ernst, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. Dezember

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Termine der LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg.
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Hörfunk & Fernsehen

Sonntag, 18. Dezember, 13.25 Uhr, 3sat: Peter Voß fragt Henryk M. Broder.
Sonntag, 18. Dezember, 2.35 Uhr, Das Erste: Das Lager – Wir gingen durch die Hölle. Kriegsfilm, GB/RUS 2008.
Montag, 19. Dezember, 0 Uhr, Das Erste: Der Silvester-Schock – Eine Nacht verändert Deutschland. Dokumentation, D 2016.
Dienstag, 20. Dezember, 12 Uhr, BR: Käthe Kruse. TV-Biografiedrama, D/A, 2015.
Mittwoch, 21. Dezember, 21.45 Uhr, 3sat: Willkommen in Potsdam. Stadtporträt, D 2008.
Mittwoch, 21. Dezember, 20.15 Uhr, Tele 5: Merry Christmas. Kriegsmelodram, F/D 2005.
Mittwoch, 21. Dezember, 22.15 Uhr, Servus TV: Balsac – Ein Leben voller Leidenschaft (1/2). TV-Biografiedrama, F/D/I 1999.
Donnerstag, 22. Dezember, 20.15 Uhr, Kabel eins Doku: Die Ermordung des Jesse James durch den Feigling Robert Ford. Western, USA 2007.
Freitag, 22. Dezember, 13.30 Uhr, ZDFinfo: Rasputin – Mord am Zarenhof. Dokumentation, D 2006.
Freitag, 23. Dezember, 21.02 Uhr, Tagesschau24: Geheimnisvolle Orte (79): Stettin.
Freitag, 23. Dezember, 23.15 Uhr, Tagesschau24: Junge Tschechen und die sudetendeutsche Vergangenheit.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

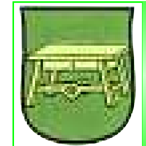
Heimatpolitische Tagung

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das Jahr 2017 bei unserer traditionellen heimatpolitischen Tagung am 18. und 19. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme) einleiten. Zu dieser Auftaktveranstaltung in der Theodor-Heuss-Schule (Gerberstraße 16, neben dem Ratsgymnasium) laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg, alle geschichtlich und kulturell Interessierte aus nah und fern herzlich ein. Für die Tagung konnten wir erneut herausragende Referenten gewinnen.

Am Sonnabend, 18. Februar, ist die Mensa der Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Professor Udo Arnold die Tagung mit seinem Vortrag „Vom Ordensland zum Herzogtum Preußen als erstes protestantisches Fürstentum“ eröffnen. Danach wird Oberstudiendirektor a.D. Hans-Jürgen Kämpfert referieren. Sein Thema: „Nicolaus Copernicus aus Thorn an der Weichsel. – Leben und Werk als Domherr in Frauenburg, als Arzt, Diplomat und weitbekannter Astronom.“ Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen.

Am folgenden Sonntag, 19. Februar, setzen wir die Tagung um 9.30 Uhr in der Schule fort. Oberstudiendirektor a.D. Dr. Walter Jarecki wird über die „Reformation in Norddeutschland“ referieren. Im Jahr des Reformationsgedenkens werden den Tagungsteilnehmern auch neue Sichtweisen im Gedächtnis bleiben. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen, werden bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Keine Fusion

Liebe Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft, den neuen gemeinsamen Heimatbrief mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg werden Sie inzwischen bekommen haben. Wegen sehr später Angabe der Daten und erweiterter Vorworte ist auf Seite 46 unter „Termine der Heimattreffen 2017“ an zweiter Stelle ein falsches Datum angegeben. Statt 13. September muss es richtig 13. Mai heißen, wie auf der letzten Umschlagseite richtig aufgeführt. Ich bitte das zu entschuldigen und gleich zu berichtigen, damit es nicht zu Enttäuschungen kommt.

Nach längeren Überlegungen haben sich die Nachbarn nun doch entschlossen, von einer Fusion der Kreisgemeinschaften Abstand zu nehmen, es bleibt aber bei einer möglichst engen Zusammenarbeit auf allen möglichen Gebieten, wobei Verlässlichkeit und Pünktlichkeit unverzichtbar sind.

Von drei gemeinsam angebotenen Reisen in die Kreisgebiete findet die erste vom 8. Bis 17. Juni statt. Der Bus fährt von Wuppertal mit Zustiegsmöglichkeiten über Bielefeld, Hannover, Hamburg und Kiel zur Fähre nach Memel (Klaipeda). Nach der Ankunft am zweiten Tag fahren wir auf die malerische Kurische Nehrung über Schwarzort und Nidden vorbei an alten Fischerhäusern und mondänem Kurbetrieb zur großen Düne mit weitem Blick über Haff und Ostsee.

Der dritte Tag beginnt mit einer Stadtrundfahrt in Memel. Über Heydekrug (Silute), Pogegen, Luisenbrücke und Rombinuspark geht es entlang der Memel bis Jurbakas, dann weiter nach Kurdios-Naumestis mit dem Schirwindt-Museum. In der sehenswerten litauischen Kreisstadt Marjampole (Scheschuppe) wird übernachtet.

Am 4. Tag fahren wir zum Wystiter See nach Wystiten und über den Baltischen Höhenrücken und Kybartai zum Grenzübergang nach Eydtkau und weiter über Nesterov (auf Wunsch Hotel Moskau) nach Trakehnen zum Gasthaus Alte Apotheke.

Am 5. oder 6. Tag können die Heimatorte besucht werden. Das offizielle Programm bringt die Führung durch Trakehnen mit Tempelhüter-Standbild und Museum im Landstallmeisterhaus, danach Rundfahrt durch den nördlichen Kreis über Nesterov (Stadtmuseum) bis Schloßberg und weiter nach Gumbinnen zur Salzburger Kirche und Friedrichschule mit dem berühmten Fresko. Rückfahrt über Walterkehmen nach Trakehnen.

Am 6. Tag geht es in das südliche Kreisgebiet, nach Schloßbach, Wenzbach, am Westufer des Wystiter Sees durch die Rominter Heide zum neuen Museum von Groß-Rominten. Forsthaus Warnen, Birkenmühle und Tollmingen mit Donelaitismuseum liegen am Wege. Abends gibt es Speisen vom Grill und ein folkoristisches Programm.

Das erste Ziel am 7. Tag ist Insterburg, eventuelle Fotopause am Gestüt Georgenburg, dann weiter zur Stadtrundfahrt nach Königsberg. Anschließend ist die Hafenstadt Pillau im Visier, wenn die erforderliche Genehmigung erteilt wird, sonst Übernachtung in Rauschen nahe dem Bernsteinstrand.

Den 8. Tag führt die Reise entlang des Frischen Haffs zur russisch-polnischen Grenze bei Heiligenbeil, weiter über Braunsberg und Frauenburg (Nikolaus Kopernikus) durch die Weichselniederung nach Danzig mit möglichem Abendbummel an der Mottlau.

Die Kathedrale in Oliva ist das erste Ziel am 9. Tag. Mit den Klängen der großartigen Orgel im Ohr fahren wir über Karthaus (Kartusy) über die kaschubische Seenplatte und durch das Pommernland zur Hauptstadt Stettin mit Stadtrundfahrt und letzter Übernachtung.

Nach der Stärkung am Frühstücksbuffet überqueren wir die deutsch-polnische Grenze und gelangen über die A 20 zu den Einstiegsorten zurück. Einzelheiten erfahren Sie bei unserem Mitglied Gerhard Scheer über Telefon (0202) 500077. Diese Reisen sind derzeit die einzige Möglichkeit, Hilfsgüter über die Grenze zu bringen. Jeder Mitreisende tut schon dadurch ein gutes Werk.

Nach über zwölf Jahren gibt Margarete Malchow aus gesundheitlichen Gründen ihr Amt als Kirchspielvertreterin für Birkenmühle/Mehlkehmen ab. Die Kreisgemeinschaft dankt ihr und ihrem Ehemann Fritz für die jahrelang in Treue zur Heimat geleisteten Dienste, für humorvolle Auftritte in ostpreußischer Mundart sowie ihr ausgleichendes Wesen in schwieriger Zeit. Das Kirchspieltreffen am 28./29. Mai in Offen/Bergen, Hotel Michaelishof, will sie nach Möglichkeit noch durchführen. Den Schriftverkehr für das Kirchspiel Birkenmühle übernimmt ab 1. Januar 17 der Kreisvertreter, Anschrift siehe oben. *Gerhard Kuebart*





Heiligenbeil: Gratulation vom Vorstand. Brunhilde (oben links, neben Elke Ruhnke) und Siegfried Schulz feiern Goldene Hochzeit Am 16. Dezember 1966 gaben sich beide das Ja-Wort (rechts) Bild: privat

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Einladung zum Sondertreffen

Liebe Landsleute, liebe Ostpreußenfreunde, es wurde wieder vielfach der Wunsch geäußert , dass ich unser beliebtes Sondertreffen Zinten-Land in Altenau/Harz für 2017 organisiere.

Als Gruppe werden wir wieder alleine in der kleinen gemütlichen Pension sein. Wir pflegen die Verbundenheit zu unserer ostpreußischen Heimat und dazu lade ich Sie alle recht herzlich Ende April 2017 in die Pension Quellenhof an der Schwefelquelle in Altenau ein. Termin: Freitag 21. April (Abendessen) bis Sonntag 23. April, (Frühstück).

Mit dieser Einladung möchte ich alle Landsleute mit ihren Ehebeziehungsweise Lebenspartnern aus unserem Kirchspiel ansprechen. Auch jüngere Jahrgänge, die unsere geliebte Heimat selbst nicht mehr erlebt haben sind herzlich bei uns willkommen Sollten Sie Bedenken haben niemanden zu kennen so vergessen Sie bitte nicht, dass uns unsere gemeinsame ostpreußische Heimat verbindet. In froher Runde können wir uns kennenlernen und es gibt immer etwas Neues aus unserer Heimat zu berichten.

Sie alle ob jung oder schon etwas älter, sind in unserer Runde herzlich willkommen. Über Beiträge zur Gestaltung unseres Programms mit Geschichten, Gedichten, Spielen, Filmen oder anderem würde ich mich sehr freuen.

Weitere Information zu unserem Treffen:

Treffpunkt ist die Pension Quellenhof, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau, Telefon (05328) 2029993 E-Mail: info@quellenhof-altenau.de Die Pension Quellenhof bittet um direkte Anmeldung bis zum 21. Januar unter „Gruppe Lenz“. Ich wäre Ihnen sehr dankbar wenn ich auch über die Anmeldung kurz informiert werde. Der Preis für diese zwei Tage mit Halbpension und Kurtaxe beträgt 82 Euro pro Person. Reiserücktrittsversicherung und Trinkgeld sind im Preis nicht enthalten. Bei Anreise per Bahn ist Goslar der Zielbahnhof. Ein Anruf in der Pension genügt. Herr Schoemaker holt die Gäste gegen einen kleinen Betrag ab.

Ich freue mich auf Eure/Ihre Zusagen. *Irmgard Lenz, Kirchspiel- und Ortsvertreterin (Robitten und Maggen), Telefon (07542) 4649, E-Mail: lengard36@t-online.de*

Der Vorstand gratuliert

Eine Laudatio zur goldenen Hochzeit von Siegfried und Brunhilde Schulz* Kammler am 16. Dezember

Johann Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt: „Das ist der Liebe Zaubermacht, dass sie veredelt, was ihr Hauch berührt. Der Sonne ähnlich, deren goldener Strahl Gewitterwolken selbst in Gold verwandelt.“

Wieder einmal der Beweis, dass eine Ehe zwischen Sauerländern und Ostpreußen hält, und das nun schon seit 50 Jahren. Aus Erzählungen des Jubelpaares kann ich berichten, es war nicht immer leicht in der damaligen Zeit. Viele Stolpersteine mussten erst aus dem Weg geräumt werden. Am 16. Dezember 1966 wurde im ganz kleinen Familienkreis geheiratet. Fünf Jahre später wurde das Familienglück mit der Geburt des Sohnes Oliver komplett.

Auch beruflich war man stets miteinander verbunden, denn beide hatten ihren Arbeitsplatz bei der Firma Fuchs in Meinerzhagen. So verging die Zeit – nun seid ihr beide im wohlverdienten Ruhestand, aber ein gemeinsames Hobby verbindet euch ebenfalls – die ehrenamtliche Arbeit für die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil.

Aber am schönsten ist es doch für die Großeltern, wenn Enkel „Peterchen“ aus Frankreich mal wieder für einige Tage zu Besuch

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

kommt. Wir wünschen euch noch recht viele gemeinsame Jahre sowie viele Momente des Glücks.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert recht herzlich zur goldenen Hochzeit. Möge die Liebe und Gottes Segen Euch auch weiterhin immer begleiten.

Elke Ruhnke, Kreisvertreterin, stellvertretend für den Vorstand



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Jeder zweite Donnerstag im Monat, Café Rebecca, Matthias-Claudius-Kirche, Kiel-Suchsdorf: Gemeinsames Treffen. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Schwerin – Sonnabend, 17. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de.

KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Endlich ein Neudruck



Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944 – 1945“ (Foto) vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Dieser liegt nun vor.

Das Werk ist bereits im Samländischen Heimatbrief im Herbst 2014 und im Frühling 2015 von Dr. Bärbel Beutner eingehend und mit viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechungen zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.

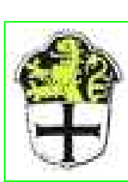
In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewsli, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollen die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen. Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und anderen Orten geschildert. Jede, militärische Einheit jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brükke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“ Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln, und Presseartikel aus der Preußischen Allgemeinen Zeitung sowie Briefe und Zeitzeugnisse.

Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Holztonnendecke wird restauriert

Unter der bewährten Leitung des Architekten Sabuga wurde in der Kirche Mühlhausen in diesem Herbst wieder mit Hochdruck gearbeitet, Das ganze Langhaus wurde eingerüstet, um an der Tonnendecke arbeiten zu können. Dann befreiten die Arbeiter die Holztonne von der darüber liegenden Lehm-Stroh-Schicht, die im Jahr 1906 zur Wärmeisolierung aufgetragen worden war. Die Isolierung ist nicht mehr nötig, weil an die Stelle der 1906 eingerichteten Warmluftheizung Bankheizungen getreten sind, weil sie zudem die Bildung von Kondenswasser an der Deckenbemalung förderte und einen unnötigen Druck auf Dachstuhl und Seitenwände ausübte. Sodann wurden durch Regenwasser geschädigte Stellen neu verbrettert und somit alles vorbereitet, damit im nächsten Sommer die Restauratoren die gesamte Malerei wieder herstellen können. Dies kann im Hinblick auf die Farbchemie nur in der warmen Jahreszeit geschehen. Deshalb hat der Geldgeber – die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien – von der üblicherweise geltenden Jährlichkeit der Projekte eine Ausnahme gemacht und die Durchführung in zwei Haushaltsjahren gestattet. Jetzt kann in der Kirche auch ohne Zeitdruck der geplante feierliche Gottesdienst zum Reformationsjahr am 16. September 2017 abgehalten werden.

Achtung, Termin vormerken!

Unser Kreistreffen findet im Jahr 2017 nicht wie bisher am dritten Septemberwochenende, sondern am 30. September und 1. Oktober statt. Einzelheiten später, im Preußisch Eylauer Kreisblatt bzw. an dieser Stelle.



Preußisch Eylau: Viel zu tun gibt es in der Kirche Mühlhausen. Das ganze Langhaus wurde eingerüstet, um an der Tonnendecke arbeiten zu können Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Winfried Knocks wird 70

Am 29. Juni dieses Jahres konnte man in der „Neuen Osnabrükker Zeitung“ einen Bericht über Auszeichnungen für langjährige Mitglieder des Rates der niedersächsischen Stadt Fürstenau lesen. Der Bürgermeister ehrte unter anderem Winfried Knocks für seine 40-jährige Tätigkeit im Stadtrat und in vielen anderen politischen Funktionen und Gremien. In allen Ämtern habe er sich bewährt, betonte der Bürgermeister.

Diesen Mann in seinen Reihen zu haben, kann der Kreistag der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit sich glücklich schätzen! Auf der schönen Insel Rügen wurde Winfried Knocks 1946 geboren – allerdings im Keller des Gutshauses Losentitz, wohin das Schicksal seine Mutter und seine Geschwister nach der Flucht aus Kraupischken/Breitenstein im Herbst 1944 verschlagen hatte. Der Vater stieß im Sommer 1945 zur Familie, und man entschloss sich im November 1947, der SBZ den Rücken zu kehren und sich gen Westen zu wenden. Nach mehreren Lageraufenthalten fand man im lippischen Detmold eine neue Heimstatt. Hier ging Winfried zur Schule und ließ sich zum Vermessungstechniker ausbilden. Nach der Bundeswehrzeit (Leutnant der Reserve) studierte er in Bochum Vermessungstechnik und schloß mit der Ernennung zum Diplom-Ingenieur ab. Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2010 war er im vermessungstechnischen Dienst der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung tätig. Seit 45 Jahren lebt er mit seiner Frau in Fürstenau, einer kleinen Stadt nördlich von Osnabrück. Die erwachsenen Kinder des Ehepaares sind längst nicht mehr im Haus.

Im reifen Mannesalter eigentlich erst interessierte Winfried sich für die Heimat seiner Eltern. Wiederholt bereiste er das dreigeteilte Ostpreußen, und seit einigen Jahren beschäftigt ihn die Erforschung der Geschichte seiner Familie.

Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Berufsleben und aus der aktiven Politik hat Winfried sicher keine Langeweile, denn für den örtlichen Heimatverein organisiert er Wanderungen, und das Amtsgericht bestellte ihn zum rechtlichen Betreuer älterer Mitbürger.

Im Oktober 2011 schloss er sich der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit an und war bis zum September 2015 für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Seitdem ist er für die Geschäftsführung verantwortlich, verwaltet die Dateien der

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18



Tilsit-Ragnit: „In allen Ämtern bewährt“ – Geschäftsführer Winfried Knocks feiert am 20. Dezember seinen Geburtstag Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

Kreisgemeinschaft und regelt den Bücherversand.

Welches waren noch die Worte seines Bürgermeisters? „In allen Ämtern hat er sich bewährt.“ Diese Aussage wollen wir Tilsit-Ragniter gern unterstreichen. Wir gratulieren Winfried Knocks herzlich zu seinem Geburtstag. Am 20. Dezember wird er 70 Jahre.

Dieter Neukamm.
im Namen des Kreistages

Auf Winterreise, Teil II

Während eines Besuches von Dieter Neukamm im Juli in Ostpreußen lud Jurij Userzow – Direktor der Schule in Breitenstein und des dort befindlichen Ostpreußenmuseums – zur 70jährigen Jubiläumsfeier des Bestehens der Schule und der 35-Jahr-Feier des in der Schule befindlichen ostpreußischen Museums im November ein.

So starteten Kreisvertreter Dieter Neukamm und Schatzmeister Helmut Subroweit am Morgen des 15. Novembers zu einer achttägigen Reis1e nach Ostpreußen. Viel wurde dabei gesehen, beredet, angestoßen und erlebt, viel gibt es jetzt darüber zu erzählen. In drei Teilen erzählt Helmut Subroweit an dieser Stelle von der Tour. Hier die zweite Folge.

Freitag, 18. November

Um 12 Uhr begann der Höhepunkt unserer Visitation. Das Jubiläumsfest startete in der Turnhalle der Schule. Für alle, die es noch nicht wissen, hier noch einmal etwas zu den Hintergründen.

Der Schulleiter: Jurij Userzow und seine Verdienste, insbesondere für das von ihm aufgebaute Ostpreußenmuseum in den Räumen der Schule wurden bereits mehrfach im Heimatbrief „Land an der Memel/Tilsiter Rundbrief“ und auch im Ostpreußenblatt, Nr. 47 vom 25. November ausführlich dargestellt und gewürdigt.

Die Schule: Sie besteht seit dem 30. Oktober 1946. Der erste Unterricht fand am 17. November 1946 statt. Sie hat aktuell 177 Schüler bis zur Jahrgangsstufe 10 aus Breitenstein und den benachbarten Kreisen. Sie werden von 27 Lehrkräften unterrichtet. 13 ehemalige Schüler sind jetzt selbst als Lehrer an der Schule tätig. Deutsch wird als einzige Fremdsprache von Eduard Wasiljewitsch und seiner Frau Jelena Pawlowna Politiko unterrichtet.





Oben: Dieter Neukamm (2. v. l.) übergibt die gerahmte Luftbildaufnahme von Lütjenburg an Jurij Userzow
Unten: die Folkloregruppe aus Insterburg Bilder (2): Jakov Rosenblum

Es gibt einen langjährigen Schüleraustausch zwischen Schülern aus Lütjenburg und der Partnergemeinde Breitenstein (Uljanovo). Dieser Austausch wird in besonderem Maße gefördert von der Paten- und Partnerschaftskommission Lütjenburg unter Vorsitz von Volker Zillmann.

Das Museum: Es besteht seit 35 Jahren und wurde ständig erweitert. Die Exponate sind in den Schulfluren und drei Räumen ausgestellt. Zu sehen sind zahlreiche Sammelstücke aus der deutschen Vergangenheit, ergänzt durch einen reichhaltigen Bestand an Fotos und Bildmaterial zu Dorfansichten, Landschaften, Kultur und Leben.

Beachtenswert ist die Sammlung von schriftlichen Dokumenten und Aufzeichnungen über ostpreußische Kirchspiele, ergänzt durch die Siedlungsgeschichte Ostpreußens, auch zum Beispiel der Salzburger Emigranten. Auch Funde aus dem ersten Weltkrieg sind zu sehen, da auch hier in Ostpreußen Kämpfe stattgefunden haben.

Die Feier: Die etwa 60 geladenen Gästen wurden durch ein buntes Programm mit verschiedensten Darbietungen erfreut und unterhalten. Den Auftakt gestaltete eine russische Folkloregruppe aus Insterburg, die sofort ein Feuerwerk an Klang und Farbe entzündete und die Besucher mitriss, so dass die Aufmerksamkeit für die anschließende Vorstellung der Gäste und die Begrüßungsreden geweckt war.

Die Liste der Redner und Gratulanten war lang. Dabei waren ein Vertreter des litauischen Konsulats, eine leitende Mitarbeiterin der oberen Schulverwaltung aus Kaliningrad, die Schulrätin, Schuldirektoren der benachbarten Schulen, Leiterinnen verschiedener Museen, ein Vertreter des im Bau befindlichen Atomkraftwerkes, Vertreter von Politik und Administration der Stadt und des Rayon Neman, namentlich die Bürgermeisterin Natalia Saizewa. Die Abordnung von drei Kosaken in ihrer traditionellen Uniform mit Säbel und Peitsche, angeführt von einem Ataman, bildeten einen imposanten Blickfang. Sie überreichten dem Schuldirektor als Geschenk eine Reiterpeitsche, die allerdings nicht für die Schüler verwendet zu werden braucht, da dies in russischen Schulen wegen der hohen Disziplin nicht notwendig ist.

Beeindruckend waren die perfekten Darbietungen der einzelnen Schülergruppen, angefangen von der schuleigenen Zirkusschule mit Akrobatik, Seiltanz, Einradfahren über Gesangseinlagen bis hin zum Kadetten-Walzer der Kunstschule aus Ragnit. In seinem Grußwort zur Jubiläumsfeierm stellte Dieter Neukamm die Ziele und Aufgaben der Kreisgemeinschaft vor. Insbesondere erwähnte er die guten Beziehungen, die die Kreisgemeinschaft zu den jetzt russischen Orten des Rayons Neman unterhält. Herauszuheben seien dabei die freundschaftlichen Bindungen zur Schule in Uljanovo und das besondere Interesse und die Unterstützung für das Museum. Die Bindungen würden noch verstärkt durch die Partnerschaft Lütjenburg-Uljanovo und den deutsch-russischen Schüleraustausch, unterstützt durch die Arbeit der Paten- und Partnerschafts-Kommission in Lütjenburg mit ihrem Vorsitzenden Volker Zillmann. Als Ausdruck der engen Verbindung wurde eine gerahmte Luftbildaufnahme der Stadt Lütjenburg feierlich überreicht. Sie wird in einem Klassenraum der Schule ihren Platz finden.

Neukamm wies insbesondere darauf hin, dass auch die Beziehungen zwischen der Kreisgemeinschaft und die Partnerschaft zwischen Uljanovo und Lütjenburg aktive Bestandteile deutsch-russischer Aussöhnung und Freundschaft seien. Es wurde auch ein Grußwort der Kirchspielvertreterin von Breitenstein/Kraupischken Katharina Willemer verlesen, das dankenswerterweise bereits von Frieda Schlegel, Russischlehrerin in Lütjenburg und Inhaberin der silbernen Ehrennadel der LO ins Russische übertragen worden war. Katharina Willemer hat in ihrem Grußwort die besonderen Verdienste von Jurij um die Schule und den Aufbau des Ostpreußenmuseums in Breitenstein gewürdigt. Sie brachte aber auch wie später ebenso Dieter Neukamm ihre Sorge um die Zukunft des Museums zum Ausdruck. Es ist ungewiss, ob das Museum nach Ausscheiden des Schulleiters seinen angestammten Platz in der Schule behalten kann.

An dieser Stelle sei auch Eduard Politiko für seine hervorragende Übersetzung der Worte des Kreisvertreters und den Vortrag des Grußwortes von Katharina Willemer gedankt. Die Kreisgemeinschaft überreichte dem Schulleiter eine Kaffeemaschine, die sich das Lehrerkollegium gewünscht hatte, nebst Kaffee für die nächsten Lehrerkonferenzen. Den Abschluss der Feierlichkeiten bildeten die Dankesworte des Schuldirektors.

Sonnabend, 19. November

An diesem Morgen war Gelegenheit, dem Museum unsere Aufwartung zu machen. Hieran schloss sich eine Gedenkminute mit einem Blumengruß im Namen der Partnerschaftskommission Lütjenburg am deutschen Soldatenfriedhof an. Auch am sowjetischen Ehrenmal wurde der Gefallenen gedacht.

Mittags hatten Neukamm und Subroweit die Gelegenheit, in Ragnit das vorzüglich renovierte „Deutsche Haus“ mit der angeschlossenen Käserei zu besuchen. Seit 2013 hat der jetzige Besitzer, Ivan Artyukh, in akribischer Kleinarbeit das ursprünglich 1792 erbaute Gebäude nach Vorbildern aus dem Bildarchiv Ostpreußen aus dem Schutt in 13-monatiger Bauzeit wieder auferstehen lassen. Das schon jetzt bestehende Restaurant soll weiter zu einem Hotelbetrieb mit 24 bis 36 Betten ausgebaut und im Sommer 2017 eröffnet werden.

Das Restaurant verfügt durch geschmackvolle Einrichtung und Mobiliar sowie perfekten Service über einen hohen Standard. Ein Schmuckstück ist die hinter dem Haus in unmittelbarer Nähe der Ruine des Ragniter Ordensschlos-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

»Ostpreußen sind wir und vergessen nicht«

Mit einer großen Feier erinnerte der Wiebadener Kreisverband an den 23. Mai 1946, den Tag seiner Gründung



Feierten mit Dieter Schetat (2.v.l.) und seinen Wiesbadener Ostpreußen: die Landtagsabgeordnete Astrid Wallmann, Festredner Wolfgang Nickel und Staatssekretär Ingmar Jung (v.l.)



„Wir werden weniger, aber ...“: Dieter Schetat begrüßt die Gäste. Neben ihm auf der Bühne der Frauenchor der Landsmannschaft Bilder (2): privat

Solange es Hessen in seiner heutigen Form gibt, solange gibt es die Landsmannschaft der Ost - und Westpreußen in Wiesbaden – sogar noch sechs Monate länger. Am 23. Mai 1946 wurde sie gegründet, drei Jahre, bevor in Frankfurt Gleiches geschah. Noch immer ist der Wiesbadener Kreisverband der größte in Hessen – und doch kommt man auch in der Landeshauptstadt nicht an der Erkenntnis vorbei, dass der Erlebnisgeneration, wie es Vorsitzender Dieter Schetat ausdrückt, „die Biologie zu schaffen macht“.

Schetat, selbst 77, gehört noch zu den vergleichsweise jüngeren Ostpreußen – man kann es sich leicht ausrechnen. Hoch in den Achtzigern, ja gut über die Neunzig sind viele, die bei der Feier zum 70-Jährigen Bestehen des Verbands den Saal im Haus der Heimat füllen: „Wir werden weniger“, sagt der gebürtige Tilsiter, „aber das soll uns nicht abhalten, unsere Arbeit fortzusetzen, den Weg der Landsmannschaft weiterzugehen mit dem Ziel, jüngere Menschen zu erreichen und für unsere Heimat zu interessieren, die bislang nur wenig Kontakt mit diesem Land hatten.“

Der Vorsitzende erinnert gern daran, dass in Wiesbaden ein Freundeskreis der Ostpreußen schon vor dem Krieg, vor Flucht und Vertreibung, bestanden hat. Die Liebe zu dieser Landschaft weit im Nordosten und das Interesse an ihrer Geschichte zu wecken, das kulturelle Erbe zu bewahren, es wird dennoch mit jedem Jahr schwieriger. Ja, es ist die schwerste Aufgabe, die Tatsache dauerhaft im Bewusstsein junger Menschen zu verankern, dass die Kultur der Ost - und Westpreußen Teil der gesamten deutschen und europäischen Kultur ist, und auf diese Weise eine Bekenntnis-Generation zu schaffen.

Der vor sieben Jahren gestorbene Heinz Adomat, Vater der Wiesbadener Schuldezernentin Rose-Lore Scholz, hat einst einen Text über die „Verklingende Sprache“ verfasst. Als die 94-jährige Königsbergerin Lieselotte Paul den nun vortrug, wurde dieses Verklingen hörbar. Es dauert nicht mehr lang, da wird der Dialekt allenfalls in Tonarchiven lagern und in Bücherregalen ruhen.

Den größten Schatz, den die Ostpreußen haben, um neue Freunde zu gewinnen, ist der Reiz der Landschaft – von der Ostsee und der Kurischen Nehrung bis zu den masurischen Seen. Festredner Wolfgang Nickel, gebürtiger Nauroder, hat bei Diavorträgen und via Fernsehen eine Ahnung davon bekommen, „wie schöne ihre Heimat war“. Sie ist es freilich noch immer. Geografische und politische Entlegenheit hat sie an vielen Stellen über Jahrzehnte vor dem bewahrt, was andernorts wirtschaftlicher Aufschwung und Massentourismus angerichtet haben.

Ein Freundeskreis schon vor dem Krieg

Es war den gerade vertriebenen und geflüchteten Ost- und Westpreußen sehr schnell bewusst, dass sie nur im Rahmen einer neuen und friedlichen Koexistenz der Völker eine Chance haben werden, ihre Heimat wiederzusehen. noch einmal zu erleben. In der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 wurde mit dem postulierten Gewaltverzicht eine wichtige Voraussetzung geschaffen.

Die unzähligen Reisen der Landsmannschaften und ihres „Deutsch-Europäischen Bildungswerks“ vor allem in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten tragen, wie Schetat betont, nicht nur dazu bei, über die Grenzen hinweg menschliche Kontakte zu knüpfen, sondern auch zum „Erhalt des Wissens über die Kultur- und Siedlungsgeschichte“.

Schetat erwähnt ein Zusammentreffen mit dem 1955 im einstigen Königsberg geborenen und heute an der Kaliningrader Universität lehrenden Professor Vladimir Gilmanov. Und er zitiert den Russen: „Wir waren nicht immer Gegner. Wir dürfen nicht Gegner sein.“ Gilmanov sei der Meinung, dass „unsere Länder eigentlich zusammengehören“. Und der Vorsitzende forderte auch von deutschen Politikern mehr Verständnis für die russische Seele, die sich gekränkt fühlt von dem hier verbreiteten Feindbild. „Ich habe da Verständnis. Aber vielleicht habe ich auch selbst ein bisschen von der russischen Seele.“

Die Frage bleibt, welchen Einfluss auf nachbarschaftliches Zusammenleben und das dazu nötige Erinnern die Heimatvertriebenen noch haben werden. „Ostpreußen sind wir – und vergessen nicht“, zitierte Margitta Krafczyk aus einem Text von Ernst Georg Wichert. Aber was, wenn es die Ostpreußen nicht mehr gibt? „Ob wir unser 75. Jubiläum in diesem Rahmen noch feiern – wer weiß?“, schloss Dieter Schetat. „Das wollen wir unserem lieben Herrgott überlassen, ob er uns die Kraft noch gibt.“

Zu der Feier waren als Gäste gekommen: Staatssekretär Ingmar Jung als Schirmherr, die Landtagsabgeordneten Horst Klee und Astrid Wallmann, Stadtrat Oliver Franz in Vertretung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden, Stadtrat Markus Gaßner, Georg Stolle vom BdV-Landesverband Hessen und Manfred Laubmeyer BdV-Kreisverband Wiesbaden sowie Gerhard Schröder vom Vorstand des LOW-Landesverbandes Hessen.

Heinz-Jürgen Hauzel

Mit freundlicher Genehmigung aus dem „Wiesbadener Tagblatt“

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

ses entstandene Käserei mit alter deutscher Backsteinfassade und historischer Beschriftung. Die Käseproduktion hat einen hohen Standard. Ivan Artyukh hat sich von deutschen und schweizer Fachleuten ausbilden und beraten lassen. Erfreulich ist auch, dass die Milch aus heimischer Produktion bezogen werden kann. Der erhebliche Investitionsaufwand kann durch den Unternehmer nur dadurch erbracht werden, dass er gleichzeitig eine Wäscherei und Reinigung betreibt. Es bleibt zu hoffen, dass die bemerkenswerte unternehmerische Initiative von Erfolg gekrönt und auch von der heimischen Bevölkerung gut angenommen wird. Ivan Artyukh hat den Wunsch, Käserei und Hotel als Beispiel von gelungener Aufbauarbeit einem größeren Publikum in Deutschland, zum Beispiel bei Ostpreußentreffen, vorzustellen.

Ein Dank soll an dieser Stelle Ludmilla Gulajeva, der Leiterin des Chores „Cantabile“, ausgesprochen werden, die das Gespräch mit Ivan dolmetschte. Sie vermittelte auch den anschließenden Kontakt mit dem ehemaligen Landrat Sergej Ledenjov, der verschiedene höhere politische Positionen hatte und hat. Das Treffen fand bei ihm und seiner Frau Ludmilla in ihrem Wohnhaus in Ragnit statt.

Ledenjov zeigte sich sehr an der Arbeit der Kreisgemeinschaft interessiert, die ihm durch frühere Kontakte bereits bekannt war. Neukamm wies in dem Gespräch mit dem Politiker auf die Problematik der Zukunft des Museums in Uljanovo hin. Ledenjov sagte seine Unterstützung zu und war der Ansicht, dass das Museum zukünftig zur Bestandssicherung einen „Status“ erlangen müsse, der von mehreren Personen unter Einbeziehung der Administration gesichert werden sollte. Die vorzügliche Bewirtung durch die Gastgeber bei diesem „Arbeitsessen“ soll mit einem Dank nicht unerwähnt bleiben.

Mehr über die letzten drei Reisetage und ein Fazit der Tour lesen Sie in der nächsten Ausgabe der *PAZ*.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

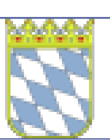
Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Sonnabend, 17. Dezember, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Gemeinsame Weihnachtsfeier der Ostpreußen und Westpreußen in Stuttgart. Gäste sind herzlich eingeladen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 18. Dezember, 15.30 Uhr, Gasthof Krone, 91710 Gunzenhausen: Ein Weihnachtsnachmittag mit Kaffee und Kuchen sowie Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 17. Dezember, 16 Uhr, Orangerie: Heimatliche Weihnachtsfeier mit Liedern, Geschichten und Gedichten aus Postpreußen, Westpreußen, Pommern und Brandenburg. Im Angebot werden auch Kalender, Bücher, Marzipan und weitere ostpreußische Spezialitäten sein.

Bamberg – Mittwoch, 21. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Weihnachtsfeier.

Landshut – Dienstag, 20. Dezember, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Weihnachtsfeier. – Donnerstag, 5. Januar, 12 Uhr; Neujahresessen im Restaurant nach Wahl.

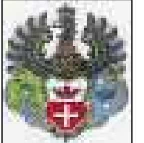


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

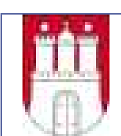


Bartenstein – Anfragen zu gemeinsamen Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 16. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Weihnachtsfeier. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



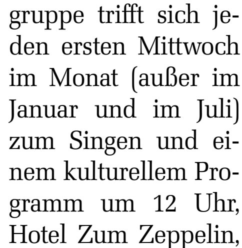


HAMBURG

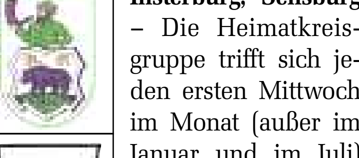
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Mittwoch, 21. Dezember, 11 Uhr, Hamburg Hbf (Kirchenallee/Bussteig): Weihnachtsfahrt nach Lüneburg (Ankunft: 12 Uhr) mit Besuch der Bernsteinausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum. Um 13.15 Uhr ist ein Mittagsessen vorgesehen. Nach 15 Uhr steht ein Besuch des Weihnachtsmarktes auf dem Programm. Er gilt als einer der schönsten Weihnachtsmärkte Norddeutschlands. Gegen 17 Uhr: Rückfahrt nach Hamburg. Alles inbegriffen kostet die Fahrt 15 Euro. Änderungen vorbehalten. Anmeldung und Information unter Telefon (040) 346359, Haus der Heimat, Montags bis Freitags von 10 bis 14 Uhr, Teilfeld 8.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.





HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden (siehe auch Seite 18) – Sonnabend, 17. Dezember, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Vorweihnachtliche Feier. Sie erwarten Kaffee und Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang und Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Holger Saal wollen wir Sie auf das Weihnachtsfest einstimmen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920.

Osnabrück – Freitag, 16. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

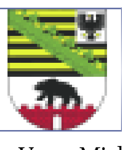
Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule, (Eingang Märkische Straße): Treffen.

Köln – Dienstag, 20 Dezember, 14 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43: Nikolaus-Weihnachtsfeier. Zum Singen von Weihnachtsliedern, zum Hören von alten oder neuen Geschichten und Gedichten treffen wir uns. Leider mussten wir Menü-Gedecke vorbestellen, könnten aber für verspätete Gäste Nachbestellungen noch bis spätestens zum 15. Dezember entgegennehmen (Telefon 0221/7123572).

Neuss – Jeder zweite Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe. – Ostdeutsche Heimatstube in Neuss, Oberstraße 17: Die Heimatstube ist in der Regel am ersten und letzten Donnerstag im Monat von 15. bis 18 Uhr geöffnet,

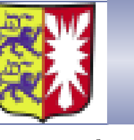
Witten – Montag, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Weihnachtsfeier.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

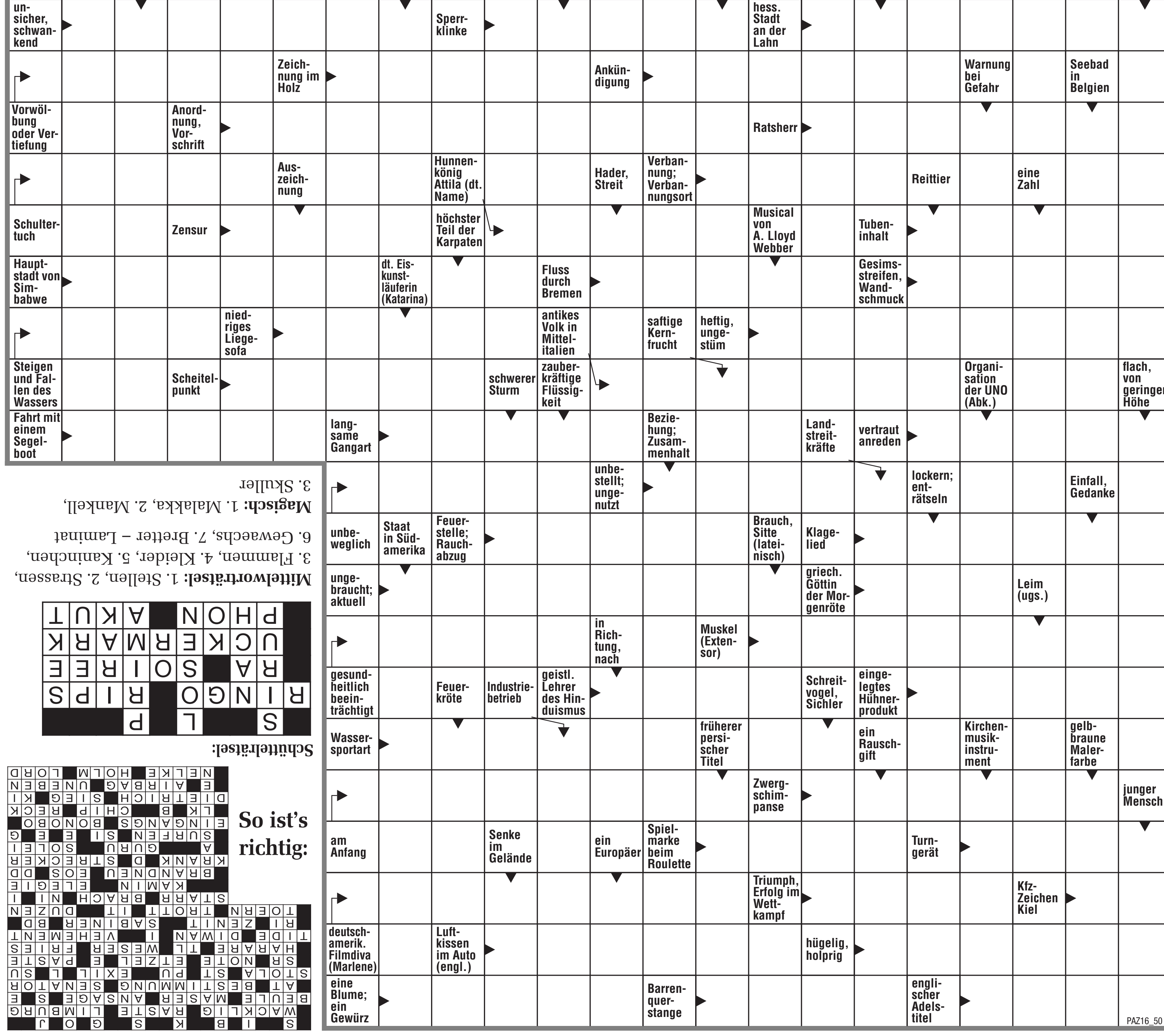
Gardelegen – Freitag, 16. Dezember, 12 Uhr: Weihnachtsfeier mit Programm.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 15. Dezember, 15.30 Uhr, Mensa, Elisabeth-Selbert-Gemeinschaftsschule, Schulstraße 8-10: Adventsnachmittag mit weihnachtlichen Geschichten von Siegfried Lenz und weiteren Schriftstellern der ostpreußischen Heimat – gelesen von Wernfried Lange. Für Mitglieder ist der Adventsnachmittag frei. Nichtmitglieder zahlen zehn Euro. Informationen: Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435, oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.



Schüttelrätsel

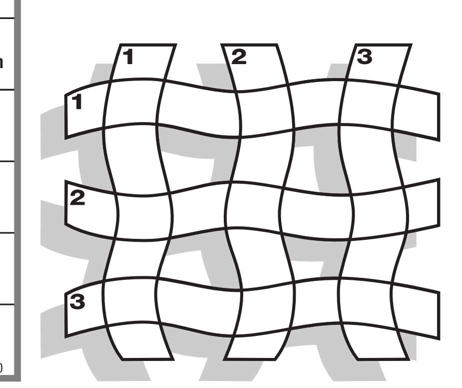
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

IPRSU		ACHN	ELNOS		AIMPR		AIKR	EPRU	EKST
					IPRS				
GINOR			EEIORS						
ACEKKMRRU									
HNOP					AKTU				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Art von Bodenbelag.

1	BAU								PLAN
2	FERN								FEST
3	STICH								MEER
4	BALL								STOFF
5	WILD								STALL
6	ROSEN								HAUS
7	HOLZ								STAPEL



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Malaiische Halbinsel
2 schwed. Krimiautor (Henning)
3 Sportruderer

»Hier gehört er her«

Von Bad Pyrmont nach Lüneburg: Hessenstein, die Trakehnerstatue vom Ostheim, schmückt jetzt das Ostpreußische Landesmuseum

Er ist wieder in gute Hände gekommen! Trakehnerhengst Hessenstein hat am Mittwoch letzter Woche vor dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg sein neues Quartier bezogen. „Einen schönen Platz haben wir gefunden“, freut sich Direktor Joachim Mähnert. Die Pferdestatue steht jetzt neben dem Vortragsraum. Die breite Fensterfront gewährt einen guten Blick auf das Denkmal. Jeder, der das Gelände durch den Haupteingang an der Heiligengeiststraße betritt, hat es ebenfalls sofort im Auge – und Hessenstein ihn. Mit gespitzten Ohren und freundlichem Gesichtsausdruck steht er den Besuchern zugewandt auf seinem neuen Sockel. „Bei uns dürfte er sogar noch mehr Aufmerksamkeit auf sich ziehen als in Bad Pyrmont vor dem Ostheim“, ist Mähnert überzeugt.

1968 war die Bronze-Plastik dort eingeweiht worden. Der im ostpreußischen Mehlsack geborene Bildhauer Georg Fuhg (1898–1976) hat sie für die Landsmannschaft Ostpreußen erschaffen. Modell gestanden hat ihm der damals zehn-

Ein geschütztes Denkmal

jährige Landbeschäler Hessenstein aus dem staatlichen Hengstaufzuchtgestüt Hunnesrück in Hessen. Die Hessenstein-Statue ehrt Ostpreußens einzigartige Vierbeiner-Rasse, die auch heute noch Pferdefans aus aller Welt begeistert. Bei Flucht und Vertreibung retteten Trakehner unzähligen Menschen als ebenso zähe wie mutige Zugtiere, Lastenträger und Reitpferde das Leben. Eine Gedenktafel auf dem Sockel der Statue erinnert daran. „Wir Ostpreußen danken dem Pferde. Unserem treuen Freund in schwerer Zeit“, ist dort unter anderem zu lesen.

Als die Landsmannschaft Ostpreußen im vergangenen Jahr ihr Veranstaltungszentrum in Bad Pyrmont aufgab, war für Mähnert klar, dass Hessenstein ins Landesmuseum gehört. Schließlich wird auch in der neuen Dauerstellung ein Raum der Pferderasse gewidmet sein. „Der Eingang wird eine Nachbildung des berühmten Gestütstores von Trakehnen sein“, verrät er schon einmal.

Die Landsmannschaft stimmte dem Pferde-Transfer als Dauerleihgabe nicht nur zu, sondern übernahm auch die rund 10 000 Euro Kosten für Transport und Neuaufstellung. Daneben war allerdings noch einiger Papierkram fällig. Hessenstein ist ein in Niedersachsen eingetragenes und geschütztes Denkmal. Sein Umzug war genehmigungspflichtig. Auch am Standort in Lüneburg schauten die dortigen Denkmalschützer, ob der Vierbeiner ins historische Häuser-Ensemble passt. Da sich die Behörden Zeit ließen, bekam Hessenstein mehrere Monate lang und sorgfältig zwischengelagert sozusagen eine Auszeit vom Job als Pferde-Ikone. Nun hat ihn die Öffentlichkeit wieder. Die Lüneburger werden sich sicherlich schnell mit dem vierbeinigen Sympathieträger anfreunden.

Frank Horns





Oben: Direktor Mähnert, Abteilungsleiterin Silke Straatmann und Kustos Jörn Barfod als Begrüßungskomitee für den „Neuen“ Bild: Horns
Rechts: Wer kommt da? – Hessenstein steht mit Blick zum Eingangstor Bild: Horns



Das Signum des Künstlers: Der Bildhauer Georg Fuhg fertigte die Bronzestatue im Jahr 1968 Bild: Ralph U. Winkler





Oben: Schnuppert jetzt Lüneburger Luft durch die Nüstern. Hessenstein am neuen Standort. Im Hintergrund der Neubau mit der Fensterfront des Vortragsraumes Bild: Horns
Unten: Abtransport der Statue in Bad Pyrmont. Der Sockel musste aufgebohrt werden, um die Bolzen zu lösen, mit denen die Statue verankert war Bild: Ralph U. Winkler



Sängerherzen schlagen länger

Gib mir ein »A« – Chorgesang verbindet nicht nur, sondern erhöht auch die Lebenserwartung, sagen die Wissenschaftler

In diesen Tagen laufen viele Chöre zur Höchstform auf, um zu den Festtagen in Kirchen und Konzertsälen ihre Oratorien und Weihnachtslieder vorzutragen. Doch die Proben dafür sind ein hartes Stück Arbeit.

Eine zierliche junge Frau steht vor einer Gruppe von zirka 30 Personen, überwiegend im Alter 50 plus. Sie reckt die Arme nach oben, streckt sie nach hinten, lässt sie kreisen. Die Gruppe folgt dem Beispiel und führt die gleichen Bewegungen aus. Bei diesem Bild könnte man an einen Volkshochschulkurs für Rückengymnastik denken. Aber die zierliche junge Frau, Kantorin von Beruf, stellt sich nach diesen Lockerungsübungen an das Klavier und intoniert die ersten Stimmübungen. Su-sa-na, Susaaaaa-na, Suuuuusaaaa-na. Mit jedem Durchgang geht es einen Ton höher hinauf, Tenor und Alt setzen allmählich aus, schließlich ist nur noch der Sopran zu hören.

Lockerungs- und Aufwärmübungen gehören beim Singen im Chor dazu. Zwerchfell, Lunge und Vokaltrakt benötigen eine Vorbereitung. Die Atmung spielt eine große Rolle beim Singen. Das durch Noten und Takte gelenkte Atmen kann dabei durch die kontrollierte Ein- und Ausatmung eine Wirkung entfalten, die mit der von Yoga vergleichbar ist, sagen Forscher der Universität Göteborg. Damit hat Singen das Potenzial die psychische Verfassung zu beeinflussen. Das ist keine neue Erkenntnis, aber immerhin eine Feststellung von Wissenschaftlern, die zeigt: Ja, wer meint, dass Singen glücklich macht, bildet sie das nicht ein.

Im Chor aus dem schleswig-holsteinischen Halstenbek steht das Einstudieren eines neuen Stücks auf dem Programm. „Erst einmal vom Blatt ablesen und mitsingen“, lautet die Aufforderung von Hae-Yon Ko, der Kantorin. Doch beim ersten Durchlauf ist vor allem das Klavier zu hören. Sehr zaghaft und leise setzt hier und da eine Stimme ein. In diesem Moment ist noch nicht vorstellbar, dass das „Agnus Dei“ im Bossa Nova-Stil bereits zu Weihnachten konzertant vorgetragen werden soll. Schließlich übt der Chor nur einmal in der Woche zwei Stunden. Und nicht jedes Mal ist die Gruppe vollständig.

Alt, Sopran, Tenor und Bass üben ihren Part des neuen Stücks zunächst in ein bis zwei Durchgängen getrennt von den anderen Stimmen, dann mit einzelnen anderen Stimmlagen kombiniert, schließlich singen alle miteinander. Dabei vollzieht sich ein wahres Wunderwerk in physischer Hinsicht. Denn beim gemeinsamen Singen im Chor werden nicht nur die Stimmen miteinander in Harmonie gebracht. Studien haben ergeben, dass Chormitglieder, die gemeinsam singen, auch ihre Herzfrequenzen aneinander anpassen. Die Herzen schlagen synchron.

Eine gute Stunde lang wird immer wieder geübt. Einzelne Takte, einzelne Stellen, das erste Drittel. Der Sopran allein. Der Alt mit dem Tenor. Noch einmal der Übergang an Takt 38. Hier hakt es. Stimmen tasten sich an das Lied heran, versuchen den richtigen Ton zu treffen. „Können wir erst einmal diesen Rhythmus erarbeiten?“, kommt der Vorschlag aus der Sängergruppe. „Gut. Singen wir das Lied ohne Text, einfach auf die Silbe Do“, stimmt die studierte Kirchenmusikerin zu.

Zum Einstudieren des Liedes ist diese Übung genauso hilfreich wie für das Training der Stimme. Die positiven Auswirkungen des Singens gibt es obendrauf. Sie sind nicht vom Text abhängig.

Rund 1,4 Millionen Menschen sind in den rund 21000 Chören in Deutschland Mitglied und genießen Woche für Woche den Mix aus Fitnesstraining und Meditation. Diese Zahl nennt der Deutsche Chorverband. Andere Quellen gehen davon aus, dass sogar drei Millionen Menschen aktiv in Chören die Stimme erheben. Allein in Hamburg gibt es mehr als 100 Chöre. Singen im Chor, das Singen als Amateur, hat in Deutschland Tradition und wird in kaum einem Land von einer vergleichbar großen Anzahl an Menschen gepflegt.



Frauenüberhang: Besonders in Laienchören werden Bässe und Tenöre oft händeringend gesucht Bild: Mauritius

Singen ist in jedem Alter gesund und förderlich. Im Vorschulalter begonnen, zeigt sich, dass sich das Denken und die Koordination von Kindern besser entwickeln. Auch wer spät die Freude am Singen entdeckt, profitiert davon, regelmäßig im Chor zu singen. Schließlich haben bereits Ende des letzten Jahrhunderts Forscher herausgefunden, dass Menschen, die regelmäßig in einer Gemeinschaft singen, eine signifikant erhöhte Lebenserwartung haben. Oft ist die Einstellung „ich kann nicht singen“ Schuld, wenn gar nicht erst versucht wird, in einer Gesangsgruppe mitzuwirken. Wer in der Schulzeit im Musikunterricht beim einzelnen Vorsingen das Urteil „trotz Hilfe falsch“ zu hören bekommen hat, wird als Erwachsener kaum das Selbstvertrauen haben, bei einem Chor vorzusprechen und zu sagen, „ich würde auch gerne mitsingen“.

Doch die Hemmungen sind unbegründet. Wer nicht gerade die Aufnahme in einen Kammerchor sucht, muss heute nicht einzeln vorsingen. Oft fällt es leichter, wenn ein Chor gewählt wird, in dem Gleichgesinnte zu finden sind. Senioren-, Gospel, Jazz-, Shanty-, Pop-, Beatles- und Kinderchöre, Chöre für Eltern und Eltern mit Kindern. Es gibt sogar Chöre für Leute, die nicht singen können. Der Spaß am gemeinsamen Intonieren steht im Vordergrund.

Die Ausbeute an physischen und psychischen Vorteilen ist unabhängig von der Brillanz der Stimme bemerkenswert. Wer singt, wird belohnt. Zum Beispiel mit besseren Verbindungen. Singen verbindet: nicht nur mit anderen Menschen, sondern auch die Synapsen. Auf diese Weise werden singende Menschen schlauer. Singen stärkt sogar das Immunsystem, kann vor Erkältungen schützen. Diese Entdeckungen machte ein Wissenschaftler vom Institut für Musikpädagogik der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Nach der Chorprobe zeigte sich bei den Probanden eine Erhöhung der Immunoglobuline A.

Richtige Atmung, bis tief in den Bauch, entspannt den Brustkorb und kräftigt die Rückenmuskeln. Mit dieser Art des Trainings bringt man in rund 15 Minuten das Herz-Kreislaufsystem kräftig auf Trab. Durch die verbesserte Atmung wird die Sauerstoffversorgung des Körpers verbessert. Menschen mit seelischen Problemen erfahren das Singen in der Gruppe als hilfreich. Bereits 30 Minuten Singen am Stück bewirken laut Forschungsergebnissen eine erhöhte Ausschüttung von Serotonin, Noradrenalin und Beta-Endorphinen.

Zurück zum Einsingen in Halstenbek. Am Ende der ersten Probe des neuen Stücks schafft die Gruppe es, das Lied zu singen. Noch hakt es an einigen Stellen, aber andere Klippen sind bereits gemeistert worden. Die Harmonien sind deutlich herauszuarbeitet worden. Zum Abschluss wird den Geburtstagskindern der Woche ein Ständchen gebracht. „You raise me up“, ein Stück, das der Chor beherrscht und mit Hingabe vorträgt. Ein passender Kommentar für die intensive Arbeit an Synapsen, Herzfrequenzen, Hormonen und Immunsystemen. *Stephanie Sieckmann*

Blut, Schweiß und Tränen

Advents-Zweiteiler über den ersten Gotthard-Tunnel im Fernsehen

Seit dem 11. Dezember fahren Züge durch den neuen 57 Kilometer langen Gotthard-Basistunnel. Da erscheinen die 15 Kilometer des im 19. Jahrhundert durch das größte Bergmassiv der Schweiz gebohrten Vorläufer-Tunnels wie ein Klacks. Tatsächlich war es damals ein mit Blut, Schweiß und Tränen erkauftes Himmelfahrtskommando. Der Advents-Zweiteiler von ZDF, ORF und dem Schweizer Fernsehen („Gotthard“, 19. und 21. Dezember, 20.15 Uhr) meistert die Herausforderung, ein historisches Ereignis in emotionale Bilder und Schicksale aufzulösen.

Da ist der ehrgeizige Ingenieur Max (Maxim Mehmet), der sich einen Namen machen will und bis ins Luzerner Büro des Gotthard-Pioniers Louis Favre aufsteigt. Auf der Seite der einfachen Leute steht die Fuhrmannstocher Anna (Miriam Stein), die ihre Chance nutzt und eine Herberge für die Arbeiter eröffnet. Schließlich der italienische Grubenarbeiter Tommaso, der gegen die Ausbeutung der Arbeiter rebelliert und einen Aufstand anführt – Pasquale Aleardi gibt ihn als stolzen Freischärler der Berge. In kleineren Rollen agieren so renommierte Darsteller wie Marie Bäumer und Joachim Król.

Um 1873 strömten Hunderte von Tagelöhnern in das Schweizer Bergdorf Göschenen, um beim Tunnelbau ihr Glück zu suchen. Von Göschenen im Kanton Uri bis Airolo im Tessin soll der Tunnel führen, von Süd- wie vom Nordportal aus arbeiten sich die Arbeiter voran. Der „Vortrieb“ von seinerzeit rund viereinhalb Metern am Tag steht unter großem Druck:



Bild: ZDF, Lukas Zentel

Harte Arbeit: Unter Volldampf in den Tunnel

Der Genfer Unternehmer Favre hat eine Bauzeit von acht Jahren zugesagt, die Vertragsbedingungen treiben ihn ständig an den Rand des Ruins. Als ihm kurz vor Fertigstellung das Geld ausgeht, vergibt er statt Lohn Coupons an seine Arbeiter – einzulösen nur in den Krämerläden der beiden Goldgräberorte.

Und tatsächlich: Nach acht Jahren Bauzeit, im Februar 1880, erfolgt der Durchstich mit nur wenigen Zentimetern Abweichungen in Höhe und Breite – eine Meisterleistung der Vermessungstechniker. „Es lebe der Gotthard!“, jubeln die Arbeiter.

Aber der Preis ist hoch: 199 Bauarbeiter verunglückten während der Bauarbeiten tödlich, ungezählte werden an den Spätfolgen wie Infektionskrankheiten oder der sogenannten Staublunge sterben. Auch dem Gotthard-Pionier Favre bleibt sein größter Triumph versagt – wenige Wochen vor dem Durchstich erlag er 53-jährig im Tunnel einem Herzinfarkt.

Auch die Herstellung des Zweiteilers war eine Herkulesaufgabe: Die Dreharbeiten dauerten drei Monate und führten das Team in drei Länder. Göschenen wurde in das Bündner Dorf Valendras verlegt, die Baustellenkulisse in einem Steinbruch außerhalb Prags gefunden. Die schwerste Etappe? Regisseur Urs Egger: „Die Tage im gebauten Tunnel in einer Industriehalle bei Köln, mit den Bohrungen, Explosionen und Wassereinbrüchen. Dort bekamen wir alle eine Ahnung davon, wie es sich damals angefühlt haben muss, in Staub und Dunkelheit zu arbeiten.“

Im Anschluss an den zweiten Teil läuft um 21.45 Uhr die Dokumentation „Der Gotthard: Unser Tor zum Süden“. *Anne Martin*

Der Modediktator

70 Jahre stilprägende Eleganz – Das Haus Dior, der Chef und ein Buch

Als sich Christian Dior in jungen Jahren von einer Handleserin die Zukunft voraussagen ließ, prophezeite sie: „Frauen bringen Ihnen Glück.“ Wie wahr! Mit seiner Mode beglückte er aber auch viele Frauen. Die weibliche Sehnsucht nach Schönheit und Eleganz, die Dior zu bedienen wusste, sorgten dafür, dass sein Name bis heute ikonengleich als Synonym für französische Lebensart steht.

Am 16. Dezember 1946 eröffnete Dior (1905–1957) sein Modehaus in der Pariser Avenue Montaigne mit einem winzigen Studio, einem Vorführsalon, einer Mannequinkabine – damals hießen die Models tatsächlich noch Mannequins –, sechs kleinen Probiersalons und drei Ateliers im Dachstuhl. Von dort aus revolutionierte er mit dem Modefotografen Willy Maywald, dem Illustrator René Gruau und dem Schuhdesigner Roger Vivier in nur zehn Jahren die gängige Vorstellung von Eleganz und Weiblichkeit.

In seiner Autobiografie „Dior und ich“, die Dior 1956 verfasste und die jetzt aus Anlass des 70-jährigen Firmenjubiläums des Hauses Dior in einer exquisit bebilderten Ausgabe im Münchener Verlag Schirmer/Mosel auf Deutsch erschienen ist (304 Seiten, 24,80 Euro), erzählt der ehemalige Politikstudent aus der Normandie von seinem beruflichen Werdegang, beschreibt die Herausforderungen eines Couturiers, analysiert die Aufgaben von Mode und plaudert über die aufregende Entwicklung seines von



Bilder (2): courtesy Schirmer/Mosel



Oben: Dior (r.) kleidet Ava Gardner ein. Rechts: Brigitte Bardot im Dior-Kostüm

Mannequins, Näherinnen, Verkäuferinnen und Kundinnen bevölkerten Modehauses.

In der Nachkriegszeit hatte Dior eine zukunftsweisende Obsession: den Frauen die Möglichkeit zu bieten, Schönheit und Luxus für sich neu zu entdecken. Seine erste Kollektion, eine Kreation von schmalen Taillen, Blütenkelch-Röcken und einem verschwenderischen Rausch kostbarer Stoffe, war eine Sensation. Allerdings stellte der Erfolg seines „New Look“ den eher schüchternen Mann vor eine große persönliche Herausforderung.

Es stellte sich heraus, dass Dior sich als zwei Personen verstand: Um erfolgreich zu sein, erschuf er die Figur des Haute-Couture-Stars, die es ihm ermöglichte, die Zweifel und Unsicherheiten seines wahren Ichs – des anderen Christian Dior – zu besiegen.

Er selbst wurde 52-jährig von einem Herzinfarkt besiegt. Nach seinem Tod übernahm sein Assistent Yves Saint Laurent die Leitung des Modehauses. Da dessen Mode für das Haus Dior zu „avantgardistisch“ war, trennte man sich 1961. Mit anderen extravaganten Chefdesignern wie dem Briten John Galliano, der 2011 das Modehaus wegen antisemitischer Äußerungen verlassen musste, sorgt die Marke „Dior“ bis heute für Milliardenumsätze. *H. Tews*

»Exotische Themen«

Linke zu Arbeit und Wirtschaft

Jetzt wird es zunehmend eng für die Linke, denn die Bürger Europas und nun auch der USA wenden sich in Scharen neuen politischen Kräften zu, die das Erbe der 68er-Bewegung auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgen wollen. Deshalb versuchen Personen wie Claudia Roth, grüne Feministin und derzeit (noch) Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, mit aller Macht gegenzusteuern, um ein „Ende der Willkommenskultur und den Aufstieg des Rechtspopulismus“ zu verhindern.

Zu diesem Zweck verfasste die stets ebenso dreist wie larmoyant auftretende Politikerin das Buch „So geht Deutschland“. Darin will sie „ihr“ Land verteidigen und dessen Bürger darüber belehren, wie es sich nach Roths Meinung zu entwickeln habe. Hierbei lässt sich die Multikulti-Fanatikerin pflichtschuldigst von Fetsum Sebhat, einem Musiker mit eritreischen Wurzeln, assistieren.

Beiden gemeinsam ist, dass sie keinen Berufsabschluss besitzen und auch ihr Studium jeweils nach wenigen Semestern hinwarfen, weshalb sie die Welt der abermillionen normalen Arbeitnehmer hierzulande nur vom Hörensagen kennen. Trotzdem sparen sie nicht mit wohlfeilen Gemeinplätzen an die Adresse genau dieser Leute, wobei die „exotischen“ Themen Arbeit und Wirtschaft aber weitgehend ausgespart bleiben.

Dafür verbreiten sich Roth und Sebhat ausführlich über deutsche Geschichte, die Sinti und Roma (was ist daran eigentlich so relevant?), die angeblichen Segnungen der multikulturellen Gesellschaft und der Europa-Bürokratie sowie natürlich auch den „Rechtsruck“ in unserer Gesellschaft und – wie könnte es anders sein – „Die große Flucht“.

Heraus kam ein auffallend unstrukturiertes Sammelsurium von abgedroschenen, extrem linkslastigen Phrasen, die jeder Deutsche schon unzählige Male gehört hat. Mit anderen Worten: Nichts von dem, was das Autorenduo schreibt, besitzt irgendeinen Neuigkeitswert oder kommt zumindest einigermaßen originell verpackt daher. Deshalb erübrigt sich auch jegliche Wiederholung der heruntergeleierten und dann noch vom Verlag um allerlei tendenziöse „Informationen“ angereicherten Floskeln im Rahmen einer Rezension.

Andererseits ist das Buch trotzdem zu etwas gut, nämlich als komprimierte Auflistung all der politischen Irrtümer und Wunschphantasien, welche die Bundesrepublik in ihre bisher größte Krise seit Anbeginn gestürzt haben – und das ganz bestimmt nicht wegen der Umtriebe der „Rechten“.

Sammelsurium wenig strukturierter und linkslastiger Phrasen

Insofern ist die von Roth und Sebhat gebetsmühlenartig beklagte „Fundamentalablehnung unserer ‚Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung‘“ durch Parteien und Bewegungen wie Pegida und AfD schlichtweg herbeihalluziniert. Die wahren Feinde der Demokratie stehen heutzutage links, und zumindest Roth hat offensichtlich kein Problem damit, in deren Reihen mitzumarschieren, wenn sie „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ und „Deutschland verrecke“ brüllen. Daher ist das Buch, in dem sie vorgibt, sich um ebendieses Land zu sorgen, nicht nur grauenhaft langweilig, sondern auch zutiefst heuchlerisch. *Wolfgang Kaufmann*

***Claudia Roth & Fetsum Sebhat: „So geht Deutschland. Eine Anstiftung zum Mitmachen und Einmischen“**, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2016, broschiert, 215 Seiten, 18 Euro*



Phantom Wilhelm II.

Barbara Beck schreibt über die Geschwister des Kaisers



Die Historikerin Barbara Beck (geb. 1961) ist als freie Sachbuchautorin tätig. Bisher hat sie in ihren Büchern jeweils Porträts großer Herrscherinnen, berühmter Frauen sowie bedeutender Vertreter des Hauses Hannover veröffentlicht. In ihrem neuen Buch mit dem Titel „Wilhelm II. und seine Geschwister“ werden die sieben Geschwister des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II. in Einzelbiografien vorgestellt. Hinzu kommt eine Paarbiografie ihrer in glücklicher Ehe lebenden Eltern, des 99-Tage-Kaisers Friedrich III. und seiner Gemahlin Victoria, der Princess Royal von Großbritannien und Irland.

Das preußische Kronprinzenpaar Friedrich Wilhelm und Victoria hatte acht Kinder, vier Jungen und vier Mädchen, die zwischen 1859 (Wilhelm, ab 1888 Wilhelm II., deutscher Kaiser) und 1872 (Margarethe) geboren wurden. Die 1864 und 1868 geborenen Söhne Sigismund und Waldemar starben im Kindesalter.

Mit ihren Kindern, die fließend Englisch sprachen, besuchte Victoria regelmäßig ihre Verwandtschaft in England. Bis auf Sophie, die 1870 geborene zweitjüngste Schwester Wilhelms, gingen Wilhelm und seine Geschwister sogenannte mäßige Verbindungen ein. Sie wählten Ehepartner aus den regierenden Häusern Sachsen-Meiningen, Schaumburg-Lippe und Hessen. Auch Wilhelms Gattin Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg war nach damaligen Kriterien eine mäßige Partie. Einzig Prinzessin Sophie von Preußen heiratete in ein europäisches Königshaus ein. 1890 vermählte sie sich mit dem griechischen Thronfolger Konstantin und war 1913 bis 1917 sowie erneut von 1920 bis 1922 an seiner Seite Königin von Griechenland.

Ausgerechnet Wilhelm, dem Erstgeborenen und im Hinblick auf die Geschichte wichtigsten Spross, hat die Autorin kein Einzelkapitel gewidmet. Anders als der Titel verspricht, bleibt Wilhelm II. in dieser Darstellung daher eine Art Phantom, das vor allem durch die zahlreich angeführten Zitate aus Briefen und Erinnerungen Konturen annimmt. So entsteht viel Raum für Spekulationen über die tiefer liegenden Ursachen für das gestörte Verhältnis zwischen Wilhelm und seiner Mutter, die oft als intrigant beschrieben wurde.

Ersatzweise fließen manche historische Ereignisse in die Viten der Geschwister ein, wobei Wilhelm oft eine tragende Rolle spielt. Als Enkel Kaiser Wilhelms I. und ältester Sohn Kaiser Friedrichs III. folgte Kronprinz Wilhelm im Dreikaiserjahr 1888 seinem am 15. Juni desselben Jahres verstorbenen Vater auf den preußischen Königsthron und deutschen Kaiserthron. In dieser Eigenschaft wurde er auch Oberhaupt des Hauses Hohenzollern, was ihn umso mehr dazu anspornte, das Privatleben seiner Schwestern zu kontrollieren und den beruflichen Werdegang seines Bruders, des „Marineprinzen“ Heinrich, zu steuern. Was ihm der gutmütige Heinrich keineswegs verübelte, wohl aber seine drei jüngsten Schwestern.

Viel Raum für Spekulationen

An ihre drei ältesten Kinder Wilhelm, Charlotte und Heinrich hatte Victoria von Anfang an hohe Anforderungen gestellt, denen die Kinder nicht gerecht werden konnten. Dadurch habe sich für die älteren Geschwister eine hohe Belastung ergeben, meint Beck. „Die Charakterfehler der drei ältesten Kinder und deren mangelhafte Leistungen wurden ..., psychologisch nicht gerade geschickt, permanent von Victoria beklagt“, schreibt Beck. So habe sich dauerhaft ein Gegensatz zwischen den älteren Geschwistern und den drei jüngeren Schwestern ergeben, die stets uneingeschränkt zu ihrer Mutter hielten.

Besonders Wilhelm habe seiner Mutter gegenüber einen schweren Stand gehabt. Sie tat sich schwer damit, seine Behinderung durch den seit seiner Geburt gelähmten linken Arm hinzunehmen, zumal der Junge ein „hyperaktives“ Kind war. Über den Tod des Prinzen Waldemar, der im März 1879 im Alter von elf Jahren an Diphterie starb, kamen seine Eltern nie hinweg. Victoria verklärte ihn im Nachhinein als „liebsten, nettesten und vielversprechendsten“ ihrer Söhne. Ihrer Mutter schrieb sie, dass sie in Waldemar einen dem Wesen nach „richtigen Enkelsohn“ ihres geliebten, früh verstorbenen Vaters, Prinz Albert, gesehen habe.

Der Erste Weltkrieg bedeutete durch den Untergang der Monarchie eine tiefe Zäsur in der Lebenswelt der kaiserlichen Familie. Es ergibt sich somit ein schillerndes Zeitpanorama, das die Jahrzehnte zwischen 1859 und 1954 umspannt. *D. Jestrzemski*

***Barbara Beck: „Wilhelm II. und seine Geschwister“**, Verlag Fried-rich Pustet, Regensburg 2016, gebunden, 256 Seiten, 24,95 Euro*

Ostpreußische O-Töne

Klaus Papies nimmt originale Begriffe unter die Lupe

„Trogschnauziger Posauk“ überschrieb 1988 ein Hamburger Wochenmagazin seinen Bericht über die Verfilmung von Siegfried Lenz’ „Heimatmuseum“. Klaus Papies, 1939 in Masuren geboren, später Deutschlehrer in Bremen, hat diesen vokalreichen Fluch in sein Wortschatzkästchen aufgenommen. Das hätte dem Vater des Rezensenten gefallen, der diesen Schimpf gern verwendete, etwa im Sinne von „großmäuliger Lumpenhund“.

Was Papies weiter zusammengetragen hat, sind alles O-Töne, die jeder Ostpreuße wohl noch im Ohr hat: anpummeln (warm anziehen), bedripst (traurig), Glumse (Quark), Heemske (Schwächling), hubbern (frösteln) und viele mehr.

Papies’ Hauptfundus sind Sprachkonventionen der eigenen Familie, was der Rezensent ihm nachfühlt und an den Wortschatz bis zu den Großeltern erinnert: belernen (einweisen), gniddern (kichern), zergen (reizen), dwatsch (verrückt) sind ihm wohlbekannt. Zudem hätte jeder andere Gewährsleute: Papies hält es mit Lenz, der Rezensent würde auch H.H. Kirst („Deutschland deine Ostpreußen“), E.J. Laube („Förster Dachs erzählt“) und weitere Kultbücher heranziehen, zudem bei ostpreußischen Namen auf – „ies“ die Weisung des Dichters Johannes Bobrowski zitieren: „Diese alte Frau heißt Krepsztakies, das ist nun also die Krepsztakiene“.

In Königsberger Oberschulen soll bis zum Sommer 1944 noch Polnisch und Russisch unterrichtet worden sein, was angesichts zahlreicher Slawismen in ostpreußischen Mundarten normal anmutet. Das sprachliche „Erbe“ dessen hat Papies eingefangen. Was er zum Beispiel zu seinem „Masurischen“ sagt, erläutert ein Slawist, wie Reinhold Trautmann als dreifaltigen Sammelbegriff für Sprache, Dialekt und phonetische Besonderheit („Masurieren“).

Papies hat einige ostpreußische Slawismen aufgeführt, die in Phonetik und Bedeutung schillern: „Bjedä“ (poln. bieda) – Elend, „porschundek“ (porzadek oder russisch porjadok) – Ordnung, „kruschke“ (gruszka) – Birne, „terras mam“ (teraz mam) – jetzt habe ich dich. Ein „dups“ kommt von „dupa“ und meint nicht nur „Kinderpo“ – einen Polen „do dupy“ (in den A ...) zu wünschen, kann riskant sein. Favorit des Rezensenten ist „fschistko jädno“, polnisch „wszystko jedno“ (alles eins). Der Ausdruck ist im Rheinland populär, wohl wegen klanglicher Nähe zu „driss ejal“, also wörtlich, Pardon, „scheißegal“. *Wolf Oschlies*

***Klaus Papies: „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“**, ihleo Verlag, Husum 2016, gebunden, 152 Seiten, 14,95 Euro*

Sommers wie winters

Durch Deutschland reisen im Wohnmobil

Angesichts unsicherer Flugreisen mit Pilotenstreiks, Terrorgefahr und drohenden Fluglinienpleiten hat der Campingurlaub in jüngster Zeit eine regelrechte Renaissance erlebt. Es ist aber auch wieder angesagt, Urlaub im eigenen Land zu machen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Anreise ist kurz, es gibt viel zu entdecken, und Deutschland hat in der Regel eine gute Infrastruktur.

Auf Luxus muss man darüber hinaus beim Camping nicht mehr verzichten. Die Betreiber der Plätze haben sich längst auf die Bedürfnisse ihrer Gäste eingestellt. Äußerst beliebt ist das Reisen im Wohnmobil, bietet es doch Unabhängigkeit von Anreise-, Essenszeiten und sonstigen Beschränkungen im Hotel, und das zu jeder Jahreszeit. Es gibt Camping- oder Stellplätze für Wohnmobile vor Schwimmbädern, Wellness-Oasen oder Thermalbädern. Auf den Campingplätzen selbst vermisst der Gast kaum etwas, da sie in der Regel über Supermärkte, Beauty- und Fitness-Salons verfügen.

Nach dem Motto „Man sieht nur, was man weiß“, muss sich auch der unabhängige Reisende zuvor über mögliche Ziele informieren. 50 solcher Orte beschreibt Thomas Kliem in seinem Buch „Wohnmobil-Highlights Deutschland“. Beginnend im Norden Deutschlands stellt er Orte von der Ostsee bis zu den Alpen vor, die etwas für Camper zu bieten haben. Kliem weiß, wovon er spricht, denn der promovierte Freizeit- und Fremdenverkehrsgeograf reist selbst am liebsten mit dem Wohnmobil. Er hat schon zahlreiche Reiseführer für Reisemobil-Liebhaber geschrieben. Neben Ortsbeschreibungen und Unterhaltungstipps bietet Kliem Informationen über Plätze mit Adresse, Telefonnummer und GPS-Koordinaten für das Navigationssystem. Die Texte sind unterhaltsam und gut lesbar geschrieben und werden optisch durch zahlreiche Farbfotos umrahmt. Ein ideales Geschenk für Wohnmobilfreunde. *M. Rosenthal-Kappi*

***Thomas Kliem: „Wohnmobil-Highlights Deutschland. Die 50 schönsten Ziele zwischen Ostsee und Alpen“**, Bruckmann Verlag, München 2016, gebunden, 166 Seiten, 29,.99 Euro*

Traumurlaub daheim

Faszinierende Ziele an der Ostsee für Wohnmobilisten



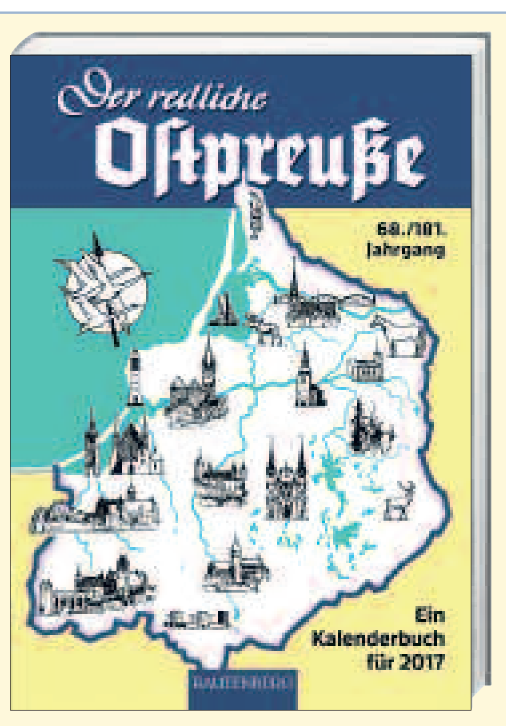
Ähnlich aufgemacht wie Kliems „Wohnmobil-Highlights“ ist das Buch „Ostseeküste mit dem Wohnmobil“ von Thomas Berning, jedoch kleiner im Format. Doch der Inhalt kann sich sehen lassen. Im Unterschied zu Kliem hat Berning fünf Routen erarbeitet, die er ausführlich und mit einladenden Fotos versehen beschreibt. Neben der Geschichte der Orte und Landschaften erzählt der Autor von deren Kultur oder gibt Tipps zu besonderen Ausflügen zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Naturlandschaften, Biosphärenreservate, Buchten, Flussläufe, Ostseebäder und Städtehöhepunkte: Die Ostsee hat viel zu bieten. Einige Besonderheiten werden in Informationskästen hervorgehoben.

2250 Kilometer Ostseeküste, dazu die Inseln Fehmarn, Poel, Rügen und Usedom – die überaus zahlreichen Reiseziele lassen viel Spielraum für die Urlaubsplanung mit dem Wohnmobil. Der Autor und Fotograf ist selbst seit Jahren mit einem Reisemobil unterwegs. Neben Wohnmobilführern hat er Dokumentationen und Reiseerinnerungen veröffentlicht.

Im Vorwort geht er auf die Unterschiede der schleswig-holsteinischen und der mecklenburg-vorpommerschen Ostseeküste ein. Während die eine schon immer zu unseren Campingreisezielen gehörte, musste die andere erst nach der sogenannten Wende aufholen. Inzwischen hat die Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern so weit aufgeholt, dass sie der im Westen in nichts mehr nachsteht. Nach ihrer jahrelangen Restaurierung erstrahlen die mondänen Ostseebäder in neuem Glanz. Nicht umsonst zählen Rügen und Usedom zu den beliebtesten Urlaubszielen.

Berning stellt den eiuzelnen Routenbeschreibungen eine Übersichtskarte voran sowie Angaben über die Länge und darüber, wie die Fahrzeit aufgeteilt werden kann. Neben Adressen der Stell- und Campingplätze hält der Autor auch Tipps für die beste Jahreszeit bereit. *MRK*

***Torsten Berning: „Ostseeküste mit dem Wohnmobil. Die schönsten Routen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern“**, Bruckmann Verlag, München 2016, broschiert, 160 Seiten, 19,99 Euro*



Silke Osman (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2017
Ein Kalenderbuch für 2017
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2017, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Charlotte Berend-Corinth, Max Taut, Emil von Behring, Frank Wisbar, Otto Nicolai, Johannes Bobrowski, Richard Wagner, Käthe Kollwitz, Ernst Mollenhauer, Stanislaus Cauer u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ottfried Graf Finkenstein, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva-Maria Sirowatka, Walter von Sanden-Guja, Wilhelm Reichermann, Hans Ulrich Stamm, Hans Graf von Lehndorff, Ruth Maria Wagner, Walter Scheffler, Frieda Jung, Grete Fischer, Heinrich Eichen, E.T.A. Hoffmann, Fritz Kudnig u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533180 — Gebunden — 9,95 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2017
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Die vier Jahreszeiten“. Format 50 x 35 cm
Nr. P A1029
22,60 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2017
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt den Dom von Königsberg, die Bischofsburg von Frauenburg, die Königin-Luisenbrücke in Tilsit, Motive aus Friedland, Allenstein, Preußisch Eylau, Guttstadt, die Marienburg, Marienwerder, Lauknen, Pillkoppen, die Altstadt von Danzig und viele mehr. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535531 — 27,95 €



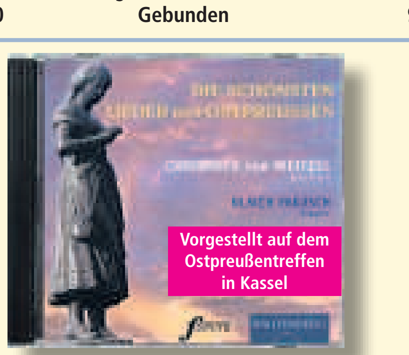
Kalender Masuren, Ermland und Oberland in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen Motiven aus Masuren, dem Ermland und dem Oberland. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535641 — Kalender — 14,95 €



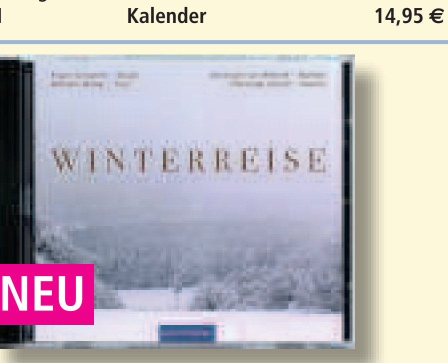
Martin Schmidtke
Königsberg in Preußen
Personen und Ereignisse 1255–1945 im Bild
Die Stadt Königsberg in Preußen blickt auf eine über siebenhundertjährige wechselvolle Geschichte zurück. Ins „wahre“, 1945 untergegangene Königsberg führen heute nur noch vereinzelte Spuren, denn auf ihren Trümmern entstand eine andere Stadt. Martin Schmidtke folgt den Spuren und geht weit in die Geschichte zurück. Er hält das Königsberg unserer Erinnerungen im Bild fest, gedenkt Ereignissen, die in Königsberg stattfanden, und stellt Persönlichkeiten vor, die in den Mauern der Stadt lebten und die das Leben der Menschen weit über die Grenzen Ostpreußens hinaus prägten. Ein Personenverzeichnis sowie ein Sach- und Ereignisregister komplettieren den Band. Großbildbandformat 24 x 30 cm. 360 Seiten
Nr. A0690 — Gebunden mit Schutzumschlag — 9,95 €



Kalender Riesengebirge in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus dem Riesengebirge. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535644 — Kalender — 14,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Die schönsten Lieder aus Ostpreußen
Mit einem Geleitwort von Ruth Geede. Lieder: Land der dunklen Wälder; Zogen einst fünf wilde Schwäne; Schönster Schatz mein Augentrost; Ännchen von Tharau; Gott des Himmels und der Erden; Es stand ein Sternelein am Himmel; Dort jenes Brünnlein; Es waren zwei Königskinder; An des Haffes anderem Strand; Abends treten Elche aus den Dünen; Es dunkelt schon die Heide und viele mehr. Laufzeit: 62 Min.
Nr. P 533171 — CD — 12,95 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Christoph Ullrich (Klavier)
Winterreise – CD
Franz Schubert vertonte im Jahre 1827 die Gedichte aus der Urania. Die CD enthält die Lieder, gesungen von Christoph von Weitzel und am Klavier begleitet von Christoph Ullrich. Lieder: Gute Nacht; Die Wetterfahne; Gefrorene Tränen; Erstarrung; Der Lindenbaum; Wasserflut; Auf dem Flusse; Rückblick; Irrlicht; Rast; Frühlingstraum; Einsamkeit; Die Post; Der greise Kopf; Die Krähe; Letzte Hoffnung u.v.m. Laufzeit: ca. 74 Minuten.
Nr. P 533184 — CD — 12,95 €



Kalender Schlesien in Farbe 2017
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven aus Schlesien. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535645 — Kalender — 14,95 €




Hellmuth Karasek
Nach dem Krieg
Wie wir Amerikaner wurden
Glänzend erzählt und mit vielen Anekdoten lässt Hellmuth Karasek die Nachkriegsjahre wiederauferstehen und zeigt, wie wir Deutschen Amis wurden. Erstens, um nicht Russen werden zu müssen, und zweitens, weil der „American Way of Life“ so unwiderstehlich war: in Musik, Mode, Kultur und Film. Im Elend der zerbombten Städte suchten die Besiegten eine neue Identität – die fanden sie, zumindest im Westen des bald geteilten Landes, in der Identifizierung mit den Amerikanern. Junge Frauen flirteten gern mit den properen GIs, junge Männer fanden neue Männlichkeitsbilder bei Marlon Brando und James Dean. Alle liebten die Comics von Micky Maus, die Schmachtfetzen aus Hollywood, die heißen Rhythmen. Hellmuth Karasek entwirft ein differenziertes Bild dieser prägenden Zeit deutscher Geschichte und lässt sie in seinem so persönlichen wie geistreichen Buch lebendig werden wie selten zuvor. Sein neues Werk ist eine nuancierte Bestandsaufnahme seiner Beziehung zu Amerika – und unserer eigenen. 280 Seiten.
Nr. P A1093 — Gebunden mit Schutzumschlag — 19,99 €



Christoph von Weitzel (Bariton)/Ulrich Pakusch (Klavier)
Macht hoch die Tür – Die schönsten Deutschen Weihnachtslieder
Lieder: Es kommt ein Schiff geladen; Es ist ein Ros' entsprungen; Maria durch ein' Dornwald ging; Macht hoch die Tür'; Kommet ihr Hirten; Ihr Kinderlein kommet; Ich steh' an deiner Krippe hier; Vom Himmel hoch, o Englein kommt; Alle Jahre wieder; Leise rieselt der Schnee; Stille Nacht; In dulci jubilo; O du fröhliche. Weihnachtslieder von Peter Cornelius: Christbaum; Die Hirten; Die Könige; Simeon u.e.m. Laufzeit: ca. 60 Min.
Nr. P A0801 — CD — 12,95 €



Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 — Marzipan — 13,95 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan Teekonfekt
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5653 — Marzipan — 14,90 €



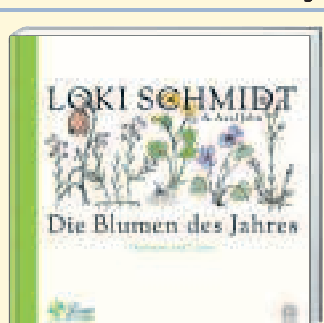
Simon Sebag Montefiore
Die Romanows
Glanz und Untergang der Zaren-Dynastie 1613–1918
Der Bestseller-Autor und Russland-Experte, schildert in seiner ebenso spannenden wie unterhaltsamen Biographie „Die Romanows: Glanz und Untergang der Zarendynastie 1613–1918“ die sagenumwobene Dynastie, die Russland bis heute prägt. Wie kein anderes Adelsgeschlecht sind die Romanows der Inbegriff von schillerndem Prunk, Macht, Dekadenz und Grausamkeit. Über 300 Jahre dominierten sie das russische Reich, mehr als 20 Zaren und Zarinnen gingen aus dem Geschlecht hervor, allesamt getrieben von unbändigem Machthunger und rücksichtslosem Willen zu herrschen – einige dem Wahnsinn näher als dem Genie. Simon Sebag Montefiore erzählt die Saga dieser unglaublichen Familie, in der Rivalität, Giftmorde und sexuelle Exzesse regelrecht auf der Tagesordnung standen. Basierend auf neuester Forschung und unbekanntem Archivmaterial zeichnet er die Schicksale und politischen Verwicklungen nach. Mit zahlreichen Abbildungen, prächtige Ausstattung. 1032 Seiten.
Nr. P A1071 — Gebunden mit Schutzumschlag — 35,00 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
400 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5651 — Marzipan — 28,95 €

Solange der Vorrat reicht

Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 — Marzipan — 15,90 €




Loki Schmidt
Die Blumen des Jahres
Loki Schmidt liebte Blumen über alles. So wählte sie Jahr für Jahr eine Blume des Jahres, stellte sie ausführlich und kenntnisreich vor und lenkte damit den Blick der Öffentlichkeit auch auf seltene und gefährdete Pflanzen. Dieses liebevoll ausgestattete Buch, mit Zeichnungen von Loki Schmidt und vielen Farbfotos, präsentiert alle Blumen des Jahres seit 1980 und ist eine Fundgrube für jeden Naturfreund. 232 Seiten
Nr. P A0956 — Gebunden — 20,00 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Einbrecher: Polizei machtlos

Hannover – Laut einer Untersuchung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen ist die Polizei gegen Einbrecherbanden weitgehend machtlos. Nur 2,6 Prozent der Taten führten zu einer Verurteilung. Vor allem Banden aus Osteuropa, die über die offenen Grenzen kommen, weiteten ihre Tätigkeit massiv aus. Insgesamt habe sich der Anteil ausländischer Tatverdächtiger in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt. *H.H.*

Veneter wollen weg von Italien

Venedig – Die norditalienische Region Venetien strebt die völlige Unabhängigkeit an. Mit der Mehrheit der Lega Nord hat das Regionalparlament das Volk der Veneter vergangene Woche zur nationalen Minderheit erklärt, es sollen Autonomie und schließlich Unabhängigkeit folgen. Laut einer Umfrage unterstützen 80 Prozent der Veneter die Autonomie, immerhin 52 Prozent wünschen die totale Eigenstaatlichkeit. *H.H.*

ZUR PERSON

Liebesgrüße nach Moskau

Donald Trump und Wladimir Putin könnten bald ziemlich beste Freunde werden. Ein erster Schritt dahin ist gemacht, denn Trump will **Rex Tillerson** zum künftigen US-Außenminister machen. Der Vorstandschef des Ölmultis ExxonMobil hat für diesen Posten den früheren republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney und New Yorks Ex-Bürgermeister Rudy Giuliani aus dem Rennen geworfen.

Der 64-jährige Tillerson reiht sich nahtlos in die politikunerfahrene Milliardärsriege ein, die Trump als kommende Minister und Berater um sich schart. Doch mit dem Ölmanager ist jetzt ein einflussreiches Schwergewicht darunter. In der „Forbes"-Liste der mächtigsten Menschen des Jahres 2015 rangierte Tillerson mit Platz 25 sogar noch weit vor Trump (Platz 72).

Vor über 40 Jahren fing der Texaner als Ingenieur bei der aus John D. Rockefellers Ölimperium hervorgegangenen ExxonMobil an, ehe er 2006 Konzernleiter wurde. Unter seiner Ägide trieb er das Fracking-Geschäft voran, das auch Trump nach Kräften fördern will. Dass sich Tillerson 2014 privat gegen die Frackingförderung nahe seinem 50 Kilometer von Dallas entfernten Wohnhaus gewehrt hat, ist ein Aperçu am Rande.



Bedeutender ist sein Deal mit Russlands Energiekonzern Rosneft, der Exxon ermöglicht, zukünftig vor der Krim und in der russischen Arktis nach Öl und Gas zu bohren. Das war noch vor den Sanktionen wegen der Krim- und der Ukrainekrise. Weil diese Strafmaßnahmen für Exxon ein Hemmnis bedeuten, hat sich Tillerson klar dagegen ausgesprochen. Vom russischen Präsidenten Putin erhielt er 2013 dafür vorab eine Freundschaftsmedaille.

Keine Frage: Hier bahnt sich eine einmalige amerikanisch-russische Freundschaft an. *H. Tews*



»Postfaktisch«? Finger weg!

Warum die neue Kampfvokabel nach hinten losgeht, wie sie an Thilo Sarrazin erbärmlich abpralLte, und wie wir es besser machen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Mit der Wahl der Vokabel „postfaktisch" zum „Wort des Jahres 2016" hat die reichlich abgewetzte Kampfparole „populistisch" einen Bruder erhalten. Ob sich der Begriff ebenso gut als Wieselwort zur Herabsetzung jedweder Opposition qualifiziert wie „populistisch"? Da haben wir unsere Zweifel, mehr noch: Wir müssen vor dem Gebrauch von „postfaktisch" sogar ausdrücklich warnen!

Das Wort weist gegen „populistisch" nämlich einen äußerst gefährlichen Nachteil auf. „Populist" hat es ja gerade deshalb soweit geschafft, weil man den Begriff kaum fassen kann. Niemand vermag gültig zu erläutern, was es eigentlich bedeuten soll. „Populist" ist so dehnbar wie einst der Bannspruch „Faschist", mit dem Stalinisten alle, die ihnen nicht in den Kram passten, zum KZ verurteilten – von den Sozialdemokraten („Sozialfaschisten") über die Liberalen („Hinter dem Faschismus steht das Kapital") bis zu den Christdemokraten (Klerikalfaschisten"). Mit dem Vorwurf, ein „Populist" zu sein, kann man also jeden beliebigen Andersdenkenden zur Strecke bringen, ohne irgendetwas Greifbares gegen ihn in der Hand haben zu müssen. Vorausgesetzt, man hält die überlegene Medienmacht in Händen.

Mit „postfaktisch" ist das bedauerlicherweise nicht so einfach. Dessen Bedeutung ist recht klar umrissen als die Haltung eines Menschen, der seine Meinung aus dem hohlen Bauch hinausposaunt, ohne sich um die Tatsachen zu scheren.

Folge: Während man mit dem „Populismus"-Wort nach Belieben um sich schleudern darf, kann einem „postfaktisch" schmerzhaft um die Ohren fliegen. So geschehen dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Kai Gehring in der wiederbelebten RTL-Sendung „Der Heiße Stuhl". Dort versuchte er es gleich mit der doppelten Packung und bepöbelte Thilo Sarrazin als „postfaktischen Populisten". Er hoffte vermutlich, mit diesem Doppelhammer den Verfemten mit links zur Strecke zu bringen, doch das ging fürchterlich in die Hose.

Wer sich auch nur oberflächlich mit Sarrazins Texten beschäftigt hat, der weiß: Dieser Mann ist geradezu vernarrt in Zahlen, in messbare Daten. Sie sind seine Welt. Diesem Mann Faktenverachtung vorzuwerfen ist so glaubwürdig, wie Mutter Theresa mangelnde Glaubensstärke anzulasten oder einem Otto von Bismarck zu unterstellen, er habe nichts von Diplomatie verstanden – einfach lächerlich. Klügere Gegner des Herrn Sarrazin verlegen sich daher lieber darauf, dem Gescholtenen fiese Absichten unterzujubeln, zu deren Zweck er seine Fakten „missbraucht".

Nicht so Gehring, der wollte dieses neue Modewort einfach auch mal raushauen und flog auf die Nase. Sarrazin konnte sich bequem zurücklehnen und seine insgesamt vier Ankläger vor dem „Heißen Stuhl" mit hässlichen Fakten niedermähen. Zitat: „Als ich in Berlin Senator war, waren 80 Prozent der männlichen Insassen in Jugendknästen arabischer und türkischer Herkunft."

> »Populistisch« bleibt die bessere Wahl, weil das Wort niemand wirklich fassen kann

An der Stelle ist es üblich, die „soziale Frage" ins Spiel zu bringen: Die sind im Knast, weil sie „diskriminiert" wurden, keine Chance hatten etc. Den Dreh wollte Gehrings Mitstreiterin Khola Maryam Hübsch versuchen, wobei sie sich allerdings entsetzlich verhedderte. Die muslimische Buchautorin mahnte an, man müsse bei den Grapschern von Köln ja auch den Faktor einrechnen, dass diese nicht so reich seien wie der deutsche Durchschnitt, Stichwort: „Benachteiligung".

Doch was will sie uns damit unterjubeln? Etwa, dass arme Menschen grundsätzlich stärker zu moralischer Verwerflichkeit neigten als Leute mit dickerem Konto? In besseren Tagen wäre ihr dafür jeder aufrechte Linke umgehend an die Gurgel gegangen wegen Verächtlichmachung der unteren Schichten oder „Klassenkampf von oben". Beim „Heißen Stuhl" protestierten zumindest die Zuschauer im Studio lautstark. Die beiden weiteren Sarrazin-Ankläger, die Moderatorin Annabelle Mandeng und Arnold Plickert von der Gewerkschaft der Polizei, belustigten das Publikum derweil mit atemberaubenden Neuigkeiten. Mandeng warf ein: „Auch deutsche Jugendliche könnten sich so verhalten wie die jungen Männer in der Silvesternacht." Nein, wirklich? Stimmt, so wie auch Frau Mandeng jedes Verbrechen begehen „könnte", zu dem sie physisch und psychisch imstande wäre. Das unwichtige Detail: Sie hat es aber nicht getan, sowie die Polizei angesichts von Köln von einem Verbrechen sprach, das in der deutschen Kriminalgeschichte bis dahin noch nie vorgekommen sei.

Mit anderen Worten: Die Moderatorin operiert sozusagen „präfaktisch". Sie argumentiert mit „Tatsachen", bevor diese überhaupt eingetreten sind.

Der Polizeigewerkschafter machte es auf die langweiligste aller Touren. Er stellte etwas richtig, das Sarrazin nie behauptet hatte, nämlich: „Die allerwenigsten Flüchtlinge sind kriminell." Oh! Mein! Gott!

Moral von der Geschicht': Lasst die Finger von der Verdammungsvokabel „postfaktisch"; die ist zum Erlegen von Andersdenkenden so empfehlenswert wie eine rostige alte Muskete – sie kann euch jederzeit nach hinten losgehen. Das gilt insbesondere für diejenigen, die diese neue Waffe selbst ins Feld geführt haben, die Verteidiger der „Politischen Korrektheit". Denn gerade jene „Korrektheit" fußt ja darauf, mit Fakten „sensibel" umzugehen. Sprich, Tatsachen entweder zu vernebeln: „Ach, wissen Sie, das ist alles wahnsinnig komplex." Oder, falls sie sich dafür als zu sperrig erweisen, die Fakten ganz unter den Tisch fallen zu lassen.

Das allein reicht aber nicht. Wir müssen zudem sicherstellen, dass auch die gewöhnlichen Menschen an den gefürchteten Stammtischen nicht mehr über kritische Fakten sprechen. Wie sollen wir das anstellen? Da hat der NDR eine glänzende Idee: Wenn man bestimmte Wörter aus dem Sprachgebrauch verbannt, dann verschwindet bald auch die Wahrnehmung der Sache, die sie benennen, so die einfache Gleichung des Staatssenders. Devise: Aus dem Wortschatz, aus dem Sinn.

Die NDR-Autorin mokiert sich über „rechte Sprache in den Medien", der sie sich entgegenstellt, indem sie eine Reihe von Wörtern die nicht mehr benutzt werden sollten, auf die schwarze Liste setzt – wie etwa „Flüchtlingswelle" oder „Flüchtlingsstrom". Das beispielsweise seien „entmenschlichende Wassermetaphern". Ach! Gilt das auch für die sommerlichen „Touristenströme" oder wiederkehrenden „Modewellen"? Werden die Reisenden durch die Metapher „entmenschlicht"? Erscheint uns die Frühjahrskollektion bedrohlich, weil sie auf einer „Welle" daherkommt? Keine solchen Fragen bitte!

„Obergrenze" sollen wir ebenfalls nicht mehr sagen, denn dies sei ein „Begriff, der eine Nation als Gefäß mit begrenztem Raum darstellt", so der NDR. Die deutsche Nation ist demnach strikt als „Gefäß mit unbegrenztem Raum" darzustellen. Davon träumte in Berlin mal ein Österreicher, oder? Hier wird verständlich, warum im Ausland so viele Leute die deutsche Asyl- und Zuwanderungspolitik für größenwahnsinnig halten.

Aber lassen wir den Kollegen vom Funk diesen kleinen Fehltritt mal durchgehen. Immerhin lassen sie in dem Beitrag eine Sprach- und Kognitionsforscherin namens Elisabeth Wehling zu Wort kommen, die uns erklärt, worum es wirklich geht: Mit jedem Wort würden im Gehirn „bestimmte Deutungsrahmen aktiviert, und diese Deutungsrahmen sagen ihnen dann, wie eine Sache ist".

Da haben wir's endlich: Es kommt gar nicht darauf an, „was" eine Sache ist (Fakten), sondern „wie" wir sie zu sehen haben, auf die korrekte Weltanschauung also. Und da haben die Hüter der Sprache eine ganz wichtige Funktion, die schon George Orwell in seinem Roman „1984" beschreibt. Dort arbeitet ein ganzes Ministerium daran, die Sprache immerfort so umzufrickeln, dass sie in den „Deutungsrahmen" der Regierungspropaganda passt.

MEINUNGEN

*Der Finanzexperte **Daniel Stelter** sieht die **EZB und den Euro** unweigerlich auf einen **Kollaps zutreiben**, den Politiker und Währungshüter nur hinauszögern und verschlimmern. Im „Manager-Magazin" (9. Dezember) schreibt er:*

„Mario Draghi erinnert an einen Reiter, der mit einem altersschwachen und schwer beladenen Pferd Hindernisse zu überspringen versucht. Mit immer mehr Doping soll das Pferd zu früherer Form kommen. Am Ende dürfte es ihm nicht gut bekommen – und seinem Reiter auch nicht … Die EZB gibt den Finanzmärkten weiterhin den Treibstoff, den sie brauchen, um die Illusion der gelungenen Euro-Rettung aufrechtzuerhalten."

***Reinhard Müller** bedauert in der „FAZ" (12. Dezember), dass Kanzlerin **Merkel** und andere führende CDU-Politiker den knappen Beschluss ihrer Partei zur Eingrenzung der **doppelten Staatsbürgerschaft** nicht mittragen wollen:*

„Niemand muss seine Herkunft abstreifen oder vergessen. Aber jeder muss sich entscheiden … Wer hier geboren ist, wer hier lange lebt und sich mit diesem Land identifiziert, warum soll der sich nicht entscheiden, Deutscher zu werden? … Zurzeit vermittelt das Land das Bild einer großen kühlen Sozialbehörde. Deren Leistungen nimmt man gern – aber kein Wunder, dass das Band zur alten Heimat stärker ist."

*Der Leiter der Stasi-Opfergedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, **Hubertus Knabe**, hinterfragt im „Focus" (11. Dezember) die Entscheidung von Justizminister Heiko Maas (SPD), **Anetta Kahanes** Amadeu-Antonio-Stiftung mit dem **Ausspähen des Internets** zu beauftragen:*

„Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit muss jeder selbst entscheiden. Unverständlich ist allerdings, wieso das Bundesjustizministerium ausgerechnet Anetta Kahanes (Amadeu-Antonio-) Stiftung für eine sensible Aufgabe wie die Kontrolle des Internets heranzog. Es wäre gut beraten, die Zusammenarbeit mit ihr zu beenden."

***Hans Monath** befürchtet wegen des Koalitionsvertrags des neuen rot-rot-grünen Berliner Senats eine weitere **Entfremdung** der etablierten **Linken** von der **Arbeiterschicht**. Im Kommentar für den „Tagesspiegel" (11. Dezember) warnt er:*

„Es liest sich wie ein Katalog staatlicher Umerziehung und kultureller Hybris (Überheblichkeit) … Sexistische Werbung will die Koalition sogar auf privaten Werbeflächen durch die Bildung eines ‚Expert*innengremiums' verhindern. Wie würden Wartende in einem Berliner Jobcenter wohl reagieren, wenn man ihnen vorlesen würde, mit welcher Leidenschaft sich ihre Regierung solchen Aufgaben widmet?"

***Renate Köcher**, Leiterin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach, kritisiert in der „Welt" (13. Dezember) den Gebrauch des Wortes **„populistisch"**:*

„Immer wenn man etwas diskreditieren will, nennt man es populistisch."